

„Linke“ Militanz im Jugendalter

Befunde zu einem umstrittenen Phänomen

René Schultens/Michaela Glaser (Hrsg.)



Arbeits- und Forschungsstelle
Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit

RENÉ SCHULTENS/MICHAELA GLASER (HRSG.)

„Linke“ Militanz im Jugendalter

Befunde zu einem umstrittenen Phänomen

Das Projektmodul „Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen“ wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Danksagung

Diese Publikation wäre ohne das Engagement und die Unterstützung vieler Kolleginnen und Kollegen nicht möglich gewesen. Wir möchten uns ausdrücklich bei der Autorin und den Autoren für die produktive Zusammenarbeit herzlich bedanken. Ein großer Dank gilt auch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Expertenhearings „Linke‘ Militanz im Jugendalter – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“. Sally Hohnstein danken wir für unterstützende Recherchen, Maruta Herding, Christian Lüders und Silke Heiland für ihre hilfreichen inhaltlichen Rückmeldungen, unserer ehemaligen Kollegin Seja Sturies für ihre engagierte Mitwirkung bei der Vorbereitung des Expertenhearings. Für die ausgiebige Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung der Publikation und dem Lektorat der Beiträge danken wir Manja Birke, Renate Schulze und Tobias Roscher sehr.

© 2013 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Außenstelle Halle

Abteilung Jugend und Jugendhilfe

Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Projektmodul „Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen“

Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle

Telefon: +49345 68178-41

Telefax: +49345 68178-47

Layout/Gestaltung/Gesamtherstellung

Brandung Leipzig, www.brandung-online.de

ISBN: 978-3-86379-089-9

Inhaltsverzeichnis

Michaela Glaser

„Linke“ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen 4

René Schultens

Zu den Beiträgen des Bandes 22

Sebastian Haunss

Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler
Gesellschaftskritik und Subjektivismus 26

Nils Schuhmacher

Sich wehren, etwas machen – Antifa-Gruppen und -Szenen als
Einstiegs- und Lernfeld im Prozess der Politisierung 47

Tatiana Golova

Identitätskonstruktion in Protesträumen
der Berliner linksradikalen Szene 71

Rudolf van Hüllen

Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster unter
Jugendlichen – eine qualitative Studie 96

Klaus Hoffmann-Holland

Fragen zur Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin –
eine kriminologische Perspektive 115

René Schultens

„Linke“ Militanz im Jugendalter –
eine kommentierte Auswahlbibliografie 133

Autorinnen- und Autorenverzeichnis 143

„Linke“¹ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen

Zur Geschichte jugendlicher Militanz in der Bundesrepublik

Eine erhöhte Neigung, etablierte gesellschaftliche Normen infrage zu stellen und zu verletzen sowie eine gesteigerte Bereitschaft, dabei auch rechtswidrig und gewalttätig vorzugehen, sind seit jeher ein besonderes Kennzeichen der Jugendphase (vgl. Roth/Rucht 2000, Wirth 1996). Jugendkulturelle Bewegungen², in denen solche gesellschaftlichen Regelverletzungen kollektiv begangen und als Bestandteil des Lebensgefühls einer ganzen Generation zelebriert wurden, hat es auch in der Geschichte der (westlichen) Bundesrepublik bereits seit ihren Anfängen gegeben. Auch wenn sich in diesen Bewegungen prozentual gesehen immer nur eine kleine Minderheit junger Menschen aktiv engagierte, hatten sie doch für das politische und kulturelle Selbstverständnis wie auch für die gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Generationen stets erhebliche Bedeutung. Wurde den sogenannten „Halbstarkenkrawallen“ der Adenauer-Ära noch eine unpolitische Ausrichtung bescheinigt³ (vgl. Lindner 1996,

- 1 Der Begriff ‚links‘ wurde in Anführungszeichen gesetzt, um darauf zu verweisen, dass ein politischer Hintergrund der im folgenden verhandelten Gewaltphänomene in vielen Fällen durchaus strittig ist. Hoch strittig ist ebenfalls der Begriff ‚Linksextremismus‘ (vgl. Neugebauer 2010, van Hüllen 2012). Anders als ‚Rechtsextremismus‘ ist er zudem kein allgemein etablierter Begriff der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Da es der Herausgeberin und dem Herausgeber um eine Positionierungen vermeidende Darstellung geht, wird der Begriff hier ebenfalls in Anführungszeichen verwendet. Alternativ wird außerdem der Terminus ‚linksradikal‘ benutzt, mit dem eine Selbstbezeichnung dieser politischen Strömungen aufgegriffen wird.
- 2 In den folgenden Ausführungen wird der Linksterrorismus der RAF und anderer Gruppierungen bewusst ausgeklammert, da er zwar ursprünglich aus dem Kontext linksradikaler Protestbewegungen entstand, jedoch im Hinblick sowohl auf seine Entwicklungsbedingungen wie auch auf seine internen Begründungslogiken, als ein eigenständiges Phänomen zu betrachten ist, für das Erklärungsansätze von Jugendgewalt nur sehr begrenzt anwendbar sind.
- 3 Unpolitisch insofern, als ihre Protagonistinnen und Protagonisten keine politische Programmatik verfolgten und sich auch nicht auf bestimmte politisch-ideologische Theorietraditionen bezogen. Allerdings ist diese Bewegung mit Werner Lindner durchaus als eine jugendliche Protestbewegung zu werten, deren Protest sich gegen das (in vielerlei Hinsicht ungebrochen aus der NS-Zeit fortbestehende) gesellschaftlich-kulturelle Wertesystem im westlichen Nachkriegsdeutschland richtete.

S. 73 ff.), bezog sich die Studentenbewegung der späten 1960er Jahre explizit auf linksradikale, kommunistische sowie anarchistische Gesellschaftsentwürfe und Theorietraditionen.

Diese grundsätzliche Orientierung an linksradikalen Ideologien setzte sich (wenn auch vielfach weniger theoretisch untermauert) in den militanten (Jugend-)Protestbewegungen der folgenden Jahrzehnte – den Spontis, der Hausbesetzerbewegung und dem militanten Flügel der Anti-Atombewegung – fort und prägte damit auch die Wahrnehmung durch andere gesellschaftliche Akteure: Noch bis in die 1980er Jahre hinein wurde das Phänomen ‚politische Jugendgewalt‘ in der medialen und politischen Öffentlichkeit, aber auch in Jugendforschung und Jugendarbeit vor allem als ein Problem linker außerparlamentarischer Strömungen diskutiert. Dabei war insbesondere die staatliche Perspektive auf diese Phänomene – nicht zuletzt durch das Aufkommen des Linksterrorismus in den 1970er Jahren – überwiegend von einer ordnungs- und sicherheitspolitischen Sichtweise geprägt (vgl. Lindner 1996, S. 306 ff., S. 396 f.).

Dies änderte sich erst nach der Wende mit den pogromartigen fremdenfeindlichen Ausschreitungen in bestimmten Regionen Ost- und Westdeutschlands und dem daraufhin einsetzenden gravierenden Anstieg fremdenfeindlicher Übergriffe in ganz Deutschland Anfang und Mitte der 1990er Jahre.

Da ein Großteil dieser Gewalttaten von jungen Menschen verübt wurden, rückten nun diese jugendlichen Zielgruppen ins Zentrum der Aufmerksamkeit: Die jugendpolitische, wissenschaftliche und pädagogische Auseinandersetzung mit ‚politischer Jugendgewalt‘ konzentrierte sich fortan auf die unterschiedlichen Facetten von Rechtsextremismus unter Jugendlichen sowie auf Möglichkeiten, diesen präventiv zu begegnen (vgl. Hopf 2002; Klärner/Kohlstruck 2006). Zu diesem Zweck wurden in den letzten zwei Jahrzehnten umfangreiche jugendpolitische Förderprogramme für präventive Arbeit mit jungen Menschen aufgelegt und ein breit gefächertes Spektrum entsprechender pädagogischer Ansätze entwickelt und realisiert (vgl. Rieker 2009; Greuel/Münch 2011).

Nichtsdestotrotz erregten auch in diesen Jahren Erscheinungsformen von Jugendgewalt, die dem linksradikalen politischen Lager zugeschrieben wurden, immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit. Dazu gehörten insbesondere die jährlichen Ausschreitungen zum 1. Mai in

Berlin und in anderen deutschen Großstädten, die sogenannten ‚Chaos-tage‘ in Hannover sowie gewalttätige Eskalationen, zu denen es anlässlich der Räumung besetzter Häuser durch die Staatsgewalt kam. Als ein weiteres bedeutsames Aktionsfeld kamen seit den 1990er Jahren, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, Auseinandersetzungen mit jugendlichen Rechtsextremen hinzu. In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends entwickelte sich außerdem das Thema ‚Globalisierung‘ zu einem Kristallisationspunkt jugendlicher Militanz, die sich vor allem an den alljährlichen Gipfeltreffen der Weltwirtschaftsmächte entzündete. Dabei konzentrierte sich die mediale und politische Debatte dieser Ereignisse jedoch nach wie vor vorwiegend auf die Frage angemessener polizeilicher Interventions- und Präventionsstrategien; Gegenstand jugendpolitischer Diskussionen und Maßnahmen waren diese Geschehnisse kaum.

Die aktuelle Debatte um jugendlichen ‚Linksextremismus‘

Dass seit einigen Jahren Manifestationen von linksradikaler bzw. dem linksradikalen Spektrum zugeordneter Jugendgewalt wieder verstärkt problematisiert werden, lässt sich im Wesentlichen auf zwei Entwicklungen zurückführen: Zum einen übernahm nach mehreren Jahren, in denen linke politische Parteien die Regierungsmehrheit stellten oder zumindest an Regierungskoalitionen beteiligt waren, 2009 erstmals wieder eine konservativ-liberale Koalition die Regierungsverantwortung, wodurch sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten einer kritischen Thematisierung von problematischen Erscheinungsformen auch am linken Rand des politischen Spektrums verschoben. Zum anderen wird von Polizei und Verfassungsschutz seit einigen Jahren ein deutlicher Anstieg von Straf- und Gewalttaten aus diesem politischen Spektrum konstatiert. Im Jahr 2009 lag der Anteil von als „linksextrem“ eingestuften Gewalttaten sogar erstmals über den als „rechtsextrem“ zugeordneten Taten (vgl. Jesse 2011, S. 39).

Dabei sorgten in den letzten Jahren – neben den alljährlichen Ereignissen um den 1. Mai – insbesondere zwei Handlungsfelder jugendlicher Militanz für Schlagzeilen: Zum einen das Abbrennen von „Bonzenautos“, das in Teilen des linksmilitanten Spektrums, vor allem in Berlin und Hamburg, als radikale Protestform gegen städtische Gentrifizierung und

damit verbundene Verdrängungseffekte propagiert wurde⁴, zum anderen der ‚Kampf gegen Rechts‘, bei dem es immer wieder zu gewalttätigen Konfrontationen nicht nur mit dem politischen Gegner, sondern auch mit der Polizei kam. Ein Großteil der sogenannten politischen „Konfrontationsgewalt“ wird von den Sicherheitskräften diesen ‚Rechts-Links‘-Auseinandersetzungen zugeschrieben.

Als Hauptakteure linksradikaler Gewalthandlungen gelten in Sicherheitskreisen wie auch in der Öffentlichkeit die ‚Autonomen‘ (vgl. Backes 2008) – eine stark aktionsorientierte, durch einen geringen Organisationsgrad gekennzeichnete Bewegung (vgl. Pfahl-Traughber 2008), die in den 1980er Jahren aus den ‚Spontis‘ hervorging und sich in „doppelter Abgrenzung“ (vgl. Haunss i.d. Band) von den alternativen Bewegungen und den traditionell-marxistischen K-Gruppen herausbildete. Die Autonomen sind gegenwärtig nicht nur die zahlenmäßig stärkste militante Gruppierung innerhalb des linken politischen Spektrums (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2012, S. 144); Expertinnen und Experten zufolge zeichnen sie sich auch durch einen vergleichsweise hohen Anteil jugendlicher Mitglieder aus und es wird ihnen bescheinigt, aktuell die für junge Menschen bei Weitem attraktivste linksradikale Strömung zu sein.⁵

Diese Entwicklungen begründen aus staatlicher Sicht auch die Notwendigkeit, zu diesen Themen insbesondere mit Blick auf junge Menschen verstärkt präventiv tätig zu werden. Neu ist hierbei, dass sich diese Überlegungen nicht nur auf ordnungspolitische Reaktionen begrenzen; in Anlehnung an Ansätze der pädagogischen Rechtsextremismusprävention wird vielmehr eine Entwicklung von spezifisch ausgerichteten pädagogischen und jugendpolitischen Ansätzen als erforderlich erachtet, um

4 Wie viele dieser Anschläge tatsächlich einen linksradikalen Hintergrund haben, ist allerdings strittig. Eine Berliner Statistik von 2001 gibt 47 % an; eine Hamburger Statistik aus dem gleichen Zeitraum, die nur solche Vorkommnisse als politisch motiviert wertet, zu denen ein Bekennterschreiben existiert, kommt auf 6 %. Bereits vor einiger Zeit wurde von verschiedenen Seiten Kritik an der auf Verdachtseinschätzungen basierenden Berliner Statistik formuliert (vgl. NDR Presse und Information 2011).

5 So u.a. die Einschätzung der teilnehmenden Expertinnen und Experten bei einem ersten Hearing zum Thema, das die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des DJI organisiert hatte und das am 09.06.2010 beim BMFSFJ in Berlin stattfand. An dem Hearing nahmen neben Vertreterinnen und Vertretern vom Bundeskriminalamt (BKA) und Verfassungsschutz u.a. die Wissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Kühnel, Dr. Olaf Lobermeier, Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Prof. Dr. Peter Rieker, Dr. Rainer Strobl, Dr. Rudolf van Hüllen, Prof. Dr. Helmut Willems teil (vgl. zu dieser Einschätzung auch Pfahl-Traughber 2010, S. 7)

gegen „Linksextremismus“ eingestellte Jugendliche in ihren Positionen zu bestärken sowie „linksextremistisch orientierte“ bzw. entsprechend gefährdete junge Menschen von einer Hinwendung zu diesen Szenen abzuhalten (BMFSFJ 2011, S. 7). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat zu diesem Zweck im Sommer 2010 ein eigenes Bundesprogramm⁶ aufgelegt, in dem u.a. Projekte gefördert werden, die zum Thema „Linksextremismus“ bzw. mit diesen Zielgruppen pädagogisch arbeiten wollen.

Vor allem im linken politischen Lager, aber auch in Teilen der Wissenschaft und der Fachöffentlichkeit stößt dieses Vorgehen jedoch auf Bedenken, z.T. auch auf heftigen Widerspruch (vgl. Hafener et al. 2009; INEX 2010). Die Kritikerinnen und Kritiker des Programms befürchten nicht nur eine generelle Delegitimierung von zulässigen, durch die Verfassung geschützten Formen radikaler Gesellschaftskritik. Sie problematisieren auch eine Gleichsetzung mit dem Rechtsextremismus und werten das staatliche Vorgehen als Relativierung dieses als weit- aus bedrohlicher erachteten Phänomens⁷ (vgl. Scherr 2010).

Demgegenüber verweisen die Befürworterinnen und Befürworter entsprechender Interventionen auf eine von polizeilicher Seite konstatierte Brutalisierung dieser Szenen, die sich im Umgang mit dem politischen Gegner wie auch mit der Polizei zeige.⁸ Vor diesem Hintergrund halten sie der Gegenseite entgegen, problematische Gewalthandlungen unterschiedlicher politischer Lager mit unterschiedlichem Maß zu messen.

6 Das Bundesprogramm „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (www.demokratie-staerken.de) will einerseits „linksextremistischen“, andererseits islamistischen Tendenzen unter jungen Menschen begegnen. Laut Programmleitlinien ist das „Ziel des vorrangig im präventivpädagogischen, integrativen und bildungsorientierten Bereich angesiedelten Programms die Stärkung toleranter und demokratischer Einstellungen und Handlungsweisen junger Menschen, um auf diese Weise der Attraktivität linksextremistischer und islamistischer Ideologieangebote und Gruppenzugehörigkeiten entgegenzuwirken“ (vgl. BMFSFJ 2011, S. 4).

7 Sie verweisen dabei auf einen entscheidenden Unterschied, der diese Formen jugendlicher Militanz in der Tat von fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt unterscheidet: Während sich diese gegen wehrlose Opfer richtet, die dem rechtsextremen oder rassistischen Weltbild zufolge als „minderwertig“ gelten, richtet sich Gewalt im Kontext aktueller linksradikaler Strömungen meist entweder gegen Sachen oder es handelt sich häufig um sogenannte Konfrontationsgewalt, die bei Auseinandersetzungen mit einem ebenfalls Gewalt ausübenden oder zumindest potenziell zur Gewaltausübung bereiten, wehrhaften Gegenüber entsteht und eigenen Eskalationsdynamiken unterliegt.

8 Auf einer Tagung des BKA im Frühjahr 2011 wurde diese Beobachtung u.a. unter der Frage diskutiert, ob es sich hier möglicherweise um eine neue Form ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ handele.

Dass diese Debatte so kontrovers, mitunter auch emotional sehr aufgeladen verläuft, ist nicht unwesentlich dem (spezifischen) politischen Charakter ihres Gegenstandes geschuldet: Eine Diskussion über „politischen Extremismus“ ist beinahe zwangsläufig mit Selbst- und Fremdverortungen der Beteiligten auf der politischen Links-Rechts-Skala, mit damit verbundenen unterschiedlichen moralischen Wertungen, Problemsensibilitäten und Problematisierungsinteressen verknüpft.

Eine Schwierigkeit der Diskussion ist allerdings auch, dass zu diesem Themenfeld bisher kaum wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse vorliegen. Ein Großteil der existierenden Forschungsliteratur zu radikal linken Politikströmungen beschäftigt sich entweder mit Parteien (vor allem der DKP der 1970er Jahre sowie der PDS) oder aber mit dem Linksterrorismus der Roten Armee Fraktion. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu militanten (Jugend-)Protestströmungen sind dagegen kaum verfügbar; insbesondere zu den ‚Autonomen‘ liegen Einblicke vielfach nur in Form von Selbstbeschreibungen aus der Szene vor (einige der wenigen Ausnahmen sind in diesem Band versammelt). Auch fehlt es an Befunden zu den Hintergründen, Motiven und Dynamiken gewalttätiger Manifestationen im Umfeld dieser Szenen (vgl. Pfahl-Traugher 2010).

Hinzu kommt, dass – anders als zum Rechtsextremismus, zu dem neben der wissenschaftlichen auch eine breite fachpädagogische Diskussion existiert – eine systematische fachliche Auseinandersetzung der Bildungs- und Jugendarbeit mit diesen Themen bisher ebenfalls weitgehend am Anfang steht.⁹

9 Innerhalb des vom BMFSFJ aufgelegten Bundesprogramms sind Austauschformate wie gemeinsame Workshops für die beteiligten Projekte vorgesehen, sodass sich zumindest in diesem Rahmen ein erster themenbezogener Austausch zu etablieren beginnt.

Das DJI-Hearing

Dies war der Anlass für ein Hearing „Linke‘ Militanz im Jugendalter – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“, das das Deutsche Jugendinstitut am 05.10.2011 in Halle/Saale veranstaltete.¹⁰

Die Veranstaltung näherte sich der Thematik aus zwei Perspektiven an: Zum einen sollten unterschiedliche Facetten der autonomen Szenen beleuchtet werden. Dabei sollte insbesondere auch der Frage nachgegangen werden, welche Aspekte diese Szenen gerade für junge Menschen attraktiv machen. Zum anderen sollte der Blick auf solche gewalttätige Manifestationen gerichtet werden, die im Kontext dieser Szenen verübt bzw. diesen Szenen zugesprochen werden. Dabei interessierte besonders die Frage, aus welchen Motiven heraus junge Menschen solche Gewalttätigkeiten begehen.

An dem nicht-öffentlichen Hearing nahmen zum einen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen, zum anderen Praktikerinnen und Praktiker aus themenrelevanten Professionen teil.

Bei der Vorbereitung dieses Hearings bestätigte sich allerdings zunächst die Einschätzung, dass eine fachliche Auseinandersetzung zu diesen Fragen in zweifacher Weise mit spezifischen Schwierigkeiten behaftet ist. Zum einen war es nicht einfach Forschende zu finden, die sich zu diesen Themenfeldern als auskunftsfähig erachteten und aktuelle Erkenntnisse zu den beiden thematischen Schwerpunkten präsentieren konnten. Zum anderen erwies sich die personelle Zusammensetzung der Runde auch deshalb als vergleichsweise aufwendig, weil insbesondere bei Pädagoginnen und Pädagogen z.T. ausgeprägte Bedenken existierten, wie eine Mitwirkung seitens der von ihnen betreuten Jugendlichen wahrgenommen würde. Aber auch von angefragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurden verschiedentlich Vorbehalte geäußert, die Zusammensetzung und politische Ausrichtung der Runde betreffend.

Trotz dieser Schwierigkeiten konnte schließlich eine Reihe thematisch einschlägiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Soziologie, Politikwissenschaft und Kriminologie gewonnen werden, die (teilweise im Rahmen von Qualifikationsarbeiten) in diesen Bereichen geforscht

10 Organisiert wurde die Veranstaltung vom Projektmodul „Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen“ der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Deutschen Jugendinstituts.

hatten bzw. aktuell forschen. Außerdem konnten Praktikerinnen und Praktiker aus politischer Bildung, Jugendsozialarbeit und Polizei für eine Teilnahme gewonnen werden, die vor dem Hintergrund ihrer beruflichen Kontakte mit jugendlichen Szeneangehörigen Erfahrungen und Einschätzungen beisteuerten.¹¹

Auf der Veranstaltung wurden zum einen Forschungsarbeiten präsentiert und diskutiert, die sich mit unterschiedlichen autonomen Szenen befassen und mittels qualitativer Feldforschung Einblicke in ideologische Positionen und Selbstverständnis dieser Szenen, in Hinwendungspfade und Motive von Akteurinnen und Akteuren wie auch zu Attraktivitätsmomenten dieser Szenen für junge Menschen boten. Ein weiterer Beitrag stellte Ergebnisse einer Untersuchung vor, in der Werthaltungen junger Menschen untersucht wurden, die Affinitäten zu linken bis linksradikalen politischen Positionen zeigten. Anhand eines Inputs, der Erkenntnisse aus einer Untersuchung zum 1. Mai 2009 in Berlin präsentierte, wurden außerdem Motive und Hintergründe jugendlicher Teilnehmerinnen und Teilnehmer solcher gewalttätiger Manifestationen diskutiert.

Einige zentrale Inhalte und Ergebnisse des Hearings sollen im Folgenden kurz dargestellt werden. Da die Referenten der Inputs mit eigenen Beiträgen in diesem Band vertreten sind, stützt sich diese Darstellung schwerpunktmäßig auf die an die Inputs jeweils anschließenden gemeinsamen Diskussionen der Runde.

Mit Blick auf die Politikfelder autonomer Szenen wurde in der Runde zunächst konstatiert, dass diese zwar sehr vielfältig seien und sich auf sehr unterschiedliche gesellschaftliche Konfliktthemen bezögen, dass sie

11 An der Tagung wirkten mit: Ulrich Ballhausen, ehemaliger Leiter der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar; Ulrich Dovermann, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn; Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen, Berlin; Max Fuhrmann, Soziologe, ehem. Mitarbeiter der Wissenschaftlichen Begleitung der „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, Halle; Dr. Tatiana Golova, Soziologin, Universität Magdeburg; Thomas Hafke, Fan-Projekt Bremen e.V.; Dr. Sebastian Haunss, Politikwissenschaftler, Universität Bremen; Dr. Silke Heiland, IPP, München; Prof. Dr. Klaus Hoffmann-Holland, Lehrstuhl für Kriminologie und Strafrecht, FU Berlin; Dr. Rudolf van Hüllen, freier Politikwissenschaftler, Krefeld; Dr. Carsten Keller, Soziologe, HU-Berlin; Bärbel Karcher, Ausbilderin bei der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg, Stuttgart; Frank König, Politologe, Programmevaluation „DEMOKRATIE FÖRDERN – TOLERANZ STÄRKEN“, DJI, Halle; Michael Lisowski, Präventionsbeauftragter der Polizei Berlin für Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln; Dr. Christian Lüders, Leiter der Abteilung Jugend und Jugendhilfe, DJI, München; Nils Schuhmacher, Dipl. Politologe/Kriminologe, Hamburg; René Schultens, Politikwissenschaftler, Projektmodul „Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen“, DJI, Halle; Michaela Glaser, Soziologin, Projektleiterin der Arbeits- und Forschungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, DJI, Halle.

jedoch durchaus eine gemeinsame ideologische Klammer verbinde: Eine grundsätzliche Systemopposition, die sich allerdings weniger klassisch-marxistisch an den Produktionsverhältnissen entzündete und im Arbeitsumfeld artikuliere; autonome Aktivitäten und Diskussionsthemen bezögen sich vielmehr häufig auf das unmittelbare Lebensumfeld und dessen Beeinträchtigungen durch ‚kapitalistische Verwertungsinteressen‘, z.B. durch Umweltzerstörung oder Gentrifizierung sowie auf die Realisierung von Freiheits- und Selbstverwirklichungsrechten. Kern dieser Ideologie, so eine Positionierung, bilde das Projekt einer „Dekolonisierung der Lebenswelt“, d.h. eine Gegenbewegung zur kapitalistischen Durchdringung der eigenen Lebensumwelt. Die Themen der Autonomen ließen sich somit auch als Themen einer postmaterialistischen, bürgerlichen Gesellschaft charakterisieren, die autonome Bewegung sich als „Teil des Bewegungsspektrums der bürgerlichen Gesellschaft“ begreifen.

Aus dieser emanzipatorisch-humanistischen Grundorientierung heraus, so eine Position, leite sich einerseits auch die Ablehnung staatlicher Zwänge und Grenzziehungen einschließlich des staatlichen Gewaltmonopols her; andererseits stünde sie aber auch in einem Spannungsverhältnis zur militanten Praxis. Dieses Spannungsverhältnis sei auch der Grund, warum verübte Gewalt – anders als im Rechtsextremismus – immer begründungspflichtig sei und in z.T. sehr ausführlichen Erklärungen ‚legitimiert‘ werde.

Entgegen einer u.a. auch in der Fachliteratur anzutreffenden Sichtweise, der zufolge diese Szenen eher durch ein geringes Interesse gegenüber ideologischen Grundlagen und theoretischer Auseinandersetzung geprägt seien, berichteten die anwesenden Pädagoginnen und Pädagogen aus ihrer Praxis z.T. von gegenteiligen Erfahrungen: An linksradikalen Themen und Politikangeboten interessierte Jugendliche, denen diese Praktikerinnen und Praktiker in ihrer Arbeit begegneten, zeichneten sich vielfach gerade durch hohe Belesenheit und Diskussionsfreudigkeit aus. Die Runde war sich allerdings einig, dass insbesondere für junge Menschen neben diesen ideologischen Inhalten vielfach auch andere Aspekte autonomer Szenen von Bedeutung seien und den Reiz dieser Szenen ausmachten. Genannt wurden hier das jugendspezifische Interesse an einer Szene, die radikale Kritik übe, aber auch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und die Möglichkeit des niedrigschwelligen politischen Engagements. Deutlich wurde in den Beiträgen zudem, dass die autonome Szene in verschiedener Hinsicht Merkmale einer – über das politische

Engagement im engeren Sinne hinausreichenden – Subkultur zeigt, die gerade auch aufgrund dieser nicht-politischen, unterschiedliche Alltagsbereiche integrierenden Komponenten für Jugendliche attraktiv ist.

Die Veranstaltung lieferte außerdem verschiedene Hinweise, dass der Auseinandersetzung mit dem (jugendlichen) Rechtstextremismus nicht nur quantitativ, sondern auch inhaltlich eine zentrale Bedeutung für jugendliches Militanzhandeln bzw. jugendliche Militanzbereitschaft zukommt. So wurde in der vorgestellten (nicht-repräsentativen) Befragung linksorientierter Jugendlicher festgestellt, dass bei den Interviewten die Bereitschaft zur Akzeptanz auch personenschädigender Gewalt bei diesem Thema deutlich am ausgeprägtesten war. In einer weiteren präsentierten Studie wurde zudem deutlich, dass eine Radikalisierung und Hinwendung zu entsprechenden Szenen vielfach als Antwort auf erlebte Bedrohungen durch und Konfrontationen mit rechtsextremen Jugendlichen im unmittelbaren Lebensumfeld erfolge.

Insbesondere für Jugendliche wurden aber auch auf anderen Ebenen liegende, spezifische Attraktivitätsmomente autonomer Antifa-Szenen erkennbar. Hier wurde zum einen die moralisch hohe Wertigkeit und gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Engagements ‚gegen Rechts‘ genannt. In einer Zeit, in der politische Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten immer weniger greifbar würden, böte dieses Engagement jungen Menschen zudem die Möglichkeit klarer Positionierungen und einen eindeutig identifizierbaren Feind als politischen Gegner und ‚Interaktionspartner‘.

Übereinstimmung herrschte unter den Anwesenden dahin gehend, dass es genauer zu bestimmen gelte, in welchem Maße und inwiefern diese Phänomene eine gesellschaftliche Gefährdung darstellen. Hierzu wurde zunächst die Überlegung formuliert, dass es gerade ein Kennzeichen freier Gesellschaften sei, dass sie soziale Bewegungen hervorbrächten, die sie verändern wollten und ihre Grenzen infrage stellten – und dass diese Bewegungen auch schon immer Formen genutzt hätten, die den Rahmen des Erlaubten dieser Gesellschaften überschritten. Diese Position erntete keinen grundsätzlichen Widerspruch. Zu der Frage, inwiefern es sich bei den von den Autonomen vertretenen Positionen um Vorstellungen handelt, die mit einer demokratischen Gesellschaft vereinbar sind, waren die Einschätzungen in der Runde allerdings geteilt.

Eine Position hierzu lautete, dass die autonome Bewegung „aus politikwissenschaftlicher Sicht“ kein Problem darstelle, da sie in ihrer

Grundausrichtung humanistische Werte verfolge und basisdemokratisch orientiert sei und insofern auch keine autoritäre Gegenbewegung gegen die demokratische Verfasstheit von Gesellschaft sei. Aus dieser Perspektive wurde insgesamt für mehr Gelassenheit plädiert, auch mit Blick auf die Gewalt-Thematik. So wurde konstatiert, dass Gewalt im Szenealltag doch „eher randständig“ sei und ihr Einsatz zudem umstritten, wie etwa die in Berliner Szenemagazinen geführten Debatten um das „Abfackeln“ von Autos zeigten. Hinterfragt wurde in diesem Zusammenhang auch die Problematisierung eines kontinuierlichen Anstiegs von diesen Szenen zugeschriebener Gewalttaten, die bei Betrachtung längerer Erfassungszeiträume durch die Statistik nicht bestätigt würde. Eine Überlegung hierzu lautete auch, dass solche Formen gewalttätiger Grenzüberschreitung zwar nicht zu akzeptieren, aber als eine Facette und Konsequenz der „Ausdrucksfreiheit“ liberaler Gesellschaften zu begreifen seien, die bei Beibehaltung dieser liberalen Grundausrichtung auch niemals ganz zu verhindern seien.

Eine Gegenposition konstatierte jedoch, dass autonome Gruppierungen in ihrem Binnenverhalten keineswegs immer durch basisdemokratische Prinzipien gekennzeichnet seien und dass sich in autonomen Texten auch vielfach Positionen fänden, die „aggressiv gegen demokratische Werte gerichtet“ seien. So ließen sich etwa eindeutige Bezüge zu autoritär-marxistischen bis hin zu stalinistischen Positionen feststellen, was sich z.B. in einer diffamierenden Haltung gegenüber allen sozialdemokratischen Politikvarianten äußere. Als Beispiele wurden zum einen Positionspapiere der autonomen Antifa in den 1990er Jahren genannt, zum anderen das Logo der Antifa,¹² welches auf kommunistische Symbolik der zwanziger und dreißiger Jahre zurückgreife. Durch diese Symbolik, so eine Teilnehmerin bzw. ein Teilnehmer, fände faktisch eine positive Bezugnahme auf die damalige stalinistische KPD statt.

Diese Argumentation warf in der Runde die Frage auf, inwiefern solche Ideologiepapiere für jugendliche Szeneangehörige tatsächlich

12 Gemeint ist das Antifa-Emblem, das in einem roten Kreis eine rote und eine schwarze Fahne zeigt und sich damit am Logo der 1932 gegründeten antifaschistischen Aktion orientiert, welches in einem ebenfalls roten Kreis (der einen Schutzring gegen den Faschismus symbolisiert) ursprünglich zwei rote Fahnen zeigte. Nachdem die KPD in den zwanziger Jahre mit ihrer These von „Sozialfaschismus“ der Sozialdemokratie entsprechende Bündnisse verhindert hatte, war die Antifaschistische Aktion 1932 der Versuch, eine Aktionseinheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus zu bilden, was durch die beiden roten Fahnen (als Symbole für SPD und KPD) signalisiert werden sollte.

relevant seien; aus der pädagogischen Praxis wurde zudem die Erfahrung geschildert, dass Jugendliche etablierte linke Symboliken mit eigenen, neuen Bedeutungen aufladen (ein Praktiker berichtete in diesem Zusammenhang, dass jugendliche Antifa-Aktivistinnen und -Aktivisten, als er die Jugendlichen auf entsprechende Traditionslinien ansprach, sich entschieden vom Stalinismus abgegrenzt und diesen als „größten Fehler der Geschichte“ bezeichnet hätten).

Seitens anwesender Pädagoginnen und Pädagogen wurden allerdings auch problematische Aspekte autonomer Weltbilder benannt, denen sie in ihrer Arbeit mit jugendlichen Szeneangehörigen begegneten. So schilderte eine Praktikerin bzw. ein Praktiker die Erfahrung, dass diese Jugendlichen zwar einen ausgeprägten Pluralismus verträten, die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen betreffend; wenn es um die Frage des ‚richtigen‘ politischen Umgangs etwa mit Rechtsextremismus ginge, sähe sie/er sich jedoch regelmäßig mit einem Absolutheitsanspruch von Überzeugungen und einer entschiedenen Intoleranz gegenüber anderen Sichtweisen konfrontiert. Hier zeige sich eine „mangelnde Pluralität bei der Interpretation von Welt“, von der zwar keine Systemgefährdung ausgehe, die jedoch aus pädagogischer Perspektive durchaus Herausforderungen – im Sinne einer Vermittlung und Stärkung pluralistischer Werte – beinhalte.

Deutlich wurde im Verlauf dieses Tages allerdings auch, dass es insbesondere bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Akteurinnen und Akteuren mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen und Motivationen zu differenzieren gilt. Die Ergebnisse der vorgestellten Studie zum Berliner 1. Mai 2009 (vgl. Hoffmann-Holland i.d. Band sowie ausführlicher ders. 2010) wie auch die Schilderungen anwesender Polizeivertreterinnen und -vertreter verwiesen darauf, dass in solche Ausschreitungen durchaus Personen involviert sind, die sich den inhaltlichen Zielen der Demonstration verbunden fühlen und gewalttätige Eskalationen nicht nur bewusst in Kauf nehmen, sondern diesen auch eine politische Funktion zusprechen würden. Diese Funktion wurde in für die Studie ausgewerteten Blogbeiträgen z.B. mit „Schaffen eines temporär rechtsfreien Raums“ und als Grenzziehungen gegenüber staatlicher Gewalt beschrieben. Erkennbar wurde aber auch, dass es eine möglicherweise bedeutende Gruppe von Demonstrantinnen und Demonstranten gibt, die aus anderen, weniger oder auch gar nicht politisch gelagerten Motiven an den Ausschreitungen teilnehmen. Hinweise darauf fanden sich

in der vorgestellten Erhebung, aber auch die anwesenden Sicherheitskräfte berichteten von entsprechenden Erkenntnissen aus Gesprächen und Festnahmeprotokollen. Genannt wurde hier zum einen die „Ventilfunktion“ eines Frustrationsabbaus, die solche Gewaltmanifestationen auch hätten – in diesem Zusammenhang wurde berichtet, dass inzwischen auch große Gruppen Kreuzberger Jugendlicher mit migrantischem Hintergrund an den Ausschreitungen teilnehmen, die häufig nur einen niedrigen oder keinen Ausbildungsabschluss haben. Betont wurde aber insbesondere auch das erlebnisorientierte Element: Eine Faszination an *Action*, Klandestinität und Grenzüberschreitungen, die der „Abenteuerspielplatz Kreuzberg“ (so ein Teilnehmer) biete und den 1. Mai auch für junge Menschen aus anderen Stadtteilen, durchaus auch mit gehobenem Bildungshintergrund und aus finanziell gut gestellten Elternhäusern, attraktiv mache.

In den im Rahmen der Studie geführten Interviews fanden sich außerdem Hinweise auf stark situativ bedingte Teilnahmemotivationen: Befragt, wie es zu ihrer Beteiligung an den Ausschreitungen gekommen sei, gaben verschiedene Interviewpartnerinnen und -partner an, sie seien einfach mal „mitgegangen, um zu schauen, was passiert“. Andere berichteten, sie hätten eigentlich das Straßenfest besucht, sich dann spontan der vorbeiziehenden Demonstration angeschlossen. Auch diese Darstellungen deckten sich mit den Einschätzungen der Polizeikräfte in der Runde.

Mit Blick auf mögliche Ansatzpunkte präventiver Arbeit wurde in der abschließenden Diskussionsrunde konstatiert, dass die vielfältigen Motive jugendlichen Gewalthandelns auch eine Vielfalt präventiver Zugänge erforderten. Vor dem Hintergrund der diskutierten Einsichten und Überlegungen wurde aus der Bildungsarbeit zudem die Frage aufgeworfen, ob es in der Arbeit mit jungen Menschen, die sich von diesen Szenen inhaltlich angezogen fühlen, nicht vorrangig einer allgemeinen, demokratische Werte vermittelnden Bildungsarbeit bedürfe. Als wichtig für die pädagogische Auseinandersetzung wurde zudem erachtet, die – vielfach berechtigte – Kritik dieser Jugendlichen an dieser Gesellschaft ernst zu nehmen und ihnen Möglichkeiten einer alternativen Artikulation aufzuzeigen.

Die auf dieser Tagung zusammengeführten Erkenntnisse und Einschätzungen basieren überwiegend auf qualitativen Untersuchungen sowie auf Erfahrungswerten aus der Praxis. Sie erheben nicht den Anspruch, ein verallgemeinerbares, empirisch belastbares Bild der hier

verhandelten Phänomene zu zeichnen. Sie liefern jedoch Hinweise darauf, dass das Phänomen ‚linke‘ Militanz im Jugendalter einer differenzierteren Betrachtung von Motiven und Akteuren bedarf, als sie in medialen Darstellungen, teilweise aber auch in der Fachliteratur erfolgt.

Trotz der zahlreichen an diesem Tag zusammengetragenen Einsichten wurde aber auch deutlich, dass es für fundierte, ausreichend differenzierte Einschätzungen des Phänomens ‚linke‘ Militanz im Jugendalter weiterer Erkenntnisse bedarf. Den anwesenden Feldforscherinnen und -forschern zufolge stellt die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu diesem Forschungsfeld allerdings durchaus eine Herausforderung dar. Insbesondere der Feldzugang erweist sich demnach häufig als problematisch, da man sich mit einem sehr kritischen Blick auf die Intentionen der Forschenden bzw. der sie finanzierenden Auftraggeber konfrontiert sehe. Ein sehr zeitaufwendiger Vertrauensaufbau, der Zugang über „Schlüsselpersonen“ (vgl. hierzu auch Golova in diesem Band) sowie politisch ‚unverdächtige‘ Finanzierungsquellen wurden hier als maßgebliche Voraussetzung, wenn auch keineswegs als Garantie für gelingende Zugänge erachtet.

Trotz dieser Schwierigkeiten, in denen vermutlich auch ein Grund für die bisher begrenzte Forschungslage zu finden ist, wurde aus der Runde dafür plädiert, die Forschung in diesem Themenfeld insbesondere zu folgenden Aspekten voranzutreiben: Forschungsbedarf wurde zum einen zu Einstiegs-, Verlaufs- und Ablösungsprozessen von Szenezugehörigkeiten gesehen. Dabei wurden u.a. ethnografische Studien als wichtig erachtet, um Selbstbeschreibungen und -abgrenzungen im Rahmen dieser Szenen differenziert beschreiben zu können. Als bedeutsame, bisher nicht ausreichend untersuchte Forschungsfragen wurden in diesem Zusammenhang auch der Stellenwert von „Symbolhandeln“ in einer Mediengesellschaft bzw. die Wechselwirkungen zwischen medialen Aufmerksamkeiten und (militanten) Selbststilisierungen dieser Szenen genannt. Als ein relevantes Forschungsfeld wurden zudem die Konfrontationen zwischen links- und rechtsgerichteten Jugendlichen genannt, wobei hier insbesondere der Blick auf Eskalationsdynamiken, aber auch auf damit verknüpfte und darin eingewobene Prozesse von Zuschreibung und wechselseitiger Identitätsgewinnung als interessant angesehen wurden. Seitens der Praxis wurden zudem die Etablierung eines kontinuierlichen Wissenschaft-Praxis-Dialogs zu diesen Themen und die gemeinsame Entwicklung von Forschungsvorhaben in diesem Rahmen als wünschenswert erachtet.

Wir hoffen, mit dieser Veranstaltung wie auch mit der hier vorgelegten Veröffentlichung einen Beitrag zur Entwicklung eines solchen fachlichen Austauschs zu leisten und weitere Forschung im Feld anzuregen, die differenzierende Perspektiven auf das umstrittene Phänomen ‚linke‘ Militanz im Jugendalter ermöglicht.

Literaturverzeichnis

- Backes, Uwe (2008): Linksextremismus im vereinten Deutschland. Online unter: www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33615/linksextremismus-im-vereinten-deutschland?p=all, abgerufen am 19.12.2012
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat. Paderborn
- BMFSFJ (2011): Bundesprogramm „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Leitlinie zum Programmbereich. Berlin
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2012): Verfassungsschutzbericht 2011. Online unter: www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2011.pdf, abgerufen am 26.11.2012
- Greuel, Frank/Münch, Anna Verena (2011): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Ein Überblick zu aktuellen Erscheinungsformen und Ansätzen der pädagogischen Prävention. In: Münch, Anna Verena/Glaser, Michaela (Hrsg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa – Erscheinungsformen, gesellschaftliche Reaktionen und pädagogische Antworten. Halle, S. 52–81
- Hafeneger, Benno et al. (2009): BBE Newsletter 24/2009. Folgenreiche Realitätsverleugung: Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung. Berlin
- Hoffmann-Holland, Klaus (2010): Analyse der Gewalt am 01. Mai 2009 in Berlin. Triangulierte kriminologische Studie – Forschungsbericht. In: Berliner Forum Gewaltprävention, Herausgegeben von: Landeskommision Berlin gegen Gewalt. H. 42, S. 4 ff.
- Hopf, Wulf (2002): Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze des Rechtsextremismus. Eine Zwischenbilanz. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 50. Jg., H. 1, S. 6–20
- INEX – Initiative gegen jeden Extremismusbegriff (2010): Gemeinsam gegen jeden Extremismus? Nicht mit uns!. Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinns. Online unter: www.inex.blogsport.de/2010/02/09/gemeinsam-gegen-jeden-extremismus-nicht-mit-uns, abgerufen am 19.12.2012
- Jaschke, Hans-Gerd (2008): Linksextremismus. Online unter: www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33598/linksextremismus, abgerufen am 19.12.2012

- Jesse, Eckhard (2010): Extremismus in Deutschland. In: Jesse, Eckhard/ Thieme, Tom (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten. S. 83–98
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (2006): Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: dies. (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg, S. 7–41
- Lindner, Werner (1996): Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn. Opladen
- NDR Presse und Information (2011): Brennende Autos: Zahl linker Brandstifter übertrieben – Berliner Polizei bestätigt „Panorama“ Mängel an eigener Statistik, Online unter: www.ndr.de/unternehmen/presse/pressemitteilungen/pressemeldungndr8863.html, abgerufen am 07.09.2011
- Neugebauer, Gero (2010): Einfach war gestern. Zur Strukturierung der politischen Realität in einer modernen Gesellschaft – Essay, Online unter: www.bpb.de/apuz/32412/einfach-war-gestern-zur-strukturierung-der-politischen-realitaet-in-einer-modernen-gesellschaft-essay?p=al, abgerufen am 20.12.2012
- Pfahl-Traughber, Armin (2008): Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur. Online unter: www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33632/autonome?p=all, abgerufen am 19.12.2012
- Pfahl-Traughber, Armin (2010): Expertise „Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite“. Online unter: www.dji.de/bibs/1072_15373_Expertise_Lex_Pfahl-Traughber_05-2011.pdf, abgerufen am 19.12.2012
- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (2000): Jugendliche heute: Hoffnungsträger im Zukunftsloch? In: Dies.: Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz?, Opladen, S. 9–34
- Scherr, Albert (2010): Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen? In: deutsche jugend, H. 06/2010, S. 251–255
- van Hüllen, Rudolf (2012): Definition und Dimension, Erscheinungsformen und Kernaussagen des Linksextremismus. Überlegungen zur

Prävention von Linksextremismus (Teil 1). Online unter: www.kas.de/wf/doc/kas_31305-1522-1-30.pdf?121015155918, abgerufen am 20.12.2012

Wirth, Hans-Jürgen (1996): Adoleszenz als Chance und Risiko. In: psychosozial, H. 64/1996, S. 9–28

Zu den Beiträgen des Bandes

Im vorliegenden Band werden die auf der DJI-Tagung „Linke‘ Militanz im Jugendalter – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“ gehaltenen Beiträge in überarbeiteter und z.T. erweiterter Form dokumentiert. Ergänzt werden sie durch den Beitrag einer Autorin, die ebenfalls an der Veranstaltung teilnahm sowie durch eine kommentierte Auswahlbiografie, die weitere wissenschaftliche Publikationen zur Thematik enthält. Zu den Beiträgen im Einzelnen:

Im ersten Beitrag dieses Bandes stehen Herausbildungsprozesse kollektiver Identität in der ‚Bewegung der Autonomen‘ im Fokus. **Sebastian Haunss** betrachtet in seiner Analyse die ‚Autonomen‘ aus bewegungssoziologischer Sicht. Dem Autor zufolge ist es für die Aktivistinnen und Aktivisten dieser Bewegung von hoher Bedeutung, politische Ziele nicht nur zu proklamieren, sondern diese auch im eigenen Alltag umzusetzen und eine enge Verbindung zwischen (politischen) Aktionen und den eigenen Lebenspraxen herzustellen (Konzept der ‚Politik der ersten Person‘). Dieses Konzept ist für Haunss, neben der radikalen Infragestellung der bestehenden politischen und ökonomischen Ordnung und einer militanten Selbstinszenierung, für die Herausbildung einer kollektiven Identität und damit für die Mobilisierungsfähigkeit der Autonomen zentral. Daneben stellt der Autor beispielsweise bewegungsinterne Diskussionen um Geschlechterverhältnisse oder Debatten um Militanz dar. Hierfür zieht er seine Analyse der Bewegungszeitschrift ‚Interim‘ aus dem Zeitraum von 1988 bis 2001 heran. Außerdem geht Haunss der Frage nach Attraktivitätsmomenten der Bewegung nach. Diese gehen für ihn nicht primär von jugendkulturellen Aspekten aus. Sie lassen sich ihm zufolge eher in einer (relativen) Abwesenheit von Hierarchien oder in einer Aktionsorientierung finden, über die Abenteuer- und Erlebnisräume angeboten werden.

Anschließend befasst sich **Nils Schuhmacher** in seiner explorativen Studie mit Antifa-Gruppen und -Szenen und Politisierungsprozessen von Akteurinnen und Akteuren. Zwischen 2009 und 2011 führte der Autor mit 20 weiblichen und männlichen Antifa-Aktiven aus Ost- und Westdeutschland biografische Interviews. Auf dieser Basis rekonstruiert er, wie Engagement in Antifa-Gruppen und -Szenen entstehen kann

und geht darauf ein, worin Motive für eine Hinwendung und Beteiligung bestehen. Für die Einen sind beispielsweise konfliktintensive Sozialräume entscheidend gewesen und stand ein ‚sich wehren gegen „Rechts“‘ im Vordergrund, für Andere spielten eher Momente einer Selbsterzeugung des Antifa-Engagements eine wichtige Rolle. In einer dritten Gruppe hingegen spielte dem Autor zufolge ein direkter Konflikt mit ‚Rechtsextremen‘ gar keine Rolle. Hier sind eher der soziale und politische Anschluss an bereits vor Ort existierende linke (autonome) Gruppen und Szenen entscheidend gewesen. Attraktivitätspotenziale der Antifa-Gruppen und -Szenen erkennt Schuhmacher in der Möglichkeit einer Selbstbehauptung gegenüber der Präsenz von ‚Rechten‘. Attraktivität für ein Antifa-Engagement scheint außerdem von jugendkulturellen Aspekten und einer szenischen Einbindung auszugehen. Schuhmacher hält außerdem fest, dass Antifa-Gruppen und -Szenen auch als Einstiegsmöglichkeit in außerinstitutionelles politisches Engagement gesehen werden können.

Tatiana Golova analysiert die ‚Berliner linksradikale Szene‘ im Hinblick auf Konstruktions- und Verfestigungsprozesse der kollektiven Identität. Bei dem Beitrag handelt es sich um eine Kurzfassung ihrer ethnografisch angelegten Dissertation, für die sie zwischen 2000 und 2008 Feldforschung in der linksradikalen Szene Berlins durchführte. Golova geht auf zwei Beispiele für Protesträume ein. Mit dem Beispiel ‚Demonstration‘ analysiert sie eine sozial-räumliche Institution der Szene im Hinblick auf die Konstruktion kollektiver Identitäten. Das Beispiel ‚Hausräumung‘ dient dazu zu zeigen, wie symbolische Gegensätze im Rahmen von konflikthaften Protesträumen körperlich erlebt werden und wie dadurch kollektive und individuelle Identitäten auf spezifische Art und Weise gefördert werden. In ihrem Beitrag benennt Golova außerdem einige Attraktivitätsmomente der Szene für junge Menschen, wie beispielsweise das Erleben von Stärke und Einheit oder die Orientierung der Szene auf direkte Aktionen. Daneben schildert die Autorin anschaulich, was ihren Feldzugang in diese als stark geschlossenen geltende Szene ermöglicht hat. Sie führt hierzu auf, dass neben Alter, Geschlecht oder Herkunft der Forscherin, vor allem persönliches Vertrauen, auch bei als „Türöffner“ fungierenden Empfehlungen, eine überragende Rolle spielte.

Als nächstes folgt ein Beitrag von **Rudolf van Hüllen**, in dem er eine explorative Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) vorstellt, in der „linksextremismusaffine“ Einstellungsmuster unter Jugendlichen

untersucht werden. Als Grundlage hierfür dienten qualitative, leitfadengestützte Interviews und Assoziationstests mit jungen Menschen. Die Probanden hatten sich selbst zuvor in einem Screening-Verfahren als ‚links‘ eingeschätzt und wurden daraufhin über spezifische Screening-Fragen ausgewählt. Mit den Interviews sollten Einstellungen zu u.a. ‚Partizipation und Protestbereitschaft‘, zu ‚illegalen Protestformen‘ oder zum ‚staatlichen Gewaltmonopol‘ erkannt werden. Van Hüllen kommt zu dem Ergebnis, dass nicht wenige Elemente der dieser Studie zugrunde gelegten Extremismusdefinition (z.B. ‚exklusiver Wahrheitsanspruch‘ oder ‚identitäre Gesellschaftskonstruktionen‘) bei den Interviewten fast durchweg nicht erkennbar waren. Bei den Interviewpartnerinnen und Interviewpartnern ließen sich dem Autor zufolge eher patchworkartige Weltbilder ausmachen, die aus zum Teil widersprüchlichen Wertemustern bestehen. In Bezug auf Aktionen gegen ‚rechts‘ sind laut van Hüllen eine erhöhte Bereitschaft und Akzeptanz von ‚Gewalt als legitimem Mittel‘ identifizierbar. Unter anderem in diesem Zusammenhang sieht er einen wissenschaftlichen Klärungs- und politischen Handlungsbedarf.

Bei dem anschließenden Beitrag von **Klaus Hoffmann-Holland** handelt es sich um eine Kurzversion der von ihm verfassten kriminologischen Studie ‚Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin‘. Der Autor analysiert polizeiliche Tatverdächtigenakten, qualitative Interviews und auf das Ereignis Bezug nehmende Internetblogs unter der Fragestellung, wie sich die gewaltsamen Auseinandersetzungen am 1. Mai 2009 in Berlin darstellten. Mit Blick auf die polizeilich angezeigten Delikte filtert er einige Motivationen der jeweiligen Tatverdächtigen heraus, wie z.B. erlebnisorientierte, politische, situative, gruppenbezogene oder aus Gruppendynamiken entstandene Motivationen. Außerdem stellt er dar, wie unterschiedlich die Auseinandersetzungen am 1. Mai 2009 von verschiedenen Akteuren wahrgenommen, gedeutet und bewertet wurden. Diese wurden z.B. als eine Art „Katz-und-Maus-Spiel“ zwischen Polizei und Privatpersonen oder auch als entgrenzte Gewalt charakterisiert. Letzteres begünstigte laut Hoffmann-Holland spontane Beteiligungen.

Der Band schließt mit einer kommentierten Auswahlbibliografie zum Thema „linksextreme“ bzw. „linksradikale“ Militanz im Jugendalter. **René Schultens** stellt darin einige themenbezogene Publikationen vor, skizziert die jeweiligen Fragestellungen und Zielsetzungen der Autorinnen und Autoren und geht auf die angewandten Methodiken sowie die wichtigsten Argumentationen ein.

Wir hoffen, mit diesem Band erste Einblicke in ein umstrittenes Phänomen zu bieten und weitere Auseinandersetzungen mit diesem anzuregen. Wir danken der Autorin und den Autoren herzlich für ihre Bereitschaft, die nun folgenden Beiträge verfasst zu haben.

Die Autonomen – eine soziale Bewegung zwischen radikaler Gesellschaftskritik und Subjektivismus

Die Autonomen sind mittlerweile eine der am längsten kontinuierlich aktiven sozialen Bewegungen Nachkriegsdeutschlands. Sie können seit Ende der 1970er Jahre auf eine über 30-jährige Geschichte zurückblicken. Mit vielen der „neuen“¹ sozialen Bewegungen des in den 1970er Jahren einsetzenden Bewegungszyklus teilen sie eine starke lebensweltliche Orientierung. Trotz dieser langen Geschichte ist die wissenschaftliche Literatur, die sich mit dieser Bewegung beschäftigt, recht überschaubar. Neben einer Reihe von Darstellungen von (ehemaligen) Bewegungsaktivistinnen und Bewegungsaktivisten gibt es nur wenige Arbeiten, die zumeist um den Aspekt der Militanz oder Gewalt kreisen. Ziel dieses Artikels ist es, eine differenziertere Analyse der Autonomen zu liefern, um die Lebendigkeit und Dauerhaftigkeit der Bewegung zu erklären, die aus einer auf den Gewaltaspekt fokussierenden Perspektive als unerklärbares Rätsel erscheint.

Dazu werde ich nach einer kurzen Darstellung der Entstehungsgeschichte auf die zentralen Handlungsfelder und Organisationsstrukturen der Bewegung eingehen, die Prozesse kollektiver Identität analysieren, in denen sich die Bewegung immer wieder aufs Neue konstituiert und schließlich das oft konflikthafte Wechselverhältnis zwischen linksalternativer Szene und autonomer Bewegung und dessen Funktion für die Reproduktion der Bewegung diskutieren.

Alles Gewalt – oder was?

Als eigenständige Bewegung sichtbar wurden die Autonomen erstmals in den späten 1970er Jahren als militanter Flügel der Anti-AKW-Bewegung

1 Inzwischen besteht weitgehende Einigkeit, dass das Label „Neu“, das den Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre oft zugesprochen wurde, irreführend ist, da auch schon in den „alten“ sozialen Bewegungen starke lebensweltliche und postmaterialistische Orientierungen existierten und zudem die materiellen, redistributiven Forderungen auch in den aktuellen sozialen Bewegungen nicht von der Agenda verschwunden sind (vgl. Brand 1998).

und dann in den frühen 1980er Jahren im Rahmen der Hausbesetzerbewegung (vgl. Haunss 2008). In der Anti-AKW-Bewegung stehen die Autonomen für eine undogmatische, linksradikale Position, die entstanden ist aus einer doppelten Abgrenzung gegenüber den gemäßigten Forderungen der Bürgerinitiativen und gegenüber den K-Gruppen, deren hierarchische und autoritäre Binnenstrukturen sie ablehnten und denen sie ein taktisches Verhältnis zur Anti-AKW-Bewegung vorwarfen (vgl. A.G. Grauacke 2003, S. 24).

In der Hausbesetzerbewegung waren die Autonomen Teil eines vielfältigen Spektrums unterschiedlicher Aktivistinnen und Aktivisten, die den Leerstand innerstädtischen Wohnraums bei gleichzeitiger Wohnungsnot und hoher Mieten auf dem regulären Wohnungsmarkt skandalisierten, und die Hausbesetzungen nicht nur als symbolische Intervention, sondern auch als konkrete Möglichkeit der Schaffung von Räumen für die Realisierung alternativer Lebensentwürfe verstanden. Dabei waren die Grenzen zwischen Punks, Alternativbewegung, Autonomen etc. fließend. In der Hausbesetzerbewegung treten die Autonomen auch als internationales Phänomen in Erscheinung. Mobilisierungen mit ähnlichen politischen Forderungen und Aktionsformen entwickelten sich zeitgleich in Berlin, Zürich, Amsterdam, Kopenhagen und anderen europäischen Großstädten. Und auch dort identifizierte sich ein relevanter Teil der Aktivistinnen und Aktivisten als Autonome.

Die dominante Perspektive, unter der die Autonomen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, ist die der Gewalt. Kaum ein Zeitungsbericht oder Fernsehbeitrag über die Autonomen kommt ohne Bilder brennender Barrikaden oder schwarz vermummter Demonstrantinnen und Demonstranten aus. Dieser Ausgangspunkt strukturiert auch die Extremismusforschung (vgl. z.B. Pfahl-Traughber 1998; Baron 2011) und die Berichterstattung der Verfassungsschutzämter auf Bundes- und Landesebene – wobei beide Perspektiven sowohl inhaltlich als auch personell nicht immer klar zu unterscheiden sind. Auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung bildet die offensiv propagierte Militanz der Autonomen oft den Anlass, sich mit der Bewegung zu beschäftigen (vgl. Bock 1989; Busch 1989; Paris 1991; Rucht/Teune 2008; Leach/Haunss 2010), wobei allerdings die situativen, expressiven und symbolischen Aspekte von Militanz hier stärker im Vordergrund stehen.

Die immer noch beste Gesamtdarstellung der Bewegung stammt aus der Feder eines Aktivisten, der unter dem Pseudonym Geronimo eine

mehrmals aktualisierte Geschichte der Autonomen geschrieben hat (vgl. Geronimo 1990, 1997, 2002; Geronimo u.a. 1992). Hier und in anderen Büchern, die aus der Perspektive der Aktivistinnen und Aktivisten geschrieben worden sind (vgl. Agentur Bilwet 1991; Lecorte 1992; Kongreßlesebuchgruppe 1995; A.G. Grauacke 2003), wird deutlich, dass Militanz nur einer unter vielen Punkten ist, die für die Bewegung relevant sind und im Bewegungsalltag oft andere Fragen der politischen Zielbestimmung und der Lebensweisen eine viel wichtigere Rolle spielen.

Arbeiten, die eher eine Außenperspektive auf die Bewegung einnehmen, interpretieren die Autonomen als Resultat der Krise des Fordismus und der daraus resultierenden Individualisierungstendenzen (vgl. Schultze/Gross 1997), als Subkultur (vgl. Schwarzmeier 1999) oder – emphatisch – als Ausdruck einer Bewegung der Dekolonialisierung der Lebenswelt (Katsiaficas 1997)². In meinen eigenen Arbeiten habe ich vor allem auf die starke Bedeutung der Verknüpfung von Politik und lebensweltlichen Alltagspraxen, die ihren Ausdruck in einer „Politik der ersten Person“ findet, hingewiesen (vgl. Haunss 2004, 2011).

Organisationsstrukturen

Die Organisationsstrukturen der Autonomen sind im Kern basisdemokratisch und antiinstitutionell. Sie entstanden als explizites Gegenmodell zu den hierarchischen und parteiförmigen Organisationsmodellen der K-Gruppen und -Parteien. Die organisatorischen Kerne bilden lokale Kleingruppen, in denen Aktivistinnen und Aktivisten oft nicht nur politisch zusammenarbeiten, sondern die auch eine zentrale Rolle für deren Alltagsgestaltung haben. Eine Ausnahme bildet hier der Antifa-Bereich, in dem stärker formalisierte Organisationsstrukturen neben informellen Kleingruppenstrukturen existieren (vgl. Projektgruppe 1994; Haunss 2008, S. 469). Generell ist allerdings die Grenze zwischen politischer Gruppe und Freundeskreis oft fließend. Auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene findet eine Koordination politischer Arbeit in

2 Katsiaficas spielt hier auf Habermas' These der Kolonialisierung der Lebenswelt durch die systemischen Imperative der Macht- und Profitorientierung an (vgl. Habermas 1995). Er interpretiert die subjektivistisch-lebensweltliche Perspektive der Autonomen und ihre nicht auf Erlangung staatlicher Macht gerichtete Politik als Gegenpol zu dieser dominanten Tendenz der Moderne.

zumeist kampagnengebundenen Plena statt. Vor allem in den 1980er Jahren gab es eine Reihe regelmäßiger regionaler und bundesweiter Treffen, die außerhalb konkreter Kampagnen der Koordination und dem Austausch der Bewegungsaktivistinnen und Bewegungsaktivisten dienten. In jüngster Zeit gibt es wieder vermehrt Initiativen, solche nicht themengebundenen Koordinationsstrukturen auf regionaler Ebene in Form von autonomen „Vollversammlungen“ wieder zu etablieren.³

Neben konkreten Treffen spielen Bewegungsmedien eine wichtige Rolle für die Koordinierung der Bewegung über den lokalen Handlungszusammenhang hinaus. Aus der kaum zu überblickenden Vielzahl der regionalen und überregionalen Zeitschriften, die in der autonomen Bewegung seit den 1980er Jahren entstanden (und wieder eingestellt worden) sind, sticht eine Handvoll heraus. Die Zeitschrift *Autonomie* (1975–1979, später *Autonomie – Neue Folge*) trug maßgeblich zur Verbreitung operais-tischer⁴ Theorieansätze in der autonomen Bewegung bei und stellte „in der personellen Kontinuität einzelner MitarbeiterInnen so etwas wie eine historische Brücke von der Studentenrevolte bis zur autonomen Szene in den 80er Jahren dar“ (Geronimo 1990, S. 61). Die Zeitschrift *radikal* war bis Mitte der 1990er Jahre eine der wichtigsten Plattformen für Diskussionspapiere, Berichte und Anschlagserklärungen, die einen größeren Leserinnen- und Leserkreis als die diversen lokalen Bewegungszeitungen erreichen sollten. Und in den 1990er Jahren entwickelte sich die Berliner Autonomenzeitschrift *Interim* zum zentralsten, auch überregional bedeutsamen Kommunikationsmedium der Autonomen. Seit den 1990er Jahren spielt eine Reihe von Internetportalen eine immer wichtigere Rolle; allen voran *indymedia* aber auch Termin- und Ankündigungsportale wie *Stressfaktor* (Berlin) oder *Bewegungsmelder* (Hamburg).

Über das demografische Profil der Autonomen gibt es nur anekdotisches Wissen. In Verfassungsschutzpublikationen wird immer wieder behauptet, die „Anhänger der Autonomen“ seien zwischen 15 und 30 Jahren alt (vgl. Baron 2011, S. 239). Allerdings finden sich dort keinerlei

3 Siehe z.B. die Website der „Vollversammlung für autonome Politik NRW“ (vgl. Ohne Autor 2010b) oder der Autonomen Vollversammlungen in Berlin (vgl. Ohne Autor 2011) oder Hamburg (vgl. Ohne Autor 2010a).

4 Der Operaismus ist eine marxistische Theorie- und Bewegungsströmung, die in (Nord-) Italien in den 1960er Jahren entstanden ist und die die Subjektivität der Arbeiter anstelle der Objektivität der Verhältnisse in den Vordergrund der Analyse stellte. Sie bildete den Ausgangspunkt der *Autonomia Operaia*, die wiederum ein zentraler Bezugspunkt für die deutschen Autonomen war.

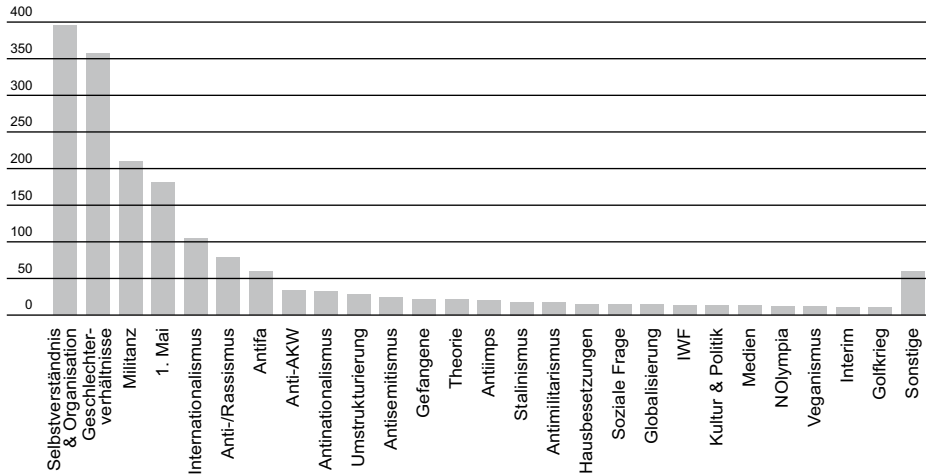
Hinweise auf die empirische Basis dieser Angaben. Die Teilnahme an einer beliebigen von Aktivistinnen und Aktivisten der Autonomen organisierten Veranstaltung oder Demonstration zeigt in jedem Fall, dass mit 30 Jahren bei den Autonomen noch lange nicht Schluss ist, es sich bei den Autonomen also in keinem Fall nur um eine Jugendbewegung handelt. Ein ähnliches Bild liefern auch die ethnografischen Aufzeichnungen von Frauke Lehmann und Norbert Meyerhöfer über die autonomen Demonstrationen am 1. Mai 2002 in Berlin, die (nach Augenschein) nur eine geringe Beteiligung von unter 18-Jährigen feststellen, den Großteil der Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer zur Altersgruppe 20 bis 25 Jahre rechnen, aber auch zahlenmäßig relevante Kontingente von über 30- und über 40-Jährigen identifizieren (vgl. Lehmann/Meyerhöfer 2003).

Themen, Handlungsfelder und Überzeugungen

Die Autonomen erfüllen geradezu prototypisch die Kriterien der von Donatella della Porta und Mario Diani vorgeschlagenen allgemeinen Definition einer sozialen Bewegung (vgl. della Porta/Diani 1999). Sie bilden ein informelles Netzwerk dicht miteinander verknüpfter Gruppen und Personen, die ein Set gemeinsamer Überzeugungen teilen und im Rahmen konfliktiver Mobilisierungen versuchen, gesellschaftlichen Wandel mithilfe variabler Formen des Protests herbeizuführen.

Gleichzeitig bilden die Autonomen unter den aktuellen sozialen Bewegungen einen eher ungewöhnlichen Fall, weil sie keinen klaren thematischen Fokus aufweisen. Statt dessen gibt es eine Vielzahl von Themen, die in der Bewegung adressiert worden sind, wobei einzelne Themen zwar jeweils kurzfristig im Rahmen von Kampagnenmobilisierungen in den Vordergrund rücken, insgesamt aber viele Themen immer wieder von den Aktivistinnen und Aktivisten auf die Tagesordnung der Bewegung gesetzt werden und auf der Gruppenebene auch Strukturen existieren, die langfristig zu einem Thema arbeiten. Eine Auswertung der in der autonomen Bewegungszeitschrift *Interim* abgedruckten Diskussionspapiere, die ich im Rahmen einer Studie über Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen untersucht habe (vgl. Haunss 2004), spiegelt das breite Themenspektrum der Bewegung wider (Abb. 1).

Abbildung 1: Themen der Diskussionstexte in der Interim 1988–2001



Quelle: eigene Auswertung (vgl. Haunss 2004)

Neben dem Thema der Anti-Atom-Politik ging es in den Debattentexten um Internationalismus und Globalisierung, Rassismus und Antirassismus, Antifaschismus, Antinationalismus, Stadtteilpolitik und Gentrifizierung, Militanz sowie an erster Stelle um Sexualität und das Verhältnis zwischen den Geschlechtern. In einer detaillierteren Analyse lässt sich zeigen, dass diese Themen zum größeren Teil nicht episodisch einander abgelöst haben, sondern immer wieder aufgegriffen wurden. Bei aller Diskontinuität und Kampagnenhaftigkeit autonomer Politik gibt es daher ein klar sichtbares Set zentraler Themen, die die Bewegung seit ihren Anfängen begleiten.

Bei aller Diversität verbindet die informellen Netzwerke der Autonomen ein Bündel geteilter Interpretationen und Überzeugungen, das den Kern der Bewegungsidentität bildet. Die einzelnen Bestandteile der kollektiven Identität der Autonomen wurden über die Jahre immer wieder infrage gestellt und verändert. Die Analyse der Bewegungsdebatten offenbart einen Kern zentraler Elemente der Bewegungsidentität, um die besonders intensive Auseinandersetzungen geführt worden sind. Es handelt sich dabei um:

- 1) Politik der ersten Person: Der Anspruch einer subjektivistischen Politik, die individuelle Selbstveränderung als mindestens ebenso wichtig ansieht wie die Veränderung der Gesellschaft. Die Einflüsse der Frauen- und Sponti-Bewegung auf die Autonomen treten in diesem Punkt besonders deutlich zutage.

- 2) Basisdemokratie: Eine Ablehnung traditioneller institutioneller Formen. Dieser antiinstitutionelle Impuls richtet sich sowohl gegen die Parteien und Institutionen des politischen Systems und der staatlichen Verwaltung als auch gegen immer wieder ins Spiel gebrachte Versuche, eher dem K-Gruppen-Modell folgende Organisationsstrukturen bei den Autonomen zu etablieren. Hier kommen Ideale zum Tragen, die aus einem meist diffusen Anarchismus und den Vorstellungen der Alternativbewegung gespeist sind.
- 3) Systemopposition: Eine grundsätzliche Gegner-/innen/schaft zur herrschaftlichen (kapitalistischen) Ordnung der Gesellschaft (vgl. Haunss 2008, S. 452).

Dabei vertreten die Autonomen den Anspruch, ihre politischen Ziele nicht nur für die Zukunft zu proklamieren, sondern bereits im Alltag der Aktivistinnen und Aktivisten umzusetzen. Ähnlich wie die Frauen- oder die Umweltbewegung sind auch die Autonomen eine präfigurative Bewegung, die den Anspruch erhebt, ihre gesellschaftsverändernden Ziele bereits in den aktuellen Lebenspraxen der Aktivistinnen und Aktivisten vorwegzunehmen.

Die Aushandlungsprozesse um die verschiedenen Elemente kollektiver Identität der autonomen Bewegung haben immer wieder zu einer Anpassung dieser Elemente an sich verändernde politische Rahmenbedingungen und Alltagspraxen der Aktivistinnen und Aktivisten geführt. Dadurch blieben die Autonomen als Bewegung mobilisierungsfähig. Ich will im Folgenden kurz skizzieren, wie diese Aushandlungsprozesse in den drei wichtigsten Themenfeldern autonomer Selbstverständnisdebatten verlaufen sind (Geschlechterverhältnisse, Organisations- und Militanzdebatten) und zu welchen Ergebnissen sie geführt haben.

Ich gehe dabei davon aus, dass es in den Bewegungsdebatten darum geht, gemeinsame handlungsleitende Interpretationsrahmen (*Collective-Action-Frames*) herzustellen und/oder zu modifizieren. Erst in diesem, in der Literatur als *Framing* bezeichneten Prozess (vgl. Snow 2004; Snow u.a. 1986) entstehen soziale Bewegungen als kollektive Akteure, weil die Aktivistinnen und Aktivisten einer sozialen Bewegung nicht in erster Linie demografische oder positionale Merkmale gemeinsam haben, sondern gemeinsame Interpretationen des von der Bewegung adressierten Problems und seiner Lösung.

Organisationsdebatten

Da soziale Bewegungen nicht durch eine formale Organisationsstruktur stabilisiert sind, gehören Diskussionen um die Organisationsform und die allgemeinen politischen Ziele in allen Bewegungen zu den Themen, denen in Bewegungsdebatten besonders viel Aufmerksamkeit gewidmet wird. Das ist auch bei den Autonomen nicht anders. Diskussionsbeiträge zu diesem Aspekt stellen die zahlenmäßig größte Gruppe der in der *Interim* zwischen 1988 und 2001 veröffentlichten Diskussionspapiere. Im Kontext verschiedener Wellen der Organisationsdebatte wurde die Prämisse der „Politik der ersten Person“ regelmäßig in Phasen auslaufender Mobilisierungszyklen infrage gestellt – zuletzt im Nachgang der Mobilisierung anlässlich des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm (vgl. Avanti 2008). Tenor der periodisch wiederkehrenden Organisationsdebatten war die Kritik an der Kampagnenförmigkeit autonomer Politik – dem schnellen Aufgreifen und dann wieder Fallenlassen aktueller Themen – und die Forderung nach einer größeren Verbindlichkeit autonomer Strukturen (vgl. z.B. Interim 1991b; „Wir sind doch kein Kampagnenheinz!“).⁵ Anstatt durch subjektive Betroffenheit solle sich autonome Politik aus der theoriegeleiteten Analyse gesellschaftlicher Widersprüche begründen. Transparente Organisationsstrukturen sollten anstelle der Plena und Kleingruppen mit wechselnder Beteiligung und unklarer Kompetenz treten.

Gegen die Forderungen nach stärkerer Formalisierung autonomer Strukturen wurde regelmäßig von Gegnern dieser Organisationsmodelle das autoritäre Scheitern der K-Guppen in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik und die schon von Robert Michels 1911 konstatierte Eigendynamik der Bürokratisierung formaler Organisationen ins Feld geführt. Im Ergebnis blieben die Organisationsdebatten entweder folgenlos oder sie führten zu Ausgründungen, die allerdings nur im Antifa-Bereich eine relevante Mobilisierungsfähigkeit entfalten konnten. Dort spielen stärker formalisierte Organisationsmodelle, wie sie 1991 die Göttinger „*Antifa (M)*“ in der *Interim* gefordert hatte (vgl. Interim 1991a), bis heute eine gewisse Rolle, wobei allerdings im Angesicht nachlassender Mobilisierungsfähigkeit auch auf klassische Basis- und

5 Inzwischen ist eine Sammlung der wichtigsten in diesem Kontext veröffentlichten Texte auch im Internet abrufbar (vgl. FeIS 2011).

Selbstmobilisierungsprozesse gesetzt wird, wie beispielsweise in der „organize!“-Kampagne von Antifa-Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Ruhrgebiet (vgl. Ohne Autor 2012).

In der Summe führten die Organisationsdebatten nicht zu einer grundlegenden Infragestellung des subjektivistischen, an den jeweils eigenen Erfahrungen ansetzenden autonomen Politikstils und der damit verbundenen stark auf Basisdemokratie und Kleingruppen setzenden Organisationsstrategie. Das Festhalten am basisdemokratischen Ideal hat eine große Bedeutung für die kollektive Identität der Autonomen. Gegenüber autoritären Strömungen haben sich bisher in der Regel die handlungsleitenden Interpretationsrahmen durchsetzen können, die ein an individuellem, subjektiven Erfahren orientiertes Organisationsmodell mit stark basisdemokratischen Zügen propagiert haben.

Geschlechterverhältnisse

In der Zeit zwischen 1988 und 2001 wurden in der *Interim* 341 Diskusstexte und Positionspapiere veröffentlicht, in denen es um Sexismus, Sexualität, sexuelle Gewalt, Feminismus und die Geschlechterverhältnisse in der autonomen Bewegung ging. Es ist nach den Organisationsdebatten der zahlenmäßig bedeutendste Diskursstrang. Die Debatten liefen dabei entlang vierer Hauptlinien (für eine ausführliche Diskussion siehe Haunss 2004, S. 149 ff.):

- a) Diskussionen über die Notwendigkeit und Bedeutung separater Frauenorganisationen,
- b) Fragen der Parteilichkeit, der Definitions- und Entscheidungsmacht bei Fällen sexueller Gewalt und Vergewaltigung in der autonomen Szene,
- c) Sexualität und Begehren sowie
- d) allgemeine Diskussionen über den Charakter und die Bedeutung des Patriarchats, besonders im Hinblick auf seine Verortung relativ und in Relation zu anderen Herrschaftsverhältnissen sowie – gegen Ende der 1990er – Diskussionen über Feminismus, Postfeminismus und Dekonstruktion.

Die Häufigkeit und Intensität dieser Debatten verweist auf die zentrale Rolle dieses Themenfeldes in der autonomen Bewegung. Dabei handelt es sich vor allem um ein Thema mit „interner“ Bedeutung, d.h. Debatten

zum Sexismus in der autonomen Bewegung überwiegen bei Weitem gegenüber Beiträgen und Mobilisierungen, die Sexismus in der Gesellschaft allgemein zum Thema haben. Für die Prozesse kollektiver Identität spielten diese Auseinandersetzungen auf zwei Ebenen eine Rolle:

Zum einen funktionierten sie als inklusive, exklusive und positionierende Grenzziehungsprozesse, in denen das kollektive „Wir“ immer wieder neu verhandelt worden ist. Die Integration antisexistischer Aussagen und Parolen in den autonomen Kanon des Antikapitalismus, Antifaschismus und Antirassismus ist als inkludierende Grenzziehung zu verstehen, die ein Zugehörigkeitskriterium festlegt. Bei den Repräsentationsauseinandersetzungen zwischen Frauen- und/oder Frauen-Lesben-Gruppen dienten die Grenzziehungsprozesse der Positionierung als Avantgarde bzw. Repräsentantinnen der (autonomen) Frauen. Vor allem exkludierenden Charakter hatten die Auseinandersetzungen um sexuelle Gewalt, die auf den Ausschluss einzelner Beschuldigter oder Täter aus dem sozialen „Wir“ der autonomen Szene abzielten.

Zum anderen ging es in den in der *Interim* veröffentlichten Texten im Diskursfeld Geschlechterverhältnisse um die relative Hegemonie und Wirkungsmächtigkeit einzelner Interpretationsrahmen, Strategien und Überzeugungen. Die Debatten in den 1990er Jahren spiegeln die schwindende Hegemonie einer separatistischen Perspektive wider, die in den 1980er Jahren auch lebensweltlich für einen Teil der Bewegungsaktivistinnen und Bewegungsaktivisten relevant war. Die Abwendung von geschlechtsgetrennten Organisationsformen geht dabei Ende der 1990er mit einer Rezeption dekonstruktiv-feministischer Theorie in den Diskussionsbeiträgen einher.

Insgesamt zeichnen sich alle autonomen Debatten um die Geschlechterverhältnisse durch einen starken Bezug auf die Alltagspraxen der Aktivistinnen und Aktivisten aus. Sie spiegeln geradezu prototypisch die subjektivistische Perspektive autonomer Politik wider, indem sie im Kern die vielschichtigen Geschlechterverhältnisse immer wieder auf die persönliche Beziehungsebene heruntergebrochen und damit letztlich zu Sexualitätsdebatten gemacht haben. Wie schon bei den Organisationsdebatten zeigt sich auch hier, dass bei zentralen Elementen kollektiver Identität der Autonomen an einer engen Verbindung zwischen *Collective-Action-Frames* und Alltagshandeln und -erfahrungen der Aktivistinnen und Aktivisten festgehalten und im Zweifelsfall der handlungsleitende Interpretationsrahmen sich ändernden Alltagspraxen angepasst wird.

Militanzdebatten

Die subjektivistische Perspektive der Debatten um die Geschlechterverhältnisse strukturierte in der Zeit zwischen 1988 und 2001 auch die autonomen Militanzdebatten in der *Interim*. Ähnlich wie die Organisationsdebatten folgten die Militanzdebatten bei den Autonomen oft abflauenden Mobilisierungswellen. Noch stärker als Erstere zeichnen sie sich durch eine hohe Zyklizität aus, d.h. mehr oder minder dieselben Argumente werden im Abstand weniger Jahre immer wieder aufs Neue diskutiert, ohne dass eine deutliche Weiterentwicklung der Bewegungspraxis und der Debatte zu beobachten wäre (vgl. Haunss 2004, S. 169 ff.).

In den Diskussionsbeiträgen treten zwei grundlegend unterschiedliche Verständnisse von Militanz zutage: Der *Bewegungsmilitanz-Frame* begreift die Autonomen als besonders entschlossene, radikale Teile anderer sozialer Bewegungen (Anti-AKW-Bewegung, Stadtteilinitiativen, Antifaschismus, Antirassismus etc.), die sich in ihren Aktionsformen nicht durch den Rahmen der Legalität einschränken lassen wollen. Militantes Handeln wird aus dieser Perspektive immer im Kontext konkreter politischer Kampagnen als eine Aktionsform unter anderen diskutiert (vgl. Leach/Haunss 2010).

Dagegen überhöht der *Revolutions-Frame* Militanz als Wert an sich. Aus dieser Perspektive wird Militanz eine Avantgardefunktion zugesprochen. Das eigene (militante) Handeln wird in den Kontext weltweiter revolutionärer Bewegungen gestellt und die klandestine, militante Kleingruppe wird als Organisationsform propagiert. Mit seiner Forderung nach Organisation klandestiner, militanter Kleingruppen stellt dieser *Frame* die in der Politik der ersten Person enthaltene Forderung nach einer Kongruenz von alltäglicher Lebenspraxis und politischer Analyse infrage.

Der *Bewegungsmilitanz-Frame* ist mit einer großen Bandbreite individueller Handlungsformen kompatibel. Zwar formuliert auch er einen gewissen Avantgardeanspruch militanter Politik, fordert aber von den Bewegungsaktivistinnen und Bewegungsaktivisten keine Veränderung ihrer alltäglichen Lebenspraxis. Der *Revolutions-Frame* macht dagegen Militanz zum Dreh- und Angelpunkt autonomer Politik.

Tatsächlich spielt Militanz aber nur als Bewegungsmilitanz in der autonomen Bewegung eine relevante Rolle. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt es in der Regel nur am Rande von Demonstrationen. Insgesamt gibt es eine klare Maxime, außerhalb der oft ritualisierten Auseinandersetzungen mit der Polizei bei Demonstrationen und – vereinzelt –

bei den Versuchen, öffentliche Auftritte von Rechtsradikalen zu verhindern, keine Gewalt gegen Personen anzuwenden. Aktionen, die dieser Maxime widersprechen, ernten in der Regel scharfe Kritik in den Bewegungsmedien. Nur einmal wurde – 1987 bei den tödlichen Schüssen auf Polizisten an der Startbahn West – das Tabu tödlicher Gewalt gegen Personen gebrochen (vgl. ID-Archiv im IISG 1988). Vergleicht man das mit den mindestens 149 Opfern rechter Gewalt zwischen 1990 und 2011 (vgl. Jansen et al. 2011) so wird deutlich, in welchen Dimensionen hier der Unterschied des Gewaltniveaus liegt.

Bei den Autonomen handelt es sich bei militanten Aktionen in der Regel um Sachbeschädigungen, entweder am Rande von Demonstrationen oder als gezielte Sabotage. Dementsprechend hat Militanz für die autonome Bewegung auch vor allem eine symbolische Bedeutung. Sie dient in der Selbstinszenierung gegenüber der Öffentlichkeit und gegenüber anderen Bewegungen als Ausweis der Radikalität. Die Signalisierung der Bereitschaft, sich bei den Formen des Protests nicht an den legalen Rahmen zu halten, ist ein wichtiges Element der Bewegungsidentität. Diese symbolische Bedeutung der Militanz-Kommunikation hat Rainer Paris in seinem Artikel über Vermummung als „Militanz ohne Militanz“ beschrieben (vgl. Paris 1991). Die stark symbolische und in die Alltagspraxen der Aktivistinnen und Aktivisten eingebundene Militanz der Autonomen hat dann auch – im Unterschied zum Bewegungszyklus der 1960er Jahre – keine relevante klandestine, bewaffnete Gruppe hervorgebracht, die versucht hätte, die politische Konfrontation auf eine militärische Ebene zu verlagern.

Autonome Bewegung und Szene

Der präfigurative Charakter der autonomen Bewegung und die zentrale Stellung der Politik der ersten Person für die Bewegungsidentität führen zu einer engen Verzahnung von politischem Aktivismus und Alltagspraxen der Autonomen. Der Ort der Realisierung der alternativen Lebensentwürfe der Aktivistinnen und Aktivisten ist dabei insbesondere in den Großstädten, in denen die Autonomen stark präsent sind, die linke bzw. alternative Szene.

Allgemein sind Szenen gleichzeitig Netzwerke von Personen, die eine gemeinsame (Gruppen-)Identität und ein gemeinsames Set sub- oder

gegenkultureller Überzeugungen, Werte und Normen teilen und ein Netzwerk von Orten, an denen sich diese Personen treffen (vgl. Leach/Haunss 2009, S. 259). Ronald Hitzler und seine Kollegen sehen Szene allgemein als eine spezifische posttraditionale Form der Gemeinschaftsbildung, die in ganz verschiedenen Ausprägungen beispielsweise als „Graffiti-Szene“, „Skater-Szene“ oder „Drogen-Szene“ existiert (vgl. Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001). Dabei sind Szenen stärker handlungs- und erfahrungsorientiert als Subkulturen, die Dick Hebdige in seinem klassischen Werk als „*sign communities*“ definiert (vgl. Hebdige 1979, S. 17). Die gemeinsame Praxis der Szene-Mitglieder steht hier im Vordergrund.

Darcy Leach und ich haben argumentiert, dass Szenen häufig auch im Kontext sozialer Bewegungen existieren, als Alternativszene, Frauenszene, Schwulenszene, Hausbesetzerszene etc. (vgl. Haunss/Leach 2007; Leach/Haunss 2009). Dort erfüllen sie unter anderem die Funktion, einen Raum für die Realisierung alternativer oder auch nur von der gesellschaftlichen Norm abweichender Lebensweisen zu bieten. Szenen sind stärker als Bewegungen alltags- und lebensweltorientiert und weniger durch politisch-diskursive Aushandlungsprozesse strukturiert. Sie bestimmen stärker die Alltagspraxen als die Überzeugungen ihrer Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Gleichzeitig stellen Szenen wichtige Infrastrukturen in Form von Zentren, Veranstaltungsräumen, Cafés, Kneipen, Buch- und Infoläden. In größeren Städten gibt es sogar regelrechte Szene-Viertel, in denen diese Infrastrukturen konzentriert vorhanden sind und damit eine prägende Wirkung auf das Stadtviertel als Ganzes haben.

Das Verhältnis von Bewegung und Szene kann man sich – grob vereinfacht – als zwei teilweise überlappende Kreise vorstellen. In deren Überlappungsbereich stimmen die Ideale und Anforderungen der Bewegung mit den Lebenspraxen der Szeneangehörigen weitgehend überein. So bildeten sich in den 1970er Jahren z.B. in vielen deutschen Städten Frauenszenen heraus: Netzwerke von Selbsterfahrungsgruppen, feministischen Buchläden, Frauenzentren, Frauen-Cafés und -Kneipen, Selbstverteidigungsgruppen etc. bildeten ein Netz von Orten und Personen, das Freiräume bot, in denen Alternativen zu den patriarchalen Strukturen der Gesellschaft gelebt werden konnten. Oftmals waren die Grenzen zwischen Lesben- und Frauenszene fließend. An den Rändern dieser Szene etablierten sich beispielsweise Frauen-Reisebüros und

-Finanzdienstleistungen, die mit den Positionen und Forderungen der Frauenbewegung nur noch sehr entfernt etwas zu tun hatten.

Szenen erfüllen verschiedene Funktionen für soziale Bewegungen. Sie können als Mobilisierungspool für soziale Bewegungen dienen, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, hier Personen zu finden, die mit den Zielen der Bewegung sympathisieren. Szenen ermöglichen einen „weichen“ Einstieg in die Bewegung, da es für Sympathisantinnen und Sympathisanten einer Bewegung möglich ist, erst einmal relativ unverbindlich das kulturelle und politische Angebot einer Bewegung zu nutzen, ohne gleich mit voller Energie und Verbindlichkeit in die Bewegung einzusteigen. Umgekehrt können Szenen auch als Rückzugsräume für Bewegungsaktivistinnen und Bewegungsaktivisten dienen, die noch eine Nähe zur Bewegung wahren wollen, ihr Engagement aber (temporär) reduzieren wollen (vgl. Leach/Haunss 2009, S. 270 ff.).

Szenen bergen allerdings auch ein gewisses Konfliktpotenzial. Gerade bei sehr stark lebensweltlich orientierten Bewegungen kann es zu einem Widerspruch zwischen den in der bewegungsnahen Szene praktizierten und den von der Bewegung geforderten Alltagspraxen kommen. Gelingt es einer Bewegung langfristig nicht solche sich verändernden Lebensentwürfe in die kollektive Identität der Bewegung aufzunehmen, können Szenen auch ein demobilisierendes Potenzial entwickeln, weil sie dann eine Alternative zur Bewegung darstellen (vgl. Haunss 2011).

In ihren urbanen Hochburgen ist die autonome Bewegung eng mit einer linksalternativen Szene verbunden, deren Infrastruktur in den verschiedenen Mobilisierungswellen sozialer Bewegungen seit den 1960er Jahren gewachsen ist. Oft ist hier eine scharfe Trennung zwischen Szene und Bewegung empirisch nicht möglich, was sich auch in der Selbstwahrnehmung autonomer Bewegungsaktivistinnen und Bewegungsaktivisten widerspiegelt, die synonym von autonomer Bewegung und Szene sprechen (vgl. Golova 2011).

30 Jahre Jugendbewegung?

Wie ich bereits oben ausgeführt habe, sind die Autonomen weder im demografischen noch im substanziellen Sinn eine Jugendbewegung. Das Altersspektrum der Aktivistinnen und Aktivisten reicht weit über die Jugendlichkeitsgrenze von üblicherweise 25 Jahren hinaus.

Jugendkulturelle Stile und ein jugendkultureller Habitus spielen sicherlich für die kulturelle Selbstpositionierung vieler Aktivistinnen und Aktivisten auch jenseits des Jugendalters eine wichtige Rolle. Allerdings gilt dies inzwischen für weite Teile der Gesellschaft, es handelt sich also nicht um ein Spezifikum der Autonomen. Zwar mag es sein, dass die – in der Literatur behauptete, aber nie empirisch untersuchte – vergleichsweise kurze Verweildauer vieler Aktivistinnen und Aktivisten in der Bewegung (vgl. Baron 2011, S. 239) in der Regel mit einem Ausscheiden älterer und einem Neuhinzukommen jüngerer Aktivistinnen und Aktivisten einhergeht. Aber parallel dazu gibt es auch eine relevante Zahl kontinuierlich über einen langen Zeitraum existierender Gruppen und Projekte (vgl. A.G. Grauwacke 2003, S. 99 ff.), sodass in jedem Fall eine rein jugendkulturelle Perspektive zu kurz greift.

Wichtiger ist allerdings, dass die Partizipationsmotivation der Aktivistinnen und Aktivisten substanziell nichts mit deren Jugendlichkeit zu tun hat. Aus den Selbstzeugnissen von Aktivistinnen und Aktivisten (vgl. Kongreßlesebuchgruppe 1995; A.G. Grauwacke 2003) und in den Diskussionsbeiträgen in autonomen Bewegungszeitschriften wird deutlich, dass die Attraktivität der Bewegung nicht in erster Linie in ihrem jugendkulturellen Appeal liegt, sondern daran, dass die Autonomen für eine radikale Kritik der bestehenden politischen und ökonomischen Ordnung stehen. Wichtige Merkmale, die die anhaltende Attraktivität der autonomen Bewegung und damit auch ihre immer noch vorhandene Mobilisierungsfähigkeit ausmachen, sind sicherlich auch das Versprechen der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung, die (relative) Abwesenheit von Hierarchien, die Bereitstellung (und Durchsetzung) von „Freiräumen“, die (nicht-kommerzielle) Orte für den Versuch der Verwirklichung alternativer Lebensweisen bieten und sicherlich auch die Tatsache, dass die Aktionsorientierung der Autonomen einen Abenteuer- und Erlebnisraum jenseits der vorgegebenen Ordnung bietet.

Allerdings muss einschränkend gesagt werden, dass diese Aussagen über die Gründe, die Individuen dazu bringen, sich aktiv an den Aktivitäten der autonomen Bewegung zu beteiligen und mit ihren Zielen und Lebensentwürfen zu identifizieren, auf einer sehr schwachen Evidenzgrundlage basieren. Neben den vereinzelt Selbstzeugnissen von Aktivistinnen und Aktivisten gibt es keine sozialwissenschaftliche Forschung über die Gründe und Motive, sich den Autonomen anzuschließen und/oder diese wieder zu verlassen. Es gibt kaum Untersuchungen, die sich

mit der Interaktion von Autonomen und anderen Bewegungen beschäftigt haben.⁶ Außer George Katsiaficas' Studie (vgl. Katsiaficas 1997) gibt es keine Literatur, die sich mit dem Phänomen beschäftigt, dass autonome Bewegungen mit ganz ähnlichen Aktionsschwerpunkten und Ausdrucksformen praktisch zeitgleich in verschiedenen europäischen Ländern entstanden sind.

Die Autonomen als Teil der Bewegungsgesellschaft

Die Autonomen sind Teil einer lebendigen „Bewegungsgesellschaft“ (Neidhardt/Rucht 1993), die sich in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren etabliert hat. Sie gehören zu einer linken Bewegungsfamilie, mit der sie einen starken basisdemokratischen Imperativ und eine präfigurative Orientierung teilen, von der sie sich aber auch immer wieder lautstark abgrenzen. Sie stellen die bestehende politische und ökonomische Ordnung infrage und beschränken sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen nicht auf die etablierten Pfade der organisierten Interessenvertretung. Ihre Aktionsformen beschränken sich nicht auf die in der aktuellen Rechtsordnung als legal definierten. Diese Charakteristika teilen die Autonomen mit einer großen Zahl historischer und aktueller sozialer Bewegungen wie beispielsweise den britischen Chartisten des 19. Jahrhunderts oder dem US-amerikanischen *Civil-Rights-Movement*, die ja unter anderem auch gerade deswegen als soziale Bewegungen entstanden sind, weil ihnen der Zugang zu den herrschenden Strukturen der Entscheidungsfindung versperrt war und die daher zur Durchsetzung ihrer Forderungen Aktionsformen gewählt haben, die jenseits des Erlaubten und institutionell vorgesehenen lagen (vgl. Tilly 2004). Demokratische Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich den von den sozialen Bewegungen ausgehenden Impulsen nicht verweigern – zumindest solange diese nicht auf eine autoritäre oder chauvinistische Umgestaltung der Gesellschaft hinauslaufen.

6 Eine Ausnahme bilden Aufsätze von Mundo Yang über das Zusammenspiel der verschiedenen Protestdramaturgien bei den Protesten anlässlich des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm (vgl. Yang 2008) und die Untersuchung von Darcy Leach und Sebastian Haunss zum Verhältnis von gewaltfreiem und militantem Protest bei den Anti-Castor-Protesten (vgl. Leach/Haunss 2010).

Die staatlichen Reaktionen auf die Autonomen in Deutschland changierten zwischen Repression und Integrationsangeboten, wobei Erstere klar dominieren. Die repressive Linie manifestiert sich beispielsweise in immer wiederkehrenden Kriminalisierungskampagnen von Polizei und Strafverfolgungsbehörden im Vorfeld politischer Mobilisierungen (vgl. Seibert 2008), wohingegen die Strategie der Duldung oder Legalisierung autonomer Zentren seitens lokaler Verwaltungen auf Integration setzt. Ein langfristiger Einfluss der staatlichen Reaktionsstrategien auf die Autonomen lässt sich allerdings nicht beobachten. Mit ihrer radikalen Kritik an den bestehenden Machtverhältnissen haben sich die Autonomen bisher der Institutionalisierung und Kooptierung verweigert. Repressive Strategien haben ebenfalls nicht zu einem Nachlassen der Mobilisierungsfähigkeit der Autonomen geführt – in einzelnen Fällen, z.B. bei den G8-Protesten 2007, haben sie diese im Gegenteil wohl eher noch befördert (vgl. Teune 2008).

Neben der radikalen Infragestellung der bestehenden Ordnung und der militanten Selbstinszenierung ist sicherlich die enge Verbindung von Politik und Alltagspraxis ein wesentliches Element der anhaltenden Mobilisierungsfähigkeit der Autonomen, wobei sich allerdings die Ausdifferenzierung alternativer Lebensstile und das Scheitern vieler alternativökonomischer Projekte negativ auswirken. Die Infrastrukturen der autonomen und linksalternativen Szene bieten aber immer noch Orte, an denen alternative Lebensentwürfe jenseits hierarchischer Vereins- und Organisationsstrukturen ausprobiert werden können und die sich den kapitalistischen Verwertungs- und Profitimperativen verweigern. Gleichzeitig weist die Bewegung eine große inhaltliche Bandbreite auf, die vielfältige thematische Anknüpfungspunkte bietet. Auch in Zukunft ist daher davon auszugehen, dass die Autonomen ein fester Bestandteil des Spektrums sozialer Bewegungen der Bundesrepublik Deutschland bleiben werden.

Literaturverzeichnis

- A.G. Grauwaacke (Hrsg.) (2003): Aus den ersten 23 Jahren. Autonome in Bewegung. Berlin
- Agentur Bilwet (1991): Bewegungslehre. Botschaften aus einer autonomen Wirklichkeit. Berlin/Amsterdam
- Avanti (2008): Intervention braucht Organisation. Online unter: www.avanti-projekt.de/publikation/sites/default/files/InterventionWeb.pdf, abgerufen am: 26.06.2012
- Baron, Udo (2011): Die linksautonome Szene. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 231–245
- Bock, Marlene u.a. (1989): Zwischen Resignation und Gewalt. Jugendprotest in den achtziger Jahren. Opladen
- Brand, Karl-Werner (1998): Humanistischer Mittelklassen-Radikalismus. Die Erklärungskraft historisch-struktureller Deutungen am Beispiel der „neuen sozialen Bewegungen“. In: Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hrsg.): Paradigmen der Bewegungsforschung. Opladen, S. 33–50
- Busch, Heiner (1989): Die Bürgerinitiative in der Lederjacke. Anmerkungen zu den Autonomen. In: Vorgänge 101, 28. Jg., H. 5, S. 62–67
- della Porta, Donatella/Diani, Mario (1999): Social Movements. An Introduction. Oxford
- FeS – Für eine linke Strömung (2011): Online unter: www.fels.nadir.org/de/geburtstag, abgerufen am 26.06.2012
- Geronimo (1990): Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Amsterdam
- Geronimo (1997): Glut & Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung. Münster
- Geronimo (2002): Feuer und Flamme: Zur Geschichte der Autonomen. 6. Aufl. Berlin
- Geronimo u.a. (Hrsg.) (1992): Feuer und Flamme 2. Kritiken, Reflexionen und Anmerkungen zur Lage der Autonomen. Berlin/Amsterdam
- Golova, Tatiana (2011): Räume kollektiver Identität. Raumproduktion in der »linken Szene« in Berlin. Bielefeld
- Habermas, Jürgen (1995): Theorie des kommunikativen Handelns, Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt/Main
- Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden

- Haunss, Sebastian (2008): Antimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main, S. 447–473
- Haunss, Sebastian (2011): Kollektive Identität, soziale Bewegungen und Szenen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 24. Jg, H. 4, S. 41–53
- Haunss, Sebastian/Leach, Darcy K. (2007): Social Movements and Scenes. Infrastructures of Opposition in Civil Society. In: Purdue, Derrick (Hrsg.): Civil Societies and Social Movements. Potentials and Problems. London, S. 71–87
- Hebdige, Dick (1979): Subculture: The Meaning of Style. London/New York
- Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne (2001): Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Opladen
- Interim (1991a), Berlin, Nr. 1 (01.05.1988) – 540 (13.12.2001), insbesondere Nr. 161, 19.09.1991
- Interim (1991b), Berlin, Nr. 1 (01.05.1988) – 540 (13.12.2001), insbesondere Nr. 162, 27.09.1991
- ID-Archiv im IISG (Hrsg.) (1988): 02.11.1987... Dokumentation: Berichte, Stellungnahmen, Diskussionen zu den Schüssen an der Startbahn. Amsterdam
- Jansen, Frank et al. (2011): Todesopfer rechter Gewalt 1990 – 2011. Online unter: www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/todesopfer-rechter-gewalt, abgerufen am 26.06.2012
- Katsiaficas, George (1997): The Subversion of Politics. European Autonomous Social Movements and the Decolonization of Everyday Life. New Jersey
- Kongreßlesebuchgruppe (Hrsg.) (1995): Der Stand der Bewegung. 18 Gespräche über linksradikale Politik. Lesebuch zum Autonomie-Kongreß 1995
- Leach, Darcy K./Haunss, Sebastian (2009): Scenes and Social Movements. In: Johnston, Hank (Hrsg.): Culture, Social Movements, and Protest. Burlington, VT and Aldershot UK, S. 255–276
- Leach, Darcy K./Haunss, Sebastian (2010): »Wichtig ist der Widerstand«: Rituals of Taming and Tolerance in Movement Responses to the Violence Question. In: Heßdörfer, Florian/Pabst, Andrea/Ullrich, Peter (Hrsg.): Prevent and Tame. Protest under (Self-)Control. Berlin, S. 73–98

- Lecorte, Tomas (1992): Wir tanzen bis zum Ende. Die Geschichte eines Autonomen. Hamburg
- Lehmann, Frauke/Meyerhöfer, Norbert (2003): „Wünsche mir, dass es irgendwann so kracht wie früher“ – Revolutionärer 1. Mai als linksradikales Ritual. In: Rucht, Dieter (Hrsg.): Berlin, 1. Mai 2002 – Politische Demonstrationsrituale. Opladen, S. 55–99
- Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die „Bewegungsgesellschaft“? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, 44. Jg., H. 3, S. 305–326
- Ohne Autor (2010a): Autonome Vollversammlung Hamburg. Online unter: www.autonomevvhamburg.blogspot.de/, abgerufen am 26.06.2012
- Ohne Autor (2010b): „Vollversammlung für autonome Politik NRW“. Online unter: www.autonomepolitiknrw.blogspot.eu/, abgerufen am 26.06.2012
- Ohne Autor (2011): Autonome Vollversammlungen in Berlin, Online unter: www.avvberlin.blogspot.de/, abgerufen am 26.06.2012
- Ohne Autor (2012): Kampagne organize!. Online unter: www.organize.blogspot.eu/, abgerufen am: 26.06.2012
- Paris, Rainer (1991): Vermummung. In: Leviathan, 19. Jg., H. 1, S. 117–129
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Die Autonomen. Portrait einer links-extremistischen Subkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. B 9-10/98, S. 36–46
- Projektgruppe (Hrsg.) (1994): Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis. Berlin
- Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.) (2008): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien. Frankfurt/New York
- Schultze, Thomas/Gross, Almut (1997): Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung. Hamburg
- Schwarzmeier, Jan (1999): Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. Norderstedt
- Seibert, Niels (2008): G8-Gipfel und Militanz, Repression und Solidarität, In: Haug, Christoph/Maier, Rudi und Schröder, Berit (Hrsg.): Kampf um Teilhabe. Akteure – Orte – Strategien, Hamburg, S. 34–43

- Snow, David A. (2004): Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: Snow, David A./Soule, Sarah Anne/Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): *The Blackwell companion to social movements*. Blackwell companions to sociology, Oxford, S. 380–412
- Snow, David A./Rochford Jr., Burke E./Worden, Steven K./Benford, Robert D. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation. In: *American Sociological Revue*, 51. Jg., H. 4, S. 464–481
- Teune, Simon (2008): Gegen Zaun, Gipfel und Käfighaltung. Eine Chronik des Protests gegen das G8-Treffen in Heiligendamm. In: Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.): *Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien*. Frankfurt/New York, S. 17–29
- Tilly, Charles (2004): *Social Movements, 1768-2004*. Boulder, CO
- Yang, Mundo (2008): Partner, Kritiker oder Antagonist? Drei globalisierungskritische Protestdramaturgien. In: Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.): *Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien*. Frankfurt/New York, S. 219–239

Sich wehren, etwas machen – Antifa-Gruppen und -Szenen als Einstiegs- und Lernfeld im Prozess der Politisierung¹

Die Antifa im Diskurs über linke Militanz

Die aktuellen Diskussionen über *Linksextremismus* bzw. über *linke Militanz* und deren problematische Aspekte werfen aus wissenschaftlicher Sicht mindestens zwei Fragen auf. Eine erste bezieht sich in allgemeiner Weise auf den Problematisierungshintergrund. Ob es bestimmte Ereignisse und Entwicklungen sind, die eine interventionsorientierte (bildungs-) politische und pädagogische Diskussion notwendig machen oder ob sich in deren Implementierung in erster Linie politische Ordnungsinteressen ausdrücken, ist ein zentraler Punkt der jüngsten Kontroverse (vgl. Diverse 2010; Hafenegger et al. 2010). Eine zweite Frage bezieht sich auf die möglichen Inhalte und Formen, die solche Interventionen annehmen könnten oder sollten. Man kann sagen: Während sich die erste Frage vornehmlich in der politischen Auseinandersetzung beantwortet, benötigt man zur Beantwortung der zweiten bestenfalls ein empirisch abgesichertes Bild des jeweiligen Gegenstandes.

Dies gilt auch in Bezug auf die *Antifa* und die Frage, wer, warum, unter welchen Bedingungen und mit welchen Begründungen beginnt, sich in ihr zu engagieren. Als Teil einer in verschiedene Strömungen und Handlungsfelder differenzierten undogmatischen Linken bilden Antifa-Gruppen und -Szenen ein oft kritisch gesehenes, mit eindeutigen Bildern belegtes und doch empirisch wenig erfasstes Spektrum. Für ihre Prominenz im Diskurs über *Linksextremismus* lassen sich neben den martialischen Selbstdarstellungen und dem radikalen Gestus mancher Antifa-Gruppen verschiedene weitere Gründe nennen. Die *Antifa* besitzt erstens eine gewisse Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit (vgl. Keller et al. 2011). Sie bietet zweitens einen Rahmen für Politisierungsprozesse und

1 Erweiterte schriftliche Fassung des Vortrags „Nicht nur rumlabern, sondern sagen: Jetzt ist Schluss“, Jugendliche (in) Antifa-Gruppen“. Gehalten auf dem Expertenhearing: „Linke‘ Militanz im Jugendalter – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“ am 5. Oktober 2011 im Deutschen Jugendinstitut in Halle/Saale.

Strukturen, in denen Jugendliche mit selbst organisiertem linkem Engagement in Berührung kommen (vgl. Matuschek et al. 2011). Schließlich zeichnet sie sich drittens auch dadurch aus, dass sie sowohl innerhalb als auch außerhalb der in der Auseinandersetzung mit „Rechtsextremismus“ entstandenen zivilgesellschaftlichen Netzwerken präsent ist. Der mit dem sogenannten Aufstand der Anständigen im Jahr 2000 einsetzende Problematisierungsschub konnte mancherorts auf das Engagement unabhängiger Antifa-Gruppen aufbauen (vgl. Roth/Benack 2003; Liebscher/Schmidt 2007). Auch die Professionalisierung der Auseinandersetzung, zu sehen etwa an themenkundiger Beratungs- und Bildungsarbeit, dürfte vom langjährigen Wirken und Zusammenwirken zivilgesellschaftlicher *Pressure-Groups* und *Agenda-Setter* profitiert haben, zu denen unter anderem Antifa-Initiativen gehören. Gleichzeitig haben der Vernetzungsschub der letzten Jahre, insbesondere zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und thematische Diversifizierungen Richtung „Extremismus“ und „Gewalt“ dazu geführt, dass die *Antifa* sich heute sowohl auf der Seite der Problemlösung als auch auf der Seite der Problemdefinition wiederfindet.²

Was ist die Antifa?

Sicherheitsbehördliche und wissenschaftliche Perspektiven

Den Kontroversen um Antifa-Gruppen und ihre Praxen steht ein weitgehend fragmentierter Stand der Darstellung und des (Forschungs-) Wissens gegenüber. Die sicherheitsbehördliche Perspektive ist hierbei

2 Beispielhaft spiegelt sich dies in den Diskussionen um die in den Programmen „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPTENZ STÄRKEN“ (Prävention von „Rechtsextremismus“) und „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (Prävention von „Linksextremismus“ und „islamistischem Extremismus“) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFS-FJ) seit 2011 zum Teil abverlangte Erklärung, in der sich die zu fördernden Träger zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und bestätigen müssen, eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu leisten. Zudem haben die Träger im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass auch deren in das Projekt einbezogene Partner (was unter Umständen Antifa-Gruppen sind) sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Dort, wo die Unterzeichnung der Erklärung zur Voraussetzung einer Förderung gemacht wurde, wurden politische und fachliche Unabhängigkeit und institutionelle Integrität sowie eine vor Ort oft jahrelang erfolgreich durchgeführte Arbeit (auch unter Beteiligung von Antifa-Gruppen) infrage gestellt.

vornehmlich von Aspekten der Kontrolle und Strafverfolgung geprägt. Sie folgt inhaltlich der Maßgabe, zwischen „legitemem ‚antifaschistischem‘ Engagement und linksextremistisch unterlegtem und damit letztlich verfassungsfeindlichem ‚Antifaschismus‘“ (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV Ba.-Wü. 2002, S. 3) zu differenzieren (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hessen 2010; Bundesministerium des Innern (BMI) 2011). Vor diesem Hintergrund werden Bilder eines „linksextremistischen“ Antifaschismus auf zwei Aspekte hin ausgelegt. Er zielt demnach „nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Ziel ist es vielmehr, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu überwinden, um die dem ‚kapitalistischen System‘ angeblich zugrunde liegenden Wurzeln des ‚Faschismus‘ zu beseitigen“ (BMI 2011, S. 109). „Linksextremistischen“ Antifaschistinnen und Antifaschisten wird ein rein instrumentelles Verhältnis zum Konflikt attestiert (erstmalig BMI 1999, S. 100; siehe LfV Ba.-Wü. 2002, S. 3; BMI 2011, S. 193). Es geht ihnen ursächlich darum, „‚bürgerliche‘ Kreise auf scheinbar unverdächtige Weise für dieses Thema zu gewinnen und für ihre weitergehenden Ziele einzuspannen“ (LfV Ba.-Wü. 2002, S. 3). Eine wissenschaftliche Verlängerung erfährt diese Perspektive in Beiträgen, die sich auf ein extremismustheoretisches Paradigma beziehen (vgl. Backes/Jesse 2005; Backes 2006; Pfahl-Traugher 2010, 2011). Zwar werden ideologische Unterschiede zwischen sogenannten Extremisten nicht in Abrede gestellt, vor allem aber wird auf die Darstellung von Ähnlichkeiten zwischen ihnen abgezielt, die aus Sicht dieser Ansätze in Totalitätsansprüchen und einer geteilten Ablehnung der Normen und Werte des demokratischen Verfassungsstaates liegen (vgl. Backes 2009). Gegenüber dem hier aufgemachten Bild politischer Positionierungen und Konflikte lassen andere Perspektiven ein differenzierteres Bild entstehen. Im Wesentlichen können drei Betrachtungsweisen unterschieden werden:

- Im Rahmen empirischer Studien zu zivilgesellschaftlichen Netzwerken gegen „Rechtsextremismus“ werden – vornehmlich jugendliche – Antifaschistinnen und Antifaschisten als Akteure beschrieben, die in der Thematisierung von Problemlagen und in der alltagskulturellen Auseinandersetzung mit einer extremen Rechten eine gewisse Rolle spielen (vgl. Strobl/Würtz/Klemm 2003, S. 126; 2006, S. 134; Klärner 2006, S. 59; 2008; Liebscher/Schmidt 2007, S. 135 ff., ebd. S. 175; Schulze 2007; Held et al. 2008, S. 74). In Teilen werden die von ihnen betriebene diskursive Polarisierung und ihre gegen „Nazis“ gerichtete

konfrontative und Gewalt mitunter einkalkulierende Praxis dabei als problematisch hervorgehoben, da sie der Schaffung breiterer Bündnisse und der Etablierung einer demokratischen Streitkultur entgegenstünden (vgl. Strobl/Würtz/Klemm 2003, S. 126; Klärner 2006).

- Aus einer konflikttheoretischen Perspektive werden (cliquen- und szenenhaft verbundene) Antifa-Jugendliche im Rahmen von Untersuchungen zu residenziellen und „ideologisch“ geprägten Gruppenauseinandersetzungen in ostdeutschen Sozialräumen als Akteure beschrieben, die „demokratische und menschenrechtliche Normen durchaus unterstützen“ (Albrecht et al. 2007, S. 198), gleichzeitig aber aufgrund der Interaktionskontexte und -dynamiken gefährdet sind und auf die Feinderklärung der extremen Rechten „widerständig auf der gleichen Ebene [zu] reagieren“ (ebd., S. 198). Dies sei umso wahrscheinlicher dort, wo sich die Jugendlichen als die Einzigen erfahren, die sich einem vor Ort existierenden Problem der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ entgegenstellen.
- Jugendliche Antifaschistinnen und Antifaschisten werden schließlich als Angehörige von „politisierte[n] *Peer-Groups* mit einem ausgeprägten ‚Wir-Gefühl‘“ (Matuschek et al. 2011, S. 43) beschrieben. In den Hinwendungen zu diesen Gruppen verbinden sich latente politische Orientierungen mit sozialen Motiven der Zugehörigkeit und Abgrenzungsinteressen. Die in diesen Gruppen sich ausprägende kollektive Identität geht dabei Hand in Hand „mit (den sprichwörtlichen) Distinktionskämpfen, die mit (politischen) Gegnern geführt werden“ (ebd.). Zum Teil werden „abstrakte Ideen“ (ebd., S. 44) wie „Solidarität“ und „soziale Gerechtigkeit“ „alltagsweltlich reinterpretiert“ (ebd.), Wertorientierungen sind jedoch nicht primär die Motivationsgrundlage des politischen Engagements.

Die hier kurz erwähnten Perspektivsetzungen legen zumindest einen von „extremistischen“ Einstellungen wegführenden Blick auf das Antifa-Spektrum nahe. Gleichzeitig verweisen sie auf Leerstellen der Diskussion. Eine Erste besteht darin, dass die politischen Motivationen, Logiken und Dynamiken des Engagements gegenüber Fokussierungen sozialen Zusammenschlusses und „abweichenden“ Verhaltens (das ist Gewalt) häufig in den Hintergrund treten. Eine Zweite besteht darin, dass die Analyse von Interaktions- und Beziehungsgeflechten, die den Aufbau einer Haltung rahmen, oft auf die Interaktionen zwischen Antifas auf

der einen und „Faschos“ auf der anderen Seite begrenzt bleibt und „bürgerliche“ Akteure der Zivilgesellschaft, Parteien, lokale Administrationen und Polizei kaum einbezogen sind.

Genealogie und Topografie der Antifa

Gruppen, die sich als (autonome) Antifaschistinnen und Antifaschisten bezeichnen, existieren in der alten Bundesrepublik Deutschland seit den frühen 1980er Jahren. Sie entstanden im Dunstkreis jugendkultureller Entmischungsprozesse (vor allem die politisierten Konflikte zwischen *Punks* und *Skins* Anfang der 1980er Jahre) und undogmatischer linker Bewegungen (vor allem Autonome). Sie schlossen dabei an das Engagement von Antifa-Initiativen der 1970er Jahre an und markierten ihre Praxis – in Anknüpfung an klassische kommunistische Faschismusanalysen – als gesellschaftskritisch, zuweilen als „revolutionär“ (vgl. Keller et al. 2011; Schuhmacher 2011). In der DDR entstand ein autonomer Antifaschismus – unter freilich ganz anderen Voraussetzungen – ab etwa Mitte der 1980er Jahre mit dem Rechtsdrall der dortigen Skinheadkultur, der mit zunehmenden gewalttätigen Übergriffen auf linke und alternative Jugendliche einherging (vgl. Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte 2005). Ab den frühen 1990er Jahren erlebten Antifa-Gruppen einen Aufschwung, der mit der in Ost- und Westdeutschland erfolgenden Zunahme rassistischer und rechter Gewalt in Form von Anschlägen, pogromartigen Ausschreitungen mit ihrer hohen Zahl an Verletzten und Toten zusammenhing. In diesem Zuge vergrößerte sich das Spektrum autonomer bzw. unabhängiger Antifa-Gruppen erheblich. Mit der eigenen Politik bis dahin verbundene Radikalitätsansprüche wurden in dieser Phase gleichzeitig konterkariert durch die defensive Wende der gesamten Antifa-Praxis. Mit den ab dem Jahr 2000 zunehmenden zivilgesellschaftlichen und administrativen Bemühungen gegen „Rechtsextremismus“ erfuhr das Spektrum schließlich einen politischen und organisatorischen Substanzverlust, der durch zahlreiche Aufspaltungen noch verstärkt wurde.

Dennoch gründen sich bis heute immer wieder, vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, getragene Gruppen, die unter dem Begriff *Antifa* gegen Faschismus bzw. „Faschos“, gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus aktiv werden. *Antifa* stellt hier einen

Sammelbegriff für unterschiedliche Strömungen, politische Ansätze und Handlungsstrukturen dar. Das Spektrum wird zeichenhaft zusammengehalten durch ein System von einschlägigen Symbolen und Ereignissen. Es erhält seine praktische Konsistenz durch die Auseinandersetzung mit Rechten bzw. „Nazis“. Es besitzt eine inhaltliche Klammer in der Annahme (oder Hoffnung), dass sich in dieser Auseinandersetzung größere gesellschaftspolitische Bezüge herstellen oder herstellen lassen. Der Begriff des Zusammenhalts ist allerdings unbestimmt und sagt wenig über Nähe, Qualität der Beziehungen und die Begründungszusammenhänge des Engagements aus.

Ergebnisse einer eigenen explorativen Studie können hier einen Beitrag zu einem etwas genaueren Bild leisten. Im Rahmen der Studie wurden zwischen Anfang 2009 und Ende 2011 mit insgesamt 20 Antifa-Aktiven unterschiedlichen Alters Gespräche geführt (in 16 Fällen sogar zwei).³

Stadtgröße	Anzahl der Städte	Anzahl der Befragten	Alter der Befragten
Metropole	2 (West: 2)	8 (männlich: 5)	16 – Ende 30
Großstadt	3 (West: 2, Ost: 1)	5 (männlich: 4)	19 – Mitte 30
Mittelstadt	3 (West: 1, Ost: 2)	4 (männlich: 2)	Anfang 20 – Anfang 30
Kleinstadt	2 (West: 1, Ost: 1)	3 (männlich: 2)	18 – 23

(Quelle: eigene Erhebung)

Gliedert man entlang inhaltlicher, praktischer und struktureller Bezüge, lässt sich mit den Daten der Studie allgemein Folgendes festhalten:

Geteilte *inhaltliche Bezüge* existieren nur in sehr allgemeiner Form. Gemeinsames Moment ist eine linke Verortung, die allerdings in verschiedene, auch konkurrierende Stränge zerfällt. Im Zentrum von Selbstverortungen stehen egalitäre Grundvorstellungen, mal mit mehr libertärem, mal mehr kommunistischem Einschlag. Typisch ist in vielen Fällen eine Selbstbeschreibung als „radikal links“ und der Verzicht auf eine genauere theoretische Positionierung. Praktisch drückt sich dieses Links sein in einer kritischen Haltung gegenüber „bürgerlicher“ (Partei-)Politik bei gleichzeitiger Befürwortung basisdemokratischer (Selbst-)Organisation in einer kapitalismuskritischen Haltung und in der leidenschaftlichen

3 Mit der Gesamtveröffentlichung der Ergebnisse ist Mitte 2013 zu rechnen.

Ablehnung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen aus, die an Rassismus, Nationalismus, Sexismus und Antisemitismus festgemacht werden. Die eigene Antifa-Praxis stellt einen festen Bestandteil dieses Links seins dar. Sie begründet sich zusätzlich mit dem Verweis auf humanistische Grundorientierungen, wie dem Votum für Gleichheit, Gleichwertigkeit, globale (Verteilungs-)Gerechtigkeit und auch Gewaltfreiheit. Über die theoretische (und strategische) Verknüpfung zwischen linker Gesellschaftskritik und Antifa-Engagement besteht keine Einigkeit. In Bezug auf die Frage, was Antifaschismus ist, wie weit er reicht und wie er sich im Detail begründet, herrscht entsprechend starker Dissens. Ein die Antifa lange Jahre prägender übergreifender Konsens gegen einen gesellschaftlichen Mainstream politisches Problembewusstsein durchsetzen zu müssen, ist nicht mehr erkennbar.

So unterschiedlich wie die politischen Richtungen sind auch die *Praxen*. Antifa-Engagement umfasst, neben der Aufklärung Dritter, dem Abfassen von Flugblättern, dem Einmischen in lokale Debatten, der Beteiligung an Bündnissen gegen „Rechtsextremismus“ und dem Protest gegen das Auftreten von „Nazis“ auch Formen praktischer Solidarität, etwa mit Opfern rechter Gewalt, mit Flüchtlingen, vor allem auch mit anderen Antifas, in Form von öffentlichen Einmischungen, materieller Unterstützung und Aktionen. In vielen Fällen fällt unter Antifa-Engagement auch das Initiieren selbst organisierter Jugend- und Kulturarbeit. In der direkten Auseinandersetzung mit „Nazis“ spielt Gewalt eine gewisse Rolle. Mal ist sie Teil eigener, offensiv bestimmter Praxis, mal ist sie Selbstverteidigungsressource, in anderen Fällen ist sie als Thema präsent, über das kritisch zu reden ist. Die hohe Bedeutung von Gewalt als praktischer und diskursiver Begleiter des Geschehens lässt sich an drei Aspekten festmachen. Gewalt ist zum Ersten – in Form rechter Gewalt – eine (unmittelbare oder mediale) Erfahrung, die den Prozess der Politisierung begleitet. Wo Gewalt zur Ressource wird, geschieht dies zum Zweiten im Rahmen sehr unterschiedlicher Konfliktbeziehungen. Zum Teil überwiegt in ihnen der Aspekt der Verteidigung, zum Teil wird die Auseinandersetzung aktiv gesucht, zum Teil spielt sich Gewalt vorrangig oder ausschließlich auf der Ebene eines „Muskelspiels der Bilder“ ab. Zum Dritten ist Gewalt aufseiten der Akteure von Beginn an auch ein Gegenstand intensiver Reflexion und Kontrolle. Gewaltpraxen werden abgeglichen mit den vertretenen Werten. Die diskursive Verankerung einer Gewaltmoral soll Gewaltpraxen quantitativ und qualitativ beschränken.

Strukturell zerfällt die *Antifa* in ein Netz situativ zwar zum Teil gemeinsam agierender, aber kaum kontinuierlich miteinander kommunizierender, sich zum Teil sogar desinteressiert bis ablehnend gegenüberstehender Gruppen und Netzwerke. Im Mittelpunkt steht der Gedanke eines „autonomen“ Engagements, wobei der Autonomie-Begriff weniger in Bezugnahme auf die *Autonomen* und mehr im Sinne organisatorischer Unabhängigkeit verwendet wird. Der niedrige Grad der Homogenität und auch übergreifender Kommunikation ergibt sich aus unterschiedlichen theoretischen Bezügen, aber auch aus der Bandbreite der Organisationsformen und Praxisschwerpunkte. Es bewegen sich in diesem Feld informelle cliquenhafte Gruppen, (Antifa-)Gruppen mit unterschiedlichem Grad an Formalisierung, situative Zusammenschlüsse, (Semi-)Professionelle in Bildungs- und Beratungsarbeit, Journalismus etc. Ein entscheidendes Bindeglied stellen dabei szenische Bezüge dar, die sich über eine aus Jugendzentren, autonomen Trefforten und jugendkulturellen Szenen bestehende politisch-kulturelle Alltagswelt ergeben. Der Szenebegriff (vgl. Bergmann/Erb 1994; Hitzler u.a. 2005, ders. 2010) bietet hier einen Anknüpfungspunkt für ein genaueres Verständnis politisch agierender Zusammenschlüsse jenseits von Organisationen. Szene kann verstanden werden als „soziale Verdichtung, die sich durch gemeinsame Orte, durch ein lokales Stammpublikum und durch die Ähnlichkeit von Inhalten auszeichnet“ (Bergmann/Erb 1994, S. 8). Der Zugang erfolgt einerseits nicht über Aufnahmeverfahren und bereits generiertes Wissen, sondern in erster Linie über alltagsweltliche Präsenz und Partizipation. Andererseits setzt Zugehörigkeit aber auch gewisse „Familienähnlichkeiten“ – etwa hinsichtlich Bildung, Alter, Sprache und Einstellung – voraus (vgl. ebd.). Man kann sagen: Die Antifa konstituiert sich als Netz solcher Szenen. Diese Szenen stellen soziale Orte für Prozesse der Gemeinschaftsbildung, der Routine, der Kommunikation, des Konflikts, der Abgrenzung, aber auch der sozialen Abfederung dieser Abgrenzungen und Konflikte dar. Sie besitzen in mehrfacher Weise einen Doppelcharakter: Sie sind sozialräumliche Phänomene, in denen sich allerdings eine über den jeweiligen Sozialraum hinausgehende Verstehenskonvention ausbildet. Sie sind selbstbestimmte Gebilde, konstituieren sich in manchen Kontexten aber auch als Zwangsgemeinschaften von Jugendlichen, die sich durch rechte Gewalt bedroht sehen. Sie sind selbstbezüglich, gleichzeitig aber auch jene Orte, an denen Außendarstellung erlernt und praktiziert wird.

Entstehung von Antifa-Engagement

Im Rahmen der eigenen Studie interessierten in biografisch-rekonstruktiver Hinsicht auch die Prozesse, in denen Antifa-Engagement entsteht. Leitend war dabei die Annahme, dass sich Entstehung und Verlauf von Engagement und die Einnahme bestimmter (Handlungs-)Orientierungen letztlich nicht einfach aus individuellen Dispositionen oder „objektiven“ Problemlagen, sondern aus dem Zusammenspiel von Interaktionen, Etikettierungen, Bewertungen und Entscheidungen erklären, die die Beteiligten in spezifischen Kontexten treffen (vgl. Scheerer 1988; Willems 1997).

Kontexte und Bedingungen

Engagement in der Antifa entsteht in vielen Kontexten. In Ost- und Westdeutschland, in Klein-, Mittel- und Großstädten sowie in Metropolen schließen sich Jugendliche Antifa-Gruppen an oder gründen (mit anderen Jugendlichen und/oder Älteren) Antifa-Gruppen. Da dies sowohl in konfliktintensiven als auch in konflikt schwachen Kontexten stattfindet, ist anzunehmen, dass im Einzelfall verschiedene Begründungsaspekte in den Vordergrund der – rekonstruierenden – Darstellungen treten. Gegliedert nach „Hauptmotiven“ lassen sich zur Entstehung von Antifa-Engagement dann auch drei verschiedene Versionen finden.

Antifa als Selbstverteidigung

Eine erste Erzählung ist charakteristisch für konfliktintensive Sozialräume. In ihr wird die unmittelbar erlebte Auseinandersetzung mit Rechten bzw. „Nazis“ betont und als maßgeblich für den Beginn von Antifa-Engagement beschrieben. Von ihnen ausgehende Bedrohungen rahmen den Prozess der Politisierung in starkem Maße und führen aufgrund persönlicher Betroffenheit dazu, in diesem Themenfeld besonders aktiv zu werden. Die Beschreibungen kreisen hier um die Alltagserfahrung, von Rechten bzw. „Nazis“ bedrängt und angegriffen zu werden. Eine typische Formulierung lautet: Man wurde „da einfach drauf gestoßen [...]“, ohne jetzt konkret politisch zu sein“ (DmO, 28, I)⁴. Man war

4 Der zweite Buchstabe markiert das soziale Geschlecht der Befragten – m für männlich, w für weiblich – der dritte Buchstabe die geografische Herkunft – W für West-, O für Ostdeutschland, die römische Ziffer steht für den Erhebungszeitpunkt.

„... teilweise auch persönlich betroffen [...], weil man irgendwie lange Haare hatte, bunte Haare hat oder irgendwie raussticht, weil in diesem ganzen Prozess von Sozialisation so 'ne rechte Szene-Kultur so 'ne Rolle spielt und man irgendwie gezwungen ist, sich zu positionieren“ (DmO, 28, I).

Stellvertretend für andere erklärt D. in der Rückschau, dass die Erfahrungen des sich Bedroht-Fühlens und Angegriffen-Werdens eine Rolle dafür spielten, sich intensiver mit den „Nazis“ zu beschäftigen. Sie waren

„... ein gewisses gemeinsames Element, was einen verband, was auch den eigenen Aktivismus [...] förderte oder beflügelte, weil es einem die Notwendigkeit eigenen Engagements aufzeigte“ (DmO, 28, I).

Intensives Bedrohungsleben erhält seine Dimension jedoch nicht allein durch die Intensität der Bedrohung, sondern vor allem durch die Bewertung des gesamten Erfahrungskontextes. So gleicht D.'s Erzählung auch in dieser Hinsicht anderen Fällen. In ihnen wird zum einen von einer relativ starken Polarisierung zwischen Rechten und Linken (oft alle, die nicht rechts sind) unter den örtlichen Jugendlichen und von einem entsprechend starken Positionierungsdruck berichtet. Die linken und alternativen Jugendlichen erleben sich dabei – auf der körperlichen Ebene – gegenüber den Rechten als unterlegen. Bei jenen ist Gewalt nach eigener Erfahrung eine selbstverständlich genutzte Handlungsressource, während es auf der eigenen Seite nicht einmal selbstverständlich sein muss, sich im Angriffsfall zu wehren, geschweige denn zur Gegengewalt überzugehen. Zum anderen wird in den Gesprächen auch ein ähnliches Bild der „Zuständigen“ entworfen. Lokale Administration, Polizei und andere Funktionsträger werden vorwiegend als Akteure erlebt, die das Problem nicht sehen (wollen) oder, wo dies nicht möglich ist, zur entpolitisierenden Bewertung der Konflikte tendieren. Man selbst erlebt den eigenen Sozialraum hingegen als ausgesprochen unwirtlich, spricht (retrospektiv) etwa von einer „fürchterliche[n] Stadt“ (CmO, 27, I) und einem „generell feindliche[n] Umfeld“ (DmO, Anfang 30, I), in dem der Alltag von einer rechten Hegemonie geprägt ist. Auch das Bild vor Ort vorhandener zivilgesellschaftlicher Strukturen fällt in dieser Erzählung kritisch aus. Zum Teil werden keine unterstützenden Akteure gesehen. Zum Teil wird auf die Existenz von Unterstützern, wie Bürgerinitiativen und einzelnen Parteien verwiesen, die selber jedoch nur geringen Einfluss besitzen. Häufig sieht man sich gegenüber „bürgerlichen“ Akteuren und parteipolitischen

„Politik-Profis“ auch dauerhaft unter Rechtfertigungsdruck und in Stigmatisierungsgefahr. In diesem Sinne typisch ist die Beschreibung von A. (AwO, 19). Am Beispiel einer ursprünglich von ihrer Jugend-Antifa-Gruppe 2008 in einer ostdeutschen Kleinstadt initiierten Demonstration wird von ihr die mangelnde Kooperationswilligkeit der parteipolitischen Akteure kritisiert, die wenig an gleichberechtigter Aushandlung und der Akzeptanz von Unterschieden und mehr daran interessiert sind, sich selbst in Szene zu setzen. So heißt es:

„... also wir waren die Chaoten, also schon allein, weil wir anders aussahen, das haben die auch so gesagt, und auch dass wir dann auf unsere Leute aufpassen sollen, dass es irgendwie nicht zu Gewaltausschreitungen kommen würde, weil das ja dem Ansehen schaden würde von F-Dorf und dem entsprechend auch ihrer Parteien, wenn sie sich mit solchen Leuten auf eine Demo begeben“ (AwO, 19, I).⁵

Im Endeffekt sieht man sich von den „bürgerlichen“ Akteuren in paternalistischer Weise um den Kern der eigenen Anliegen und um die eigene Selbstständigkeit gebracht.

„... die drücken das in so 'ne Schiene, wie wir das nie haben wollten, und verkaufen das dann irgendwie nett: ‚Ach ja, hier sind so ein paar aktive Schüler, die sich irgendwie für das Thema engagieren und Interesse daran haben, 'ne Demo zu machen‘. Die das einfach mal komplett für sich einnehmen, als ihre Veranstaltung verkaufen“ (AwO, 20, II).

Das Bild, das die „bürgerlichen“ Akteure mutmaßlich besitzen, ist insofern zutreffend, als Antifa-Engagement in dieser Erzählung aus jugendlichen Freundeskreisen und (links-)alternativen Kleinst-Szenen heraus entsteht und hier sein soziales Fundament besitzt. Antifa-Engagement entsteht in einem Prozess der Erweiterung, Verdichtung und Politisierung von Teilen dieser Kreise, den J. (JmO, Mitte 30) in der Rückschau typischerweise so beschreibt:

„Also es waren größtenteils natürlich Freunde, die genauso terrorisiert wurden wie ich, das heißt, man kannte sich logischerweise, das war der eine Part und dann [kamen] natürlich auch welche, die man nicht kannte, zu denen man dann irgendwann gestoßen ist, die halt auch terrorisiert wurden“ (JmO, Mitte 30, I).

5 Unterstrichene Satzteile kennzeichnen besondere Betonungen.

Systematisierungen des Engagements, vor allem festzumachen an der Gründung von festen Gruppen, stehen im engen Zusammenhang mit Kontakten, die sich im Laufe der Aktivitäten außerhalb des eigenen lokalen Kontextes und zu einer größeren Antifa-Szene ergeben, in die man sich einbindet. Andere Antifa-Gruppen spielen eine entsprechend große Rolle für die Entscheidung, Antifa-Engagement in das Zentrum des eigenen Engagements zu stellen. Beispielhaft beschreibt dies C. (CmO, 27), dessen kleinstädtische *Punk-Clique* dauerhaft Angriffen von „Nazis“ ausgesetzt ist, ohne dass daraus zunächst irgendeine Art von Gegenaktivität entsteht.

„[D]iese Clique, die war so ein bisschen in dieser Kleinstadt-Situation gefangen, und irgendwann hat jemand durch Zufall, also ist mitgenommen worden von jemand [aus dem Antifa-Spektrum] hier im Bundesland und hat uns davon erzählt, dass es da Leute gibt, die sich interessieren würden. Dann haben wir ganz lange gezögert, uns da zurückzumelden, weil wir immer gedacht haben, so 'ne typische Kleinstadt-denke, ja, dass was hier bei uns passiert, das ist gar nicht so wichtig, so 'ne Abwertung der eigenen Situation, damit man eben damit klarkommen kann, da zu leben in so 'ner Kleinstadt, so permanent runterreden, irgendwann haben wir uns dann entschlossen, uns mal mit denen zu treffen und das war so im Prinzip der Kontakt mit, ja der richtigen Szene“ (CmO, 27, I).

Antifa als „Selbstläufer“

In einer zweiten Erzählung werden Momente der Selbsterzeugung von Antifa-Engagement stärker in den Vordergrund gestellt. Bedrohungen durch „Nazis“ können auch hier eine starke Rolle spielen. Typisch ist das Zitat von R. (RmW, Mitte/Ende 30), der in der Rückschau erklärt, dass „Faschismus [als das Auftreten gewalttätiger politischer Gegner] ein durchaus körperlich erfahrbarer Missstand“ war und damit „ein Grund, sich mit dem Thema an sich natürlich auseinanderzusetzen“ (RmW, Mitte/Ende 30). Gleichzeitig dominiert in dieser Erzählung ein Bild der Gegner, das weniger von deren Stärke und Übermacht geprägt ist und sie mehr als Phänomen beschreibt, das Engagement nahe legt, aber nicht existenziell notwendig macht. So resümiert A. (AwW, 25):

„... also klar, es gab in dem Ort Nazis so, aber ich / es gab jetzt kein Erlebnis, wo ich sagen würde, da gab's 'nen Vorfall, an dem hätt' ich das festgemacht. [...]. Das war jetzt kein Angriff auf mich, dass ich gesagt hab: da muss ich was gegen machen, sondern man hat es mitgekriegt, dass sich da welche getroffen haben zum Beispiel und/ also wir haben dann daraufhin angefangen, 'ne Antifa zu gründen“ (AwW, 25, I).

Ähnlich fällt in dieser Erzählung die Wahrnehmung der jeweiligen Kontextbedingungen aus, in denen sich Linke und Rechte begegnen. Von rechter Hegemonie wird nicht gesprochen. Die Präsenz der „Nazis“ wird kontrastiert durch die Existenz relativ gefestigter links-alternativer Szenen, die über Treffpunkte verfügen, in denen verschiedene Aktivitäten sich bündeln. Diese Szenen werden als handlungsfähig erlebt. Sie sind nicht nur Orte für politisches und kulturelles Aktivsein, sie zeigen sich im Zweifelsfall auch in der Lage, den „Nazis“ etwas entgegenzusetzen. Auch das Bild „bürgerlicher“ Akteure fällt anders aus als in der ersten Erzählung. Zum einen wird von Akteuren berichtet, die den links-alternativen Jugendlichen prinzipiell offen gegenüberstehen, sie teilweise auch in ihren Anliegen unterstützen. Zum anderen besitzen diese Akteure – aufgrund der eigenen Stärke und des niedrigen Grades der Konfrontation mit den „Nazis“ – im eigenen Alltag und für die eigene politische Praxis eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Vor diesem Hintergrund beantwortet sich die Frage nach dem Motiv, sich antifaschistisch zu engagieren, anders als in der ersten Erzählung. Steht dort das Moment im Vordergrund, sich wehren zu müssen und zu wollen, wird hier mehr von allgemeinen Politisierungsprozessen gesprochen, die im engen Zusammenhang mit Fragen alltags- bzw. jugendkultureller Zugehörigkeit stehen. So resümiert P. (PwW, 26):

„[D]as ist wirklich was gewesen, wo ich irgendwie eher sozial reingewachsen bin, als dass ich irgendwie mir jetzt überlegt hab,/weiß ich nicht, Antifaschismus/oder ich möchte mich antifaschistisch betätigen und Antifaschismus bedeutet für mich das und das und das“ (PwW, 26, I).

In der thematischen Wahl des Engagements spiegeln sich so zwei Aspekte: Auf der einen Seite ist es schon die bloße Präsenz von Rechten bzw. „Nazis“, die ein Feld für ein bedeutungsvolles politisches Engagement aufmacht. Auf der anderen Seite ist Antifa in diesen Kontexten von vornherein ein stark präsenten Themen- und Handlungsfeld, oder, wie I. (IwW, 23) es formuliert, „dann ja doch so das erste [...], was man trifft“ (IwW, 23, I), wenn man sich in den alternativen Jugendszenen und -zentren in ihrer Region bewegt.

Antifa als Angebot

Die dritte Erzählung entfernt sich vollständig von der Dimension des direkt erlebten Konflikts. Sie bezieht sich auf einen urbanen Raum, in dem Rechte bzw. „Nazis“ keine besonders durchsetzungsstarken Akteure darstellen (zum Teil nicht einmal dauerhaft präsent sind). Der Weg in

Antifa-Engagement führt hier über das Interesse an und die Auseinandersetzung mit einer vor Ort existierenden linken (autonomen) Szene und Protestkultur mit ihren breit gefächerten kulturellen und politischen Partizipationsangeboten. Ein wesentliches Moment stellen in diesem Zusammenhang Protestereignisse dar, deren Attraktivität in der Erzählung zunächst schwerer wiegt, als Fragen der thematischen Spezifizierung des eigenen Engagements. Es wird vor allem sozialer und politischer Anschluss an die Szene gesucht, die mit diesen Protestereignissen in Verbindung gebracht wird. Zu diesem Zweck wird aktiv nach Anschlusspunkten gesucht, die schließlich in Angeboten aus dem Antifa-Spektrum auch gefunden werden. Typisch ist in diesem Sinne etwa der Zugang über offene Jugendantifa-Treffen, die von Antifa-Gruppen initiiert werden und im weiteren Verlauf – aufgrund szenischer Einbindung – ihr Eigenleben zu führen beginnen. Als Motive, sich im Antifa-Bereich zu organisieren, werden denn auch eher allgemein-abstrakte Gründe angeführt. Exemplarisch rekapituliert P. (PmW, 18):

„[D]as war eigentlich kein genauer Grund, wo ich gesagt hab‘, warum gerade Antifa-Arbeit. Vielleicht dadurch, [...] für mich war primär das Ding, Nazis haben bei uns in der Gesellschaft einfach nichts zu suchen und da muss man Überzeugungsarbeit leisten, die dahin zu kriegen, oder dass deren Propaganda nicht mehr verbreitet wird, und das hat mich einfach immer am meisten interessiert. Das war kein bestimmter Punkt, warum ich jetzt gerade das gemacht hab“ (PmW, 18, I).

Antifa als attraktives Modell politischer Partizipation

In den drei Erzählungen werden in unterschiedlicher Weise Bezüge zwischen Antifa-Engagement und „Nazis“ hergestellt. Verwiesen wird dabei auch auf starke Unterschiede der jeweiligen Entstehungskontexte von politischer Praxis. Abstrakter formuliert werden in ihnen unterschiedliche Mischungsverhältnisse von „Spannungen“ (das heißt von allgemeinen oder konkreten Bedrohungen durch Rechte bzw. „Nazis“) und „günstigen Gelegenheiten“ (das heißt von Angeboten, gegen sie aktiv zu werden) beschrieben. Auf der Hand liegt, dass es sich dabei nicht einfach um objektive Tatbestände, sondern um das Ergebnis deutender Beobachtungen handelt (vgl. Scheerer 1988, S. 88). Engagement beruht damit auf Sensibilitäten und Aufmerksamkeiten, die Probleme und Lösungsangebote überhaupt erst ins Blickfeld rücken. Aus individueller Perspektive sind solche

Aufmerksamkeitsfilter hier ein *bereits entwickeltes* politisches Bewusstsein, das Interesse politisch aktiv zu werden, aber auch eine anti-autoritäre Orientierung und Distinktionsinteressen, die die Zugehörigkeit zu bestimmten links-alternativ codierten Szenen interessanter machen, als etwa eine Mitgliedschaft in Verbänden oder klassischen (Partei-)Jugendorganisationen. Die Zugehörigkeit zu diesen Szenen ermöglicht wiederum weitere umfassende Lernerfahrungen, die als zusätzliche Filter hinzutreten. Solche Lernerfahrungen beziehen sich auf Freundschaften, Geschmack, „richtige“ Formen der (Selbst-)Stilisierung, aber auch auf kulturelle (Selbsterfahrungs-)Angebote und Formen eines selbstbestimmten Aktiv-Werdens. Außerdem wird auch in und aus Interaktionen gelernt, die als Teil dieser Szenen mit anderen Akteuren und den Gegnern gemacht werden. In Bezug auf den Beginn von Antifa-Engagement, das sein Fundament in solchen alltagskulturellen und sozialen Zugehörigkeiten besitzt, werden in den Erzählungen mehrere Aspekte als „attraktiv“ markiert. Es zeigt sich dabei, dass keinesfalls alle mit der Antifa-Thematik verbunden sind.

„*Antifa*“ ist ein Modell der Verteidigung und Selbstbehauptung. Dieses Modell steht für ein schlüssiges Gegenkonzept. Gegenüber rechter Präsenz und gegenüber Strategien anderer Akteure, die als Verharmlosung der Situation oder als realitätsfern und wirkungslos gedeutet werden, symbolisiert Antifa-Politik Dissens, größtmögliche Abgrenzung, vor allem aber auch Handlungsfähigkeit. Dabei spielt mitunter die Entfaltung von Stärke und (körperlicher) Durchsetzungsfähigkeit eine Rolle. J. beschreibt den Aufbau einer solchen Handlungsmacht in Bezug auf die frühen 1990er Jahre in Ostdeutschland als einen Prozess, in dem Gewalt zur aktiv genutzten Handlungsressource wurde. Ihr spezifischer Sinn bestand darin, „einfach sich diese Dominanz der Nazis wieder, auf gut deutsch gesagt, wegzukloppen“ (JmO, Anfang 30, I), eine „passende Antwort“ (Ders.) zu geben und „das Ding“ (Ders.) umzudrehen. Im Kern geht es in diesem Bild also darum, aus dem Opferstatus hervorzutreten. Zu diesem Zweck werden auch aktiv Vorlagen für entsprechende Selbstinszenierungen und -präsentationen gesucht, die eigene Stärke potenzieren und einen gewalttätigen Gegner beeindrucken sollen. So heißt es bei J. im Zusammenhang mit der Bebilderung der eigenen Gewaltpraxis resümierend:

„... das Bild ist schon, aus heutiger Perspektive lacht man da ein bisschen drüber, ist schon ein bisschen dieses gewaltverherrlichende Autonomen-Bild, was man als

Jugendlicher einfach auch gut findet, was so'n Männlichkeitsbild ja auch ist, wie schwarz verummte Leute, die ähm Autos anzünden, um ihre Ziele durchzusetzen, die Steine schmeißen, die einfach auch 'n klaren Bruch mit diesem Gewaltverhältnis des Staates machen“ (Ders.).

Antifa bedeutete vor diesem Hintergrund für ihn, „nicht nur rumzulaubern, sondern auch einfach zu sagen: Irgendwann ist auch mal Schluss. Und das war das Bild, das damit demonstriert wurde und das ich gut fand und was man kopiert hat“ (Ders.). Auch in Erzählungen aus der Jetzt-Zeit ist dieser Aspekt von Bedeutung, wo starke Konflikte die Politisierung begleiten. Typisch ist das Zitat von T. (TmO, 19), der die eigene Militarisierung in einen engen Zusammenhang mit Gewalterleiden und ausbleibenden Unterstützungserfahrungen stellt. So erklärt er:

„... kein Bock auf noch ein sechstes oder siebtes Mal [angegriffen zu werden], das prägt wirklich, wenn man diese Leute damals gesehen hat, die Skrupel, die sie nicht hatten, miterlebt hat, dann ist auch wirklich, kommt auch wirklich so der einschneidende Gedanke, die nächsten, die mich anmachen, da bin ich nicht der, der sagt: Ja, ruf die Polizei und verhalte dich deeskalativ oder zeig mal 'n bisschen Zivilcourage und da, ja, Prinzip der Gewaltlosigkeit. Das muss man dann nicht noch mal miterleben. Das weiß man auch, was man den richtigen Leuten entgegensetzen hat und in was das ausarten kann, wenn man das nicht tut“ (TmO, 19, I).

Bei all dem ist zu berücksichtigen, dass es keine kausalen Bezüge zwischen Gewalterleiden, Ohnmachtserfahrung und Aufrüstung gibt, sondern dass Gewalt nur unter bestimmten Bedingungen zur anziehenden Option wird und auch, dass – kontextabhängig – auf ganz unterschiedliche Weise von dieser Option Gebrauch gemacht werden kann. So beschreibt D., dass Gegengewalt auch in seinem von rechter Gewalt bedrohten Kreis keinesfalls automatisch zur Option wurde, sondern erst mit einer qualitativ höheren Einbindung des eigenen Engagements. Dabei spielt eine Rolle der Einstieg in eine Szene, in der Gewalt weithin akzeptierter – zum Teil auch von einem „Kult“ (DmO, 28, I) umgebener – Teil des politischen Alltags ist. Genauso spielen aber Lernerfahrungen eine Rolle, die deutlich machen, dass mit Gewalt Wirkungen erzielt werden können. So heißt es:

„... ich würde vielleicht auch vermuten, dass das auch mit einer eingehenderen Beschäftigung zu tun hat mit der Nazi-Szene, also mehr so Analyse, wie Akteure aus der rechten Szene zum Beispiel Gegenaktivitäten wahrnehmen oder auch ein

ausgefeilterer Blick vielleicht auf Aktivitäten, persönliche Aktivitäten von Neo-Nazis, an denen man auch gesehen hat, dass sozusagen Militanz oder gewalttätige Auseinandersetzungen natürlich auch Teil dieser politischen Auseinandersetzung sind, also auch Teil von Politik sind und auch rechte Aktivitäten einfach behindern und verhindern können“ (Ders.).

In einer Reihe von Gesprächen wird gleichzeitig erkennbar, dass es in diesem Zusammenhang vor allem auch um Formen symbolischer Politik geht, die als attraktiv empfunden werden, und die weniger mit körperlicher Gewalt als damit zu tun haben, sich vor den anderen in einer bestimmten Weise aufzubauen und als „stark“ zu inszenieren. Auch hierfür liefert *Antifa* eine Palette an Stilvorlagen.

„*Antifa*“ ist ein Erklärungsmodell. Ein weiteres Attraktivitätsmoment von Antifa-Gruppen und -Praxis besteht darin, dass Erklärungen zur Verfügung gestellt werden. In allen Erzählungen stellt Antifa einen Raum für die Herstellung von Erfahrungszusammenhängen und für die Verbindung mit weitergehenden politischen Ansichten zur Verfügung. Exemplarisch für die erste Erzählung heißt es bei D.:

„[I]ch glaub, deshalb fand ich diese Antifa auch spannend, attraktiv, weil’s da ’ne Verbindung gab zwischen eigenem Erleben, also zwischen eigenen Problemen und zwischen eigenen Erfahrungen und ein Blick auf die gesamte Gesellschaft, auch sozusagen eine Analyse, die auch andere Themen in ihrem Rahmen einschloss, die halt nicht Stopp machte bei Nazis“ (Ders.).

Es geht also nicht allein – vielleicht nicht einmal in erster Linie – darum, vom Antifa-Thema ausgehend umfassende theoretische Positionen zu entwerfen. Antifa bedeutet zwar – eine Lektion, die am Anfang der Politisierung steht – mehr als „nur“ gegen Nazis zu sein. Sie ist also mit einem spezifischen Bedeutungsüberschuss ausgestattet. Praktisch heißt dies aber vor allem, dass mit Antifa-Engagement ein Raum geschaffen wird, in dem auch weitere politische Themen verhandelt werden können oder sollen. Mit anderen Worten ist nicht Antifaschismus das Thema, von dem ausgehend „alles“ erklärt wird, sondern es sind die Antifa-Gruppen, die einen sozialen Rahmen bieten, innerhalb dessen der Anspruch auf eine umfassende politische Haltung einen Ausdruck findet.

„*Antifa*“ ist ein Darstellungsmodell politischen Handelns. Mit Antifa-Gruppen und -Praxis sind zwei formelle Aspekte verbunden. Zum einen findet

Antifa-Engagement in Gruppen statt, die dem Bedürfnis nach basisdemokratischen, formal enthierarchisierten und selbstwirksamen Formen politischen Engagements entgegenzukommen scheinen. Zum anderen hat dieses Engagement, in Verbindung mit anderen Feldern undogmatischer linker Politik, eine Außenseite, auf der es um eine politische Praxis geht, die sich als „besonders“, aber auch als „spannend“ darzustellen weiß. Für das Moment der Besonderheit im Sinne einer besonderen Wichtigkeit von Anliegen (und Person) steht etwa das Zitat von A. (AwW, 25), die die Antifa im Rückblick nicht als einen gewalttätig-wehrhaften, sondern mehr als einen bedeutungs- und geheimnisvollen Zusammenhang beschreibt:

„Das, was einem vermittelt wird, da gibt's irgendwie so'n Kreis von Leuten, die/das ist alles so ein bisschen konspirativ und man redet irgendwie mit ‚Handys aus‘ nur über Sachen, das vermittelt das so ein bisschen, das ist was Ernst zu nehmendes und auch was Gefährliches“ (AwW, 25, I).

Für das Moment eines „spannend“-expressiven politischen Handelns stehen allgemeine Hinweise auf das Auftreten, auf die Versprechen von passender Selbstpräsentation, „*Action*“, Grenzerfahrungen und kontrollierten Überschreitungen (Transgressionen), die Verbindungen schaffen zwischen einem konkreten inhaltlichen Anliegen und allgemeiner rebellischer Attitüde. Exemplarisch formuliert J. (JmW, 19) zu diesem Aspekt:

„Ich war auf jeden Fall auch erlebnisorientiert, das sag ich ganz offen, das war für mich auf jeden Fall 'n Punkt, diese Bilder zu sehen im Internet, so jetzt nicht unbedingt wie da, keine Ahnung, irgendwelche Autos brennen oder so, aber einfach Leute, die da zusammen in diesem Block laufen, das fand ich sehr, sehr eindrücklich, das fand ich wirklich sehr, sehr spannend und das zum Beispiel hat mich wirklich mal gereizt, bei so was einfach mal so mitzugehen und einfach die Leute zu kennen, mit denen du da gehst“ (JmW, 19, I).

Antifa ist szenisch eingebunden. Die Attraktivität von Antifa-Engagement hat schließlich auch etwas damit zu tun, dass die Träger politischer Praxis, die Gruppen und ihre Angehörigen, szenisch eingebunden sind, wobei es hier nicht nur um linke Szenen, sondern vor allem auch um jugendkulturell geprägte Szenen geht, die alltagskulturelle Lebenswelten mit eigenen Attraktivitätspotenzialen bilden.

Antifa als Lernfeld

Die verschiedenen Attraktivitätsmomente greifen in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen und kontextabhängig ineinander. Nicht jedes der genannten Momente besitzt für die einzelnen Beteiligten (gleich viel) Bedeutung. „Jugendtypische“ Aspekte sind:

- Antifa-Engagement entwickelt sich – zumindest in den ersten beiden Erzählungen – direkt aus jugendkulturell-szenischen Bezügen heraus. Es ist Teil im weitesten Sinne links-alternativer Szenen und besitzt hier ein gewisses soziales und kulturelles Fundament. Beide Bereiche stehen in einem Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung, insofern sich in Teilen von Antifa-Praxis und -Auftreten jugendkulturelle Stile und Moden spiegeln und insofern politische Ansprüche unter dem „Antifa“-Label in linksorientierte Jugendszenen vermittelt werden.
- Die Auseinandersetzung mit Rechten bzw. „Nazis“ besitzt mit dem Sozialraum und „jugendkulturellen“ Feldern Ebenen, die stark von Jugendlichen dominiert werden und in denen institutionelle Akteure Nebendarsteller sind.
- In der Antifa-Praxis spielen performative Aspekte – die Entfaltung eines bestimmten (kämpferischen) Gestus, die Entwicklung einer eigenen Formen- und Symbolsprache und Kommunikationsweise mit oft gleichaltrigen Gegnern oder mit Autoritäten – eine besondere Rolle.
- Das Engagement trägt zudem ganzheitliche Züge, verbindet nicht nur „politische“ und „kulturelle“ Protestlogiken (also inhaltliche Anliegen mit der Herstellung symbolischer Differenz), sondern auch politische und szenische Zugehörigkeit.

Antifa steht in den verschiedenen Erzählungen für unterschiedliche Ansprüche. Mal steht der Aspekt des sich Wehrens im Vordergrund, mal sind es mehr generelle Interessen, sich politisch zu engagieren, die in Antifa-Gruppen thematisch kanalisiert werden. In allen Fällen ist „Antifa“ mit Lernerfahrungen verbunden. Auf der einen Seite betreffen diese Lernerfahrungen die Ausweitung von Inhalten und Reichweiten politischen Handelns. Allgemein erlaubt das Thema die Einnahme einer moralisch abgesicherten Einstellung, die durch Aktivitäten zum Ausdruck gebracht werden kann. Es kann sich in diesem Zuge auch von anderen Akteuren abgegrenzt werden, gegen deren „verharmlosenden“ Deutungen und „wirkungslosen“ Strategien man eigene Erfahrungen

und Einschätzungen setzt. Antifas treten als „Gegenexperten“ auf, was bedingt, dass sie Wissen über ihren „Gegenstand“ besitzen und dieses Wissen immer aktualisieren müssen. Im Antifa-Kontext wird zudem begonnen, sich mit anderen politischen Themen zu beschäftigen, oder es wird die bereits begonnene Beschäftigung mit anderen Themen in diesen Zusammenhang gestellt. Die Auseinandersetzung mit den „Nazis“ wird so eingebettet in den allseits präsenten Anspruch, sich mit Themen wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Kapitalismus, aber auch mit Sexismus, das heißt hier: mit konkreten Fragen des sozialen Umgangs miteinander zu beschäftigen. Es wird unter dem Namen *Antifa* also ein mit hohen Ansprüchen versehenes politisches Programm initiiert, was keinesfalls bedeutet, dass all diese Themen auch auf theoretische Weise aus dem Topos Antifaschismus heraus entwickelt werden. Antifa stellt vor allem auch ein Praxisprogramm dar, ist also verbunden mit Lernerfahrungen in Bezug auf mögliche Formen politischen Engagements, das sich nicht auf Appelle beschränkt. In diesem Engagement steht eine breite Palette an Handlungsoptionen zur Verfügung. Neben „klassischen“ Arten der politischen Intervention (in Form von Demonstrationen und Stellungnahmen) greift Antifa-Praxis dabei auch in hohem Maße auf (medien- und jugendkulturbewusste) Inszenierungen zurück, mit denen nach außen Entschlossenheit und Stärke demonstriert werden sollen. Antifa-Engagement besitzt dabei auch zum Teil enge Bezüge zu Gewalt, die sich auch aus einer alltagsweltlichen Nähe zum Gegner ergeben. Antifa-Engagement zu „lernen“ bedeutet, bestimmte Gewalt-Praxen zumindest als legitim anzuerkennen.

Auf der anderen Seite ist *Antifa* auch ein Feld, auf dem die kritische Reflexion dieser Lernerfahrungen gelernt werden kann. Zum Teil beginnen diese Reflexionen erst im weiteren Verlauf des Engagements (und beziehen sich dann vor allem auf die politische Reichweite von Antifa-Praxis, was zur Reduzierung der mit der Praxis verbundenen Ansprüche oder schlicht zum Ende des Engagements führen kann). Zum Teil sind sie von Beginn an enge Begleiter der geschilderten Lernprozesse. Wenn man bedenkt, dass Gleichberechtigung, Gleichwertigkeit und auch Gewaltfreiheit hohe Güter, quasi das Wertefundament von *Antifa*-Politik darstellen, dann ergibt sich aus dem Nebeneinander dieser, im eigenen sozialen Alltag auch stets einzulösenden Werte und Gewalthandeln, Stärkedemonstrationen und martialischen (oft maskulinistischen) Selbstinszenierungen ein Spannungsfeld. Mit Blick auf die Gespräche lässt sich

sagen, dass dieses Spannungsfeld schon im Beginn des organisierten Antifa-Engagements ins Blickfeld gerät und zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzung wird. Dabei wird zum einen darauf hingewiesen, dass man selbst – anders als Betrachter von außen – die eigene Politik und erst recht die eigene Szene im Gesamten als nicht sehr stark von Gewalt geprägt wahrnimmt. Zum anderen wird deutlich, dass Gewalt eben nicht nur eine im Rahmen von Antifa-Politik emergierende Praxis ist, sondern vor allem auch eine Praxis, die zum Gegenstand selbstkritischer Diskussion, eines Abgleichs mit den vertretenen Werten und der Formulierung einer Ent- und Begrenzungen festlegenden Gewaltmoral wird, die es möglich machen soll, auftretende Widersprüche auszuhalten.

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Peter-Georg et al. (2007): Wir und die anderen: Gruppenauseinandersetzungen Jugendlicher in Ost und West. Wiesbaden
- Backes, Uwe (2006): Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von „Autonomen“, „Neonationalsozialisten“ und „Skinheads“ in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kemmesies, Uwe E. (Hrsg.): Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur. Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus – Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie. Neuwied, S. 41–57
- Backes, Uwe (2009): Political Extremes. A Conceptual History from Antiquity to the Present. London
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (2005): Autonome und Skinheads. Unterschiede und Parallelen. In: Dies.: Vergleichende Extremismusforschung. Baden-Baden, S. 307–327
- Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hrsg.) (1994): Neonazismus und rechte Subkultur. In: Dies. (Hrsg.): Neonazismus und rechte Subkultur, Berlin, S. 7–14
- Bundesministerium des Innern (BMI) (1999): Verfassungsschutzbericht 1998. Berlin
- Bundesministerium des Innern (BMI) (2011): Verfassungsschutzbericht 2010. Berlin
- Diverse (2010): Wer sich gegen Rechtsextremismus engagiert, macht sich verdächtig! Aufruf gegen Generalverdacht und Bekenntniszwang. Online unter: www.petitiononline.de/petition/wer-sich-gegen-rechts-extremismus-engagiert-macht-sich-verdaechtig-aufruf-gegen-general-verdacht-und-bekenntniszwang/160, abgerufen am 15.12.2011
- Dölemeyer, Anne/Mehrer, Anne (2011): Einleitung: Ordnung. Macht. Extremismus. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden, S. 7–32
- Hafeneger, Benno et al. (2010): Folgenreiche Realitätsverleugnung: Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung. In: Deutsche Jugend, 58. Jg., H. 1, S. 7–10
- Held, Josef et al. (2008): Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis. Hamburg

- Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne (2005): *Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute*. 2. aktualisierte Auflage. Wiesbaden
- Hitzler, Ronald/Niederbacher, Arne (2010): *Leben in Szenen. Formen juveniler Vergemeinschaftung heute*. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden
- Keller, Mirja et al. (2011): *Antifa. Geschichte und Organisation*. Stuttgart
- Klärner, Andreas (2006): „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg, S. 44–67
- Klärner, Andreas (2008): *Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten*. Hamburg
- Klemm, Jana/Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie (2006): Die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur – Erfahrungen von zwei Kleinstädten im lokalen Umgang mit Rechtsextremismus. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*. Hamburg, S. 116–140
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV Ba.-Wü.) (2002): *Antifaschismus als Aktionsfeld von Linksextremisten*. Stuttgart
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (LfV Hessen) (2010): „Staat. Nation. Kapital. Scheiße“ – Einblicke in die autonome Bewegung. Wiesbaden
- Liebscher, Doris/Schmidt, Christian (2007): *Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum*. Leipzig
- Matuschek, Ingo et al. (2011): *Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*. Wiesbaden
- Pfahl-Traughber, Armin (2010): Antifaschismus als Thema linksextremistischer Agitation, Bündnispolitik und Ideologie. Zu den ideologischen Hintergründen und politischen Implikationen eines Kampfbegriffs. In: Ders. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*. Brühl, S. 273–300
- Pfahl-Traughber, Armin (2011): „Antifaschismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antirepression“: Handlungsfelder des Linksextremismus in Deutschland. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): *Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, S. 163–181

- Roth, Roland/Benack, Anke (2003): Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn
- Scheerer, Sebastian (1988): Ein theoretisches Modell zur Erklärung sozialrevolutionärer Gewalt. In: Hess, Henner et al. (Hrsg.): Angriff auf das Herz des Staates. Soziale Entwicklung und Terrorismus: Erster Band. Frankfurt/M., S. 75–189
- Schuhmacher, Nils (2011): Schlechte Rechte. Falsche Antifa? Einige Anmerkungen zu einer politischen Praxis zwischen Konflikt, Inszenierung und Alltagswelt. Unveröffentlicht
- Schulze, Christoph (2007): Zwischen Recherche, Aktion und alternativer Jugendkultur – der Politikansatz von Antifa-Gruppen im Land Brandenburg. In: Schoeps, Julius H. et al. (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin, S. 287–295
- Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte (Hrsg.) (2005): Vielfalt und Dialog. Die Geschichte des Hauses der Demokratie und Menschenrechte. Texte. Berlin
- Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim u.a.
- Willems, Helmut (1997): Jugendunruhen und Protestbewegungen. Eine Studie zur Dynamik innergesellschaftlicher Konflikte in vier europäischen Ländern. Opladen

Identitätskonstruktion in Protesträumen der Berliner linksradikalen Szene

Die Berliner „linke Szene“ stellt ein lokales Netzwerk von Individuen und Gruppen dar, die sich als Akteure der emanzipatorischen linksradikalen Politik verstehen und sich auf diese Selbstbezeichnung orientieren. Für sie ist die Ausrichtung auf die Politik „in der ersten Person“ (vgl. Haunss 2004), auf außerparlamentarische und basisdemokratische Formen der Organisation und des politischen Handelns typisch. Die bekannteste politische Strömung der „linken Szene“, die sie ideologisch wohl am stärksten geprägt hat, bleiben die Autonomen, auch wenn dies nach eigenen Beobachtungen keine dominante Selbstidentifikation mehr ist. Der Text befasst sich mit der Frage, wie dieses Bewegungsnetzwerk Räume produziert und zugleich durch die Konstitution von Räumen produziert wird. Dieser Beitrag basiert auf einigen Ergebnissen meiner Dissertation (vgl. Golova 2011).

Was bedeutet es zu sagen, dass die „linke Szene“ produziert wird, d.h., als eine Kollektivität zustande kommt? Zum einen handelt es sich bei ihr um eine Szene als eine bestimmte Vergemeinschaftungsform (vgl. Hitzler et al. 2001), also ein thematisch fokussiertes kulturelles Netzwerk von Personen, die bestimmte materiale und mentale Formen der kollektiven Selbststilisierung teilen und Gemeinsamkeiten an typischen Orten und zu typischen Zeiten interaktiv stabilisieren und weiterentwickeln. Zum anderen ist das übergreifende „Thema“ der Szene linke bzw. linksradikale Politik, sodass sie zugleich als eine politische Aggregation, eine *social movement community* betrachtet werden kann. Als solche existiert sie weitgehend unabhängig von einzelnen, thematisch unterschiedlich ausfallenden Mobilisierungswellen in Bereichen wie Antifaschismus, soziale Proteste, Antirassismus oder Freiräume. Die Versuche, alternative Lebens- und Handlungsweisen zu praktizieren, d.h. die Produktion von Orientierungen und Sinn im Alltag, sind keine Rest- oder Begleiterscheinungen der Mobilisierung, sondern eine ihrer Bedingungen (vgl. Melucci 1996).

Durch den intensiven Austausch im Rahmen von stärker formalisierten oder kurzlebigen Gruppen und Versammlungen wird die linksradikale kollektive Identität interaktiv konstituiert, d.h. das geteilte Selbstbild

der Gruppe, das die Vorstellungen von den Zielen und den Mitteln des Handelns sowie von den günstigen und beschränkenden Kontextelementen der Gesellschaft einschließt. Mit anderen Worten, es geht um die Fragen: Was stört uns, was wollen wir ändern, was können wir erreichen, wie machen wir das? Die Inhalte kollektiver Identität funktionieren als „Sinnmaschinen“ (Willems 1996, S. 444), sie erlauben den Individuen sowohl den subjektiven Sinn ihres Handelns zu generieren, als auch einen supra-individuellen Handlungszusammenhang zu erzeugen.

Das linksradikale „Wir“ wird relational definiert. Zentral ist die Vorstellung der radikalen Opposition zur kapitalistischen gesellschaftlichen Ordnung und zu ihren sogenannten Profiteuren, unter denen der Staat und der „Repressionsapparat“, Konzerne, wirtschaftliche und politische Eliten, deutsche Nationalisten, Militaristen, Konservative – kurz: „die Herrschenden“ – verstanden werden. Dem werden eigene Gesellschafts- und Lebensentwürfe entgegengesetzt: die Ablehnung der bürgerlichen Lebensweise, das unentlohnte politische Engagement, kollektives Arbeiten und Wohnen, als herrschaftsfrei oder herrschaftskritisch gedachte Lebens- und Organisationsformen etc. Die Selbstpositionierung in solch einer symbolischen Welt kann diese zur Grundlage des solidarischen Handelns machen, spielt also eine entscheidende Rolle in der Mobilisierung.

Die mobilisierende Interpretation sozialer Realität in Bewegungsnetzwerken und die Konstruktion eines kollektiven Handlungszusammenhangs hat sowohl kognitive als auch emotionale Aspekte. Die früher weitverbreitete Gegenüberstellung von Emotionalität und Rationalität kann in der Forschung zu sozialen Bewegungen inzwischen als überholt betrachtet werden. Emotionen sind keine – willkommenen oder störenden – Abweichungen vom rationalen Handeln, sondern seine wichtigen Bestandteile (vgl. Jasper 2007, S. 80). Definitionen von Zielen und Mitteln des Handelns, also Kernelemente kollektiver Identität, werden von Emotionen geprägt. Diese sind darüber hinaus essenziell dafür, dass gemeinsames Handeln tatsächlich in Gang kommt. Eine geteilte Sicht auf die Welt allein reicht nicht zur Mobilisierung der Unterstützung. Beispielsweise geht die mobilisierende Funktion von sozialen Netzwerken nicht zuletzt auf affektive Loyalität ihrer Mitglieder untereinander zurück (vgl. ebd.). Auch „nach außen“ fordern Aktivistinnen und Aktivisten eine radikale emotionale Neuinterpretation, sie wollen einen „moralischen Schock“ auslösen und die Öffentlichkeit dadurch von der alltäglichen

Gleichgültigkeit, Zynismus oder Resignation abbringen (vgl. Flam/King 2005, S. 12). Für die Forschungslogik folgt daraus, dass emotionale und kognitive Aspekte der Sinn- und Identitätskonstruktion in Bewegungsnetzwerken im Zusammenspiel und mithilfe derselben Konzepte untersucht werden können (vgl. Goodwin et al. 2004). Dazu eignet sich u.a. der *Framing-Ansatz*. Unter *Framing* werden bestimmte Aktivitäten von Bewegungsakteuren verstanden: „*They frame, or assign meaning to and interpret, relevant events and conditions in ways that are intended to mobilize potential adherents and constituents, to garner bystander support, and to demobilize antagonists*“ (Snow/Benford 1988, S. 198). Dabei bezieht jeder kognitive *Frame* emotionale Aspekte mit ein (vgl. Flam 2005, S. 25).

Gesellschaftliche Räume bilden, so die hier zugrunde liegende Annahme, einen geeigneten Fokus zur Untersuchung von Prozessen kollektiver Identität in der linken Szene, der genauso wie Emotionalität mit der Körperlichkeit von Szeneakteuren zu tun hat. Die Räume werden hierbei nach Martina Löw (2001) als relationale Anordnungen von Menschen, anderen Lebewesen und Gütern interpretiert. Sie werden produziert, indem Akteure sich selbst und andere Elemente an Orten positionieren (*Spacing*) und sie zu einem jeweiligen Ganzen zusammenfassen (Synthese). Das bedeutet, auch Menschen in ihrer Körperlichkeit sind in räumliche Anordnungen einbezogen. In einer Szene werden nicht nur Gemeinsamkeiten an typischen Orten und zu typischen Zeiten interaktiv stabilisiert und weiterentwickelt, wie von Ronald Hitzler et al. (2001) festgestellt, sondern auch Räume auf bestimmte Art und Weise produziert. Ihre einzelnen Elemente und ihre Zusammenhänge werden dabei unter anderem mit solchen Bedeutungen beladen, die die Wir-Gruppe, ihr Handeln und Kontextelemente betreffen. Diese diskursiv zugeschriebenen Bedeutungen werden allerdings erst in mit ihnen verbundenen Praktiken wirksam (vgl. Bourdieu 1979). Das heißt, Räume werden in die symbolischen Identitätsprozesse einbezogen. Der relationale Charakter der Szeneräume geht nicht nur auf das gleichzeitige Nebeneinander von physikalischen Elementen, sondern auch auf die relationalen Vorstellungen kollektiver Identität der linken Szene zurück. Zugleich kann die Symbolik sich in den räumlichen Anordnungen, so die These, unmittelbar an die Körper der Teilnehmerinnen und Teilnehmer richten und entwickelt dadurch eine besondere, emotional vermittelte Wirksamkeit.

Feldforschung

Lebensweltliche Ethnografie

Das analytische Potenzial des Szenekonzepts wird erst ausgereizt, wenn die für diese Vergemeinschaftungsform typischen Mechanismen der Identitätsproduktion im Alltag gezielt untersucht werden. Im Hinblick auf die Räume sollte also nicht nur ihre symbolische, sondern auch materielle und praktisch-institutionelle Dimension (vgl. Läßle 1991) beachtet werden. Ausgehend von diesen Überlegungen orientierte sich die Feldforschung am Konzept der *lebensweltlichen Ethnografie* (vgl. Honer 1993). Als Ethnografie verknüpft es praktische Teilnehmerinnen- und Teilnehmer-Erfahrungen mit feldrelevanten Daten aller Art. Es wird versucht, „die Welt gleichsam durch die Augen eines idealen Typs (irgend-)einer Normalität hindurchsehend zu rekonstruieren“ (Honer 1993, S. 41). Als konkreter Fall einer solchen relativen Normalität kann auch eine Szene betrachtet werden (vgl. Pfadenhauer 2005). Ein Vorteil der Beobachtung als zentraler Methode liegt entsprechend meinem Forschungsinteresse darin, sich den Prozessen kollektiver Identität in ihrer Komplexität zu nähern.

Die lebensweltliche Ethnografie muss damit umgehen, dass das subjektive Wissen der Akteure dem Forscher nicht „wirklich“ direkt zugänglich ist (vgl. Honer 1993, S. 40). Um dies zu kompensieren, wird besonderer Wert darauf gelegt, sich mit der entsprechenden Welt hochgradig vertraut zu machen. Die grundlegende Methode der lebensweltlichen Ethnografie ist eine *beobachtende Teilnahme*: sich in möglichst Vieles involvieren, das jeweils in verschiedenen Rollen Übliche mittun und dabei die Anderen, aber auch sich selbst (beim Teilnehmen sowie beim Beobachten) beobachten. So sollen Praktiken erschlossen und Beobachtungssowie Erfahrungsdaten gesammelt werden (vgl. Honer 1993; Hitzler 1999). Mein persönliches Engagement entsprach dabei dem zentralen Modus der Integration von Szeneangehörigen – „Mitmachen“, „Aufgaben übernehmen“, „Sich Einmischen“. Als Variante der teilnehmenden Beobachtung ging die Studie über die Pragmatik einer „normalen“ Teilnahme hinaus, indem sie das Interesse am kulturellen Kontext und die immer wieder herzustellende reflexive Distanz, z.B. durch Verwendung theoretischer Konzepte, pflegte (vgl. Honer 1993). Die beobachtende Teilnahme wurde in der Studie durch Interviews und Analyse von Bewegungstexten ergänzt.

Den langfristigen Fokus der beobachtenden Teilnahme bildete das Kollektiv einer Linken-Szene-Kneipe – der ich zwecks Anonymisierung den fiktiven Namen „Stube“ gebe – vor dem Hintergrund eines Konflikts zwischen dem Eigentümer des Hauses, in dem sich das genannte Kulturprojekt befand, auf der einen und dem Haus-, d.h. Wohn- und Kulturprojekt auf der anderen Seite. Diese Fokussierung entsprach dem theoretischen Interesse an öffentlichen Treffpunkten der Szene als einer auf intensive Kommunikation ausgerichteten Vergemeinschaftungsform. Die Mitarbeit im Kollektiv ermöglichte es, sowohl die Prozesse innerhalb des Kollektivs als auch das abendliche Geschehen in der Kneipe sowie den genannten Konflikt zu beobachten. Er nahm mit Räumungen und (Wieder-)Besetzungen im Rahmen einer Gegenmobilisierung mitunter dramatische Züge an und bot die Möglichkeit, mich den Prozessen der Raumkonstruktion auf verschiedenen Ebenen zu nähern. Die besondere Situation zwang die Akteure, diese Prozesse, die sonst meistens auf der Ebene des praktischen Bewusstseins ablaufen, eingehend zu reflektieren. Im vorliegenden Beitrag kann lediglich auf einen dieser Aspekte eingegangen werden – emotionale Identitätskonstruktion im Rahmen von Protesträumen.

Feldzugang

Bei jeder ethnografischen Studie ist wichtig zu reflektieren, über welche Eigenschaften ein „menschliches Forschungsinstrument“ (Amann/Hirschauer 1997, S. 25) verfügt, welches kulturelle und soziale Kapital er oder sie beim Aufbau von Beziehungen im Feld einsetzen kann. Mein Alter, Geschlecht und meine Herkunft charakterisierten mich – überspitzt formuliert – im positiven Sinne als Gegensatz zum Stereotypen eines älteren, deutschen, männlichen Professors und wirkten sich günstig auf den Feldzugang aus: Mit Mitte Zwanzig gehörte ich zu einer weitverbreiteten Altersgruppe der Szeneangehörigen und zudem zu einer, bei der gelegentliches inkompetentes Auftreten akzeptabel ist. Obwohl die linksradikale Szene kein rein jugendkulturelles Phänomen ist, findet eine Integration nach meinen Erkenntnissen meistens als Teenager und junge Erwachsene statt. Mein Alter ermöglichte es deshalb, mich in anonymen Situationen unauffällig zu bewegen, in denen von vergleichsweise älteren Personen persönliche Bekanntschaften und/oder Kompetenz erwartet

wurden. Die Rolle der Geschlechtszuschreibungen war in erster Linie für den Zugang zum Kneipenkollektiv relevant, der ein Schwerpunkt der Beobachtung bildete, da ich als Frau das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen verringern konnte. Meine ausländische Herkunft wirkte sich sowohl direkt als auch indirekt günstig auf den Aufbau der Kontakte aus. Erstens ist die tatsächliche Dominanz der „weißen Bio-Deutschen“ ein typischer Punkt der Selbstkritik in der linken Szene (vgl. Weiß 1999). Zweitens wäre die Ablehnung einer Ausländerin vor diesem Hintergrund diskreditierbar und hätte die Selbstidentifikation der entsprechenden Akteure als Linke gefährdet.

Neben diesen Eigenschaften spielten meine spezifischen Kompetenzen und Kontakte eine Rolle. So konnte ich mich aufgrund meines antifaschistischen Engagements in Russland mit dortigen rechtsradikalen Phänomenen aus und konnte dieses Wissen im Feld demonstrieren, insbesondere als ich beim Aufbauen der Kontakte zu dem mich interessierenden Kollektiv einen öffentlichen Vortrag hielt. Außerdem konnte ich auf einige Bekanntschaften beim Vermitteln von Kontakten (z.B. zu Interviewpartnerinnen und -partnern) zurückgreifen.

Die eigene Kapitalstruktur beeinflusste auch das reflektierende Erlernen der jeweiligen Alltagskultur, z.B. Anpassen an den „herrschenden Geschmack“ durch das Tragen bestimmter Kleidung und Rauchen von Zigaretten einer „richtigen“ Marke. Dieser wichtige Aspekt des Forschungsprozesses der lebensweltlichen Ethnografie ist keine passive Nachahmung bzw. Spiegelung, denn der Forscher ist weder ein „Mann ohne Eigenschaften“ (Amann/Hirschauer 1997, S. 25) noch *Tabula rasa*. In Bezug auf das Szenekonzept kann vom Aneignen geteilter Handlungsmodi als Integrationsleistung gesprochen werden.

Ethnografinnen und Ethnografen, auch soziologische, werden im Feld im Allgemeinen nicht mit offenen Armen empfangen. Das gilt besonders für die linksradikale Szene (vgl. Eckert et al. 2000, S. 31 f. zu den Autonomen; vgl. Hitzler et al. 2001, S. 150 zur Antifa-Szene). In Bezug auf die Prozesse kollektiver Identität und speziell den Aspekt der Solidarität kann dies durch die Dominanz des persönlichen Vertrauensmodus erklärt werden. Ein weiterer Grund ist das explizite Misstrauen gegenüber (aus-)forschenden Fremden, das für viele Bewegungsgruppen charakteristisch ist (vgl. Lichterman 2001, S. 125). In erster Linie zielt dieses Misstrauen auf die observierende Tätigkeit von Geheimdiensten, von denen verschiedenen Quellen zufolge

„Spitzel“ bzw. „V-Leute“ in linken Initiativen und Gruppen eingesetzt werden.¹

Die Sozialwissenschaften werden auch zum direkten Gegenstand der Ablehnung, z.B. wenn ihnen eine „Psychologisierung“ politischer Phänomene, wie rassistische Gewalt, vorgeworfen wird. Diese Ablehnung ist zum Teil auf die Konkurrenz von Deutungssystemen zurückzuführen: Linksradikale Akteure erheben Anspruch auf ein gültiges Erklärungsparadigma der Gesellschaft, das zugleich eine Grundlage für kollektive wie individuelle soziale Identitäten liefert. Die am Studieren der radikalen Linken interessierten Soziologinnen und Soziologen treten in diesem Sinne nicht nur als eine Deutungskonkurrenz auf, sondern bedrohen auch die diskursive Selbstbestimmung. Vor dem Hintergrund einer weitgehend „gewaltfixierten“ Forschungsliteratur sind Ängste vor einer einseitigen Repräsentation nicht unbegründet.² Meine relativ eng fokussierte Forschungsfrage nach der Rolle der gesellschaftlichen Räume in der Identitätskonstruktion und offene Herangehensweise hatten dagegen zur Akzeptanz meiner Studie beigetragen.

Die Problematik der unterstellten potenziellen Illoyalität der Forscherin bzw. des Forschers (vgl. Amann/Hirschauer 1997, S. 26) hat bei der linksradikalen Szene eine besondere Relevanz. Dies erforderte einen sensiblen Umgang mit dem offenen versus dem verdeckten Modus der Beobachtung. Neben den im Vordergrund stehenden ethischen hatte dies auch forschungspragmatische Gründe, denn verdeckte Beobachtung in einer Gruppe hätte, wenn entdeckt, das ganze Projekt gefährden können und Ergebnisse wären auch nicht publikationsfähig gewesen. Bei der Teilnahme an explizit öffentlichen Situationen, wie Demonstrationen oder Informationsveranstaltungen, habe ich meine Forscherinnenrolle nicht exponiert. Bei der beobachtenden Teilnahme an der Arbeit eines Kulturprojekts habe ich jedoch meine Absichten als Forscherin von Anfang an klar dargestellt. Der Beobachtungszeitraum in diesem Kollektiv (vgl. oben) dauerte von Anfang 2002 bis Ende 2003, die Beobachtung

1 Als ein Beispiel kann die jahrelange Bespitzelung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Berliner Sozialforums genannt werden (vgl. Berg 2006. In: Der Spiegel 24/2006; Hutter 2007. In: Jungle World vom 24.01.2007). Als direkt diskreditierend für Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ist die Praxis des Verfassungsschutzes Berlin anzusehen, für die Bespitzelung linker Strukturen Studenten über eine Tarnfirma anzuwerben, und zwar unter der Vorgabe, es handle sich um Erhebungen für ein Forschungsprojekt (vgl. Czesche 2003. In: Der Spiegel 30/2003).

2 Vgl. als Beispiele Pfahl-Traugher 1998; Mletzko 2001.

in anderen Situationen, wie bei Demonstrationen fand zwischen 2000 und 2003 und in der zweiten Phase zwischen 2006 und 2008 statt; die Interviews wurden von 2000 bis 2005 durchgeführt. Meine Teilnahme am Szeneleben ging insgesamt weit genug, um Bereiche zu erkennen, zu denen ich nicht ohne Weiteres Zugang für die Teilnahme finden konnte und auch nicht wollte, wie z.B. zu militanten Aktionen.

Dieser Prozess verlief nicht reibungslos, kein Ethnograf und keine Ethnografin ist ein „wandelndes Wunder an Einfühlungsvermögen, Takt, Geduld und Kosmopolitismus“ (Geertz 1983, S. 298). Dennoch sollen auch Fehlschläge beim Feldzugang und misslungene Verstehensversuche diagnostisch genutzt werden (vgl. Amann/Hirschauer 1997, S. 19 f.). So habe ich nach einigen anfänglichen Schwierigkeiten gelernt, welche übertragende Rolle das persönliche Vertrauen in den sozialen Netzwerken der Szene spielt, und dass Vertrauen in Form einer konkreten Empfehlung begrenzt delegierbar ist – und auch, dass solche Empfehlungen vor allem in nicht-formalisierten Situationen wirksam sind, die mit einem niedrigen Diskreditierungspotenzial für „Türöffner“ einhergehen (persönliche Gespräche, Partys/Kneipenabende u.Ä., im Unterschied z.B. zu Gruppentreffen). Insgesamt haben sich beide für den Aufbau des Vertrauens unter Angehörigen der linken Szene typischen Mechanismen – gemeinsames Engagement und persönliche Empfehlungen – auch für die Forschung als wirksam erwiesen.

Demonstrationen

Protestereignisse wie Demonstrationen eignen sich besonders gut für die Untersuchung kognitiver und emotionaler Aspekte kollektiver Identität im Zusammenhang. Erstens bilden sie einen Fokus des emotionalen *Framings* seitens Bewegungen und anderer Akteure der Öffentlichkeit. Zweitens können kognitive und moralische Vorstellungen in ihren Rahmen körperlich erlebt werden. Die Teilnahme an demonstrativen Aktionen zeichnet sich durch ihren körperlichen Charakter aus. Das gemeinsame Handeln ist nicht auf verbale Äußerungen beschränkt, sondern die Darstellung besteht unter anderem in der Anwesenheit und der Expressivität der Menschenmenge als solche (vgl. Warneken 1991, S. 97). Beim Demonstrieren wird der Körper als politisches Ausdrucksmittel gebraucht (vgl. ders. 1986, S. 65). Angesichts der Körperlichkeit und der

Materialität von Straßenprotesten bietet es sich an, auf die emotionalen und die räumlichen Aspekte der Demonstrationen einzugehen.

Die Routinen konflikthafter Politik haben einen räumlichen Charakter (vgl. Sewell 2001, S. 63 f.), dieser wurde jedoch kaum systematisch untersucht, auch wenn bewegungssoziologische Publikationen oft Orte oder räumliche Kontexte einzelner Protestepisoden erwähnen. In den letzten Jahren gibt es verstärkt Bemühungen, Mobilisierungen auch auf ihre räumlichen Aspekte hin zu reflektieren (vgl. Tilly 2000; Ayuero 2008). In diesem Sinne gehe ich davon aus, dass Identitätskonstruktion in kollektiven Aktionen besser verstanden wird, wenn die Räume nicht als physikalische und symbolische Kontexte, sondern als prozesshafte und interaktiv konstituierte Elemente dieser betrachtet werden. Mit anderen Worten, kollektives Handeln wird räumlich wirksam; zugleich wird kollektive Identität unter anderem über Konstitution von Protesträumen erschaffen.

Bei den Demonstrationen, die zum etablierten Repertoire kollektiven Handelns verschiedener Bewegungen und speziell „linker Szenen“ in der Bundesrepublik gehören, werden episodische politische Räume an wechselnden Orten konstituiert. Die einzelnen Aktionen haben zwar einen temporären Charakter, sie weisen dennoch relativ stabile räumliche Muster auf, von denen die gemeinsame Fortbewegung einer Menschenmenge das Zentrale ist. Darüber hinaus schließt die Beteiligung an der Demonstration eine Vielfalt der raumwirksamen Aktivitäten mit ein, die gleichzeitig sowohl auf die Herstellung der Wir-Einheit, als auch die Gestaltung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Teile dieses Kollektivs gerichtet sind – auf ihre soziale Identität als Linksradikale, als Antifaschistinnen und Antifaschisten usw. Meine empirischen Darstellungen beziehen sich auf die demonstrativen Aktionen, die in den letzten zehn Jahren von Gruppen und Angehörigen der Berliner linksradikalen Szene geprägt wurden (Diese weisen dabei offensichtlich aber auch solche Eigenschaften auf, die von anderen Bewegungskulturen geprägt wurden).

Zwecks besserer Übersichtlichkeit werde ich bei der Analyse zwischen zwei Ebenen der räumlichen Anordnungen unterscheiden: zwischen den situativen Interaktionsräumen und den in ihnen rekursiv aufgerufenen symbolischen Räumen, die die Reichweite kollektiver Aktionen überschreiten. Den interaktiven Anordnungen von Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmern werden von ihnen und

von anderen Akteuren wie Journalistinnen und Journalisten³ bestimmte identitätsrelevante Bedeutungen zugeteilt. Zugleich greifen Akteure bei der kommunikativen Sinnproduktion auf Bedeutungen zurück, die konkreten Orten und Objekten unter anderen Umständen zugeschrieben wurden.

Die situativen Anordnungen werden durch die relationale Positionierung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern untereinander und gegenüber anderen Akteuren, speziell der Polizei und dem Publikum auf der Straße, konstituiert. Die Fähigkeit, eine „gute“ Demonstration zu machen, wird von Szeneakteurinnen und Szeneakteuren als Ausdruck der Kraft und der Handlungsfähigkeit der radikalen Linken betrachtet und einer „langweiligen Latschdemo“ entgegengesetzt. Eine solche Demonstration erfordert unter anderem eine bestimmte räumliche (An-)Ordnung. Diese Anordnungen verweisen darauf, dass sich die politische Linke nicht durchgehend auf die Idee der offenen Räumen orientiert, beispielsweise auf die Öffnung nationaler Grenzen für Flüchtlinge, sondern auch auf die geschlossenen Räume (vgl. Massey 2005, S. 165 f.). Beim bekanntesten Modell eher „geschlossener“ *Blöcke-Demonstrationen* (und Bildung eines „linksradikalen“ Blocks bei Bündnisveranstaltungen als ihre Variante) wird das deutlich. Ihre normative räumliche Ordnung richtet sich im Wesentlichen auf die Herstellung einer sich von der Umgebung absetzenden räumlichen Einheit und hiermit einer körperlich zu erlebenden Wir-Gemeinschaft, die von Zusammenhalt und Stärke geprägt wird. Das Erlebnis eigener Stärke und Einheit kann als ein Attraktivitätsmoment linksradikaler Szenen eingeschätzt werden.

Ein wichtiges Mittel dazu ist die dichte Aufstellung mit Bildung von Reihen oder Ketten. Dadurch wird eine Synchronisierung der Bewegungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglicht. Sie geht auf unmittelbare und wechselseitige Wirkung Einzelner zurück, ohne sie minutiös aufeinander abzustimmen und unterscheidet sich in diesem Sinne radikal von Foucaults Disziplinarmacht (vgl. Foucault 1977). Ihr interaktiver Charakter wird beim Rennen besonders deutlich: Es wird typischerweise von der ersten Reihe initiiert, indem diese stehen bleibt und rückwärts zählend auf der Stelle springt, um dann einen Sprint

3 Vgl. exemplarisch Sabrina Herrmann (2008, S. 104 f.) zu Schlüsselbildern der TV-Berichterstattung zu den Protesten gegen G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, in der der „Schwarze Block“ den tanzenden „bunten“ Demonstranten entgegengesetzt wurde.

hinzulegen; die folgenden Reihen können in der Regel gar nicht anders als zu folgen. Beim Laufen mit einem Transparent oder in einer Menschenkette bremsen Nachbarinnen und Nachbarn einander aus oder ziehen mit. Die dadurch entstehenden „Ungereimtheiten“ werden typischerweise durch das Lachen aufgelöst, was sicherlich zum stimmungshebenden Effekt des „Sprintens“ beiträgt. Die räumliche Ordnung der laufenden Menschenketten ist nicht monolithisch, sondern beweglich, und wird häufig von Beteiligten in Bezug auf den Spaß und die Selbstbestimmung interpretiert. Ein Beispiel aus dem Beobachtungstagebuch meiner Feldforschung (hier und unten Namen beim Zitieren geändert), aus der Nachbesprechung einer Demonstration im Kollektiv der „Stube“:

Jan: „Erste Reihe war echt der Hammer – wie viel mal sind wir gelaufen? Und zwar ganz schön gute Strecken“ (alle lachen) (?): „Sportsfreunde“ (lachen) Ulli: „Soll bestimmt Eindruck gemacht haben, so ein Mob, der Unter den Linden läuft!“

Dieser Ordnung wird in der Situation selbst und darüber hinaus, beispielsweise in Auswertungen konkreter Demonstrationen oder in allgemeinen Texten, relationale Bedeutung zugeschrieben – die Widerstandsfähigkeit von „Uns Linken“ gegenüber den Eingriffen von „Denen“ (Polizistinnen und Polizisten). So wird in einer in der Szene bekannten Broschüre („Was tun wenn's brennt“) Kettenbildung als Mittel der Selbstbestimmung dargestellt, um sich nicht zerstreuen zu lassen:

„Bei Übergriffen: Nicht in Panik geraten. Tief Luft holen, stehen bleiben und auch andere dazu auffordern. Spätestens jetzt heißt es, schnell Ketten zu bilden und wenn's gar nicht anders geht, sich langsam und geschlossen zurückzuziehen“ (Rote Hilfe 2006, S. 5 f.).

Bei Eingriffen der Polizei in den Demonstrationszug (z.B. bei Fest- bzw. Ingewahrsamnahmen) werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer oft vom Lautsprecherwagen aus aufgefordert, Ketten zu bilden und aufeinander aufzupassen. Die Kettenbildung wird – nicht immer erfolgreich – auch als „horizontales“ Steuerungsmittel versucht. Aus dem Beobachtungsprotokoll:

„Eine Polizeikette rückt an die lose Menge, in der ich stehe, im Laufschrift an. Viele Menschen rennen weg. Eine Gruppe von sieben-acht Personen, alle über Dreißig, gemischt Frauen und Männer, bildet eine Kette und ruft laut ‚Nicht rennen! Nicht rennen!‘. Dies zeigt begrenzt Wirkung – manche bleiben stehen, es werden aber keine weiteren Ketten gebildet“.

Die identitäre Opposition zwischen „Linken“ und „Polizei“ verstärkt die affektive Loyalität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander und wirkt sich somit positiv auf weitere Mobilisierungen aus. Weiter unten wird die Konstruktion der symbolisch-räumlichen Opposition am Beispiel von Protesten gegen eine Hausräumung detailliert aufgezeigt.

Nicht nur die relationale Anordnung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sondern auch andere, nicht genuin räumliche Elemente einer Demonstration sind symbolisch wirksam und dienen der Konstruktion kollektiver Identität: Transparente, akustische Elemente, wie Sprechchöre und Musik, Kleidung (zur Kleidung vgl. Denk/Spille 2009). Exemplarisch soll an dieser Stelle die räumliche Wirksamkeit von Transparenten gezeigt werden: Besonders die Spitze der Demonstration wird von „Transpi“ zu einem Block geformt. Das mehrere Meter lange „Fronttranspi“ ist üblicherweise – seit den 1990er Jahren – aufwendig gestaltet, farbenfroh und mit einem Bild verziert. Die Seitentransparente werden im ersten Block dicht aneinander getragen, sodass der Eindruck von geschlossenen Fronten entsteht. Hiermit dienen sie nicht nur der Kommunikation nach außen und der Politisierung des Geschehens, sondern auch der deutlichen Definition von „Innen“ in Bezug auf „Außen“ und hiermit der Herstellung eines scharf abgegrenzten Gruppen-Wir. Die durchgehende Grenze der „Transpi“ wird auch als Schutz gegenüber möglichen Beobachtungen und Eingriffen der Polizeieinheiten (wie das Rausgreifen einzelner Teilnehmerinnen und Teilnehmer) interpretiert:

„Transpi (auch Transparent): ca. 3 bis 6 m langes Stück Stoff, bemalt mit politischen Forderungen, Parolen oder Rüttelreimen. Oft auch praktisch, um die eigene Gruppe wiederzufinden, als Sichtschutz und um zu verhindern, dass Bullen frech durch die Demo laufen“ (RedaktionsGruppe 2007, S. 47).

In der Orientierung auf selbstständiges, horizontal organisiertes Handeln ist ein weiteres Attraktivitätsmoment der Szenedemonstrationen für junge Menschen zu sehen, das auf vielen Ebenen zum Ausdruck kommt (vgl. oben zu den Ketten). So ist auch die Gestaltung der Sprechchöre den Teilnehmerinnen und Teilnehmern überlassen. Was und wie lange gerufen wird, wird ausgehandelt: Menschen schließen sich den von Anderen initiierten Sprüchen an oder nicht, oder sie rufen einen anderen Spruch, womöglich explizit als Antwort und können selbst die in ihrer Umgebung laufenden Menschen mitreißen. Das Ansagen von Sprüchen mit einem Megafon durch einen vorne laufenden „Anführer“ wird als Merkmal von

„dogmatischen“ Jugendorganisationen ironisch abgelehnt. Stattdessen ist es, wie viele andere Elemente des Geschehens der Demonstration, eine Sache des Aushandelns, was im Sinne der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung gedeutet wird.⁴ Die erlebte „Power“ einer konkreten Demonstration wird von den Szeneangehörigen daran gemessen, wie aktiv die Demonstrantinnen und Demonstranten sie mitgestaltet haben, was unter anderem im Gegensatz zu langen Redebeiträgen oder Musiksequenzen aus dem Lautsprecherwagen definiert wird. Zum Prototyp eines Linksradiakalen gehört das aktive Sich-Einbringen ins Geschehen, wie das Rufen von Sprechchören oder Mittragen eines „Transpis“, aber auch die Verantwortung für den Ablauf der Demonstration, die nicht restlos an die Leitung abgegeben werden soll. Zum Beispiel rief eine Gruppe auf der Demonstration für das Wohn- und Kulturprojekt „Köpi“ im Frühjahr 2007, nachdem der Zug eine längere Zeit schweigsam gelaufen war, eine kreative Abwandlung des altbekannten Spruchs „Bürger, lasst das Glotzen sein [...]“: „Leute, lasst es Demo sein – werft doch ein paar Sprüche ein!“ Der Duktus der Eigenverantwortung setzt Handlungskompetenzen voraus, die im Laufe der Aktionen selbst oder bei den organisierten Aktionstrainings entwickelt werden sollen.

In den letzten Jahren verbreiteten sich weitere Protestinszenierungen wie die an Techno-Kultur angelehnte *Parade* mit Trucks und elektronischer Tanzmusik, die mit der geschlossenen räumlichen Logik des einheitlichen „Wir“ bricht. Eine wichtige Vorlage bildete die in Berlin seit 1997 fast jährlich stattfindende *Fuckparade* (ehemals *Hateparade*). Sie wird von den Akteuren der Techno-Szene organisiert, die sich als nichtkommerziell und subkulturell identifizieren und gegen die Verdrängung der „Freiräume“ aus der Mitte der Stadt, die Kommerzialisierung und den

4 Vor diesem Hintergrund kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen unter Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die sich bisweilen zu handgreiflichen offenen Konflikten entwickeln. Anlässe können das Mitführen von Nationalflaggen (meist entlang der Pro-Israel-/Pro-Palästina-Konfliktlinie) oder das Verhalten Einzelner sein. Ein Beispiel aus dem Interview mit Lisa:

Lisa: „So Allgemeinstress innerhalb der Demo, klar, das habe ich schon öfter erlebt. Es ist, dass irgendwie so ganz, ganz dumme Sprüche kommen und so.“

Tatiana: „Was meinst du mit dummen Sprüchen?“

Lisa: „Na ja, wenn zum Beispiel wenn jemand brüllt, ‚Eure Eltern sind Geschwister!‘ Es ist ein verdammt unreflektierter Nazispruch, so. Und der hat auf unserer Demo *überhaupt nix* verloren! Oder so Sachen, ‚Ihr Bullen, geht ins Asylantenheim!‘ Also das ist *Hallo!*“

Tatiana: „Und was macht ihr da, wenn so was kommt, von Leuten?“

Lisa: „Na also ich, ich gehe eigentlich ziemlich darauf ab, ich stresse sie an, ob sie da irgendwie ‘nen Plan haben, was sie da gerade gesagt haben.“

„Hauptstadtwhn“ protestieren. Spätestens die „Nachtanzdemo“ zum traditionellen linksradikalen Anlass der Proteste gegen den Tag der Deutschen Einheit am 03.10.2008 zeugt von der Verankerung dieser Demonstrationsform bei der radikalen Linken. Auch darüber hinaus lässt sich eine Suche nach einem offeneren und flexiblen Raum der Demonstrationen feststellen, was eine inklusive statt einer exklusiven Wir-Einheit ausdrücken soll und z.B. *Floating Block* oder *Out-of-Control-Konzept* hervorbrachte. Das Letztere wurde als Reaktion auf den verstärkten Einsatz der polizeilichen Wanderkessel-Strategie vorgeschlagen, die die räumliche Einheit einer Demonstration zu einem aufgezwungenen Modell werden ließ und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch ein massives Seitenspalier vom Publikum ausschloss. Als ergänzende Alternative wird das Umlaufen des Kessels durch eine bewegliche, schwarmartige Menschenmenge vorgeschlagen (vgl. AK Out of Control 2007).⁵

Den interaktiven räumlichen Anordnungen werden von Szeneakteuren Bedeutungen zugeschrieben, die Ziele und Mittel kollektiven Handelns betreffen. Für alle Modelle, inklusive Blöcke-Demonstrationen, gilt dabei, dass sie nicht eins zu eins in der Praxis vorkommen. Es handelt sich vielmehr um *Frames*, auf die sowohl auf der diskursiven als auch auf der praktischen Ebene des Handelns zurückgegriffen wird. So ist die Kettenbildung nicht durchgehend verbreitet: Der erste Block läuft typischerweise in Ketten bzw. klar definierten Reihen, die von organisierenden Gruppen und deren Umfeld „gestellt“ werden (dadurch haben die Gruppen einen großen Einfluss auf den Ablauf der Demonstration: durch die Vorgabe des Tempos bzw. durch die Möglichkeit, mit lauten und koordinierten Sprechchören Stimmung zu machen). Die Großteile des Aufzugs wirken allerdings lockerer: Viele schieben ihre Fahrräder mit, laufen eher in Kleingruppen als in Reihen, wechseln ihre Position im Zug, gehen auf die Suche nach Bekannten oder stellen sich an den Straßenrand und lassen die Demonstration an sich vorbei ziehen. Das Bild ähnelt stark dem einer „karnevalesken“ Veranstaltung, deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch nicht durchgehend verkleidet sind oder sich tanzend fortbewegen.

5 Dieses unter anderem an die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm anknüpfende Konzept wurde vor der bundesweiten Antirepressions-Demonstration im Dezember 2007 in Hamburg vorgeschlagen. Dabei nahmen tatsächlich ein bis mehrere hundert Menschen an *Out of Control-Aktivitäten* teil, die Polizei hatte allerdings mehrfach und teilweise erfolgreich versucht, sie einzukesseln und in den Demonstrationzug einzugliedern.

Der Verlauf einer Demonstration hängt auch vom Handeln weiterer Akteure ab, beispielsweise von staatlicher Repression. So wurde das Laufen und Sprinten in den letzten Jahren, zunächst in Hamburg, später auch in anderen Städten wie Berlin, regelmäßig zum Gegenstand behördlicher und gerichtlich bestätigter Auflagen gegenüber linken Demonstrationen. In solchen Auflagen sollen Demonstrationen auf die Funktion der Meinungskundgabe reduziert werden. Damit geht der Trend zur „Entkörperlichung“ der Proteste mittels ihrer Regulierung einher. Der appellative Charakter von Straßenprotesten wird dadurch betont, die Eskalation appellativer in direkte Aktion (in der Terminologie von Balistier 1996, S. 41 ff.) soll erschwert werden. Gerade die normativ auf direkte Aktion orientierte Protestkultur der linksradikalen Szene ist davon betroffen. Auf der anderen Seite beziehen Auseinandersetzungen mit der Polizei um Auflagen (z.B. um Seitentransparente, deren Länge per Auflage, oft auf 1,5 Meter, beschränkt wird)⁶ Protesträume in Prozesse kollektiver Identität mit ein.

Die zweite Ebene von Protesträumen, die kollektive Nutzung der Bedeutungen konkreter Orte und Objekte, an denen ein Protestzug vorbei geht, setzt eine aktive Bezugnahme seitens der Szeneakteure voraus.⁷ Im Fall der „linken Szene“ ist hier eine klare Dichotomie auffällig: Die relevanten Orte werden entweder als feindliche oder als eigene definiert. Eine appellierende Nutzung von Sitzen der Staatsorgane kommt so gut wie nicht vor. Das Repertoire der mit Antagonisten assoziierten Orte ist übersichtlich: rechtsradikale Zentren, Repräsentationsorte der Exekutive, Vorzeigeorte der kapitalistischen Gestaltung der Stadt. Solche „feindlichen“ Objekte eignen sich gut dazu, die Veranstaltung zu fokussieren, indem sie als eigentliche Zielscheiben des Protests und zugleich als

6 Solche Auflagen werden auch gegen Demonstrationen verhängt, bei denen nur mit einer massiven Beteiligung Linksradikaler gerechnet wird. So hieß es in der Begründung der Auflagen zur Demonstration „Freiheit statt Angst! – Stoppt den Überwachungswahn!“ am 11.10.2008: „Das seitliche Führen von Transparenten und Plakaten mit einer Länge von über 250 cm wird aus Gründen der Gefahrenabwehr untersagt. [...] Des Weiteren bieten längere Transparente die Möglichkeit, Straftäter zu tarnen bzw. durch ein sogenanntes ‚Verseilen‘ der Transparente ein Eindringen von Polizeibeamten in den Aufzug unmöglich zu machen, so dass der polizeiliche Zugriff auf Straftäter verhindert wird.“ („Ablauf der Demo ‚Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!‘ 2008 und das Berliner Versammlungs- und Polizeirecht“, Online unter: www.jotzo.org/?p=609, abgerufen am 08.03.2009).

7 Es ist auch jenseits der „linken Szene“ typisch, dass Demonstrationen und Kundgebungen an Orten mit klaren politischen Bedeutungen veranstaltet werden (vgl. Sewell 2001, S. 64). Die von etablierten politischen Institutionen konstituierten Bedeutungen der Orte können auch transformiert und neu erschaffen werden (vgl. Tilly 2000, S. 138f.).

Symbol der definierten Probleme behandelt werden. Werden „fremde“ Orte in eigene Protesträume einbezogen, bedeutet dies die Ausübung der Definitionsmacht. Dies kann sowohl durch Zwischenkundgebungen, Redebeiträge oder über symbolische Angriffe am Rande, wie Flaschenwürfe oder Anzünden pyrotechnischer Munition u.Ä. passieren. Durch solche direkten Aktionen bietet sich für die Einzelnen eine subjektive Möglichkeit, z.B. „Staatsmacht“ anzugreifen. Die Antagonismen zwischen „Uns“ und „Denen“ werden so im Rahmen der räumlichen Anordnungen körperlich erfahrbar. Diese Bezugnahme ist selektiv: Die Demonstrationen gehen nicht durchgehend an bedeutungsvollen Orten vorbei und umfassen nur jeweils einige wenige davon. Statt von „symbolischen Landschaften“ kann deswegen von verinselten symbolischen Räumen „linker Szene“ die Rede sein.

Gerade ein Zusammenwirken von interaktiven Anordnungen und symbolischen Räumen ist für Protestereignisse prägend. Um die Rolle von Räumen in Identitätsprozessen besser zu verstehen, ist es hilfreich, zwischen ihren symbolischen, materiellen und praktisch-institutionellen Aspekten zu unterscheiden (vgl. Läßle 1991). Die Akteure integrieren nicht nur materielle Raumelemente in Protesträume, sondern arbeiten mit deren Bedeutungen. Diese Bedeutungen werden körperlich und folglich emotional erlebt, indem sie mit den eigenen räumlichen Anordnungen einer Demonstration, mit ihren materiellen und praktischen Elementen, verknüpft werden. Auf diese Art und Weise können Elemente kollektiver Identitäten als Teil der Demonstrationspraxis intensiv erfahren und dadurch reproduziert werden. Das heißt, einzelne Raumelemente und ihre Anordnungen werden mit solchen Bedeutungen beladen, die die jeweilige Wir-Gruppe, ihr Handeln und Kontextelemente betreffen. In interaktiven räumlichen Anordnungen, so die These, kann die Symbolik sich unmittelbar an die Körper der Teilnehmerinnen und Teilnehmer richten und entwickelt dadurch eine besondere, über das Situative hinausgehende Wirksamkeit.

Die Intensität speist sich aus der Emotionalität der Teilnahme, die von der freudigen Aufregung und der ausgelassenen Feierstimmung bis zum Nervenkitzel und Adrenalinkick reicht. Zugleich sind die Protesträume Objekte des emotionalen *Framings*, das kognitive und emotionale Aspekte vereint. Das Zusammenfassen von Objekten und Menschen zu einem Protestraum ist in erster Linie eine symbolische Leistung, die unter Rückgriff auf Sinnstrukturen kollektiver Identität passiert. Sie wird unter

Bedingungen eigener, emotional eingefärbter und kollektiver körperlicher Involviertheit vollzogen und kann als emotional-körperliche Raumsynthese bezeichnet werden.

Proteste gegen Hausräumung

Die oben dargestellte zweite Ebene von Protesträumen, die kollektive Nutzung der Bedeutungen konkreter Orte, bezieht sich nur ausnahmsweise auf die mit der Polizei assoziierten Orte. Das ist einfach nicht nötig, weil Polizistinnen und Polizisten *in persona* anwesend sind und unmittelbar in Protesträume einbezogen werden. In Interaktionen zwischen Polizistinnen und Polizisten und Demonstrantinnen und Demonstranten entsteht ein binär kodierter Raum. Die Interaktion kann fokussiert sein, beispielsweise beim Herausgreifen von Personen aus einem Demonstrationszug oder beim Werfen von Flaschen auf Beamte. Auch können sie durch eine „bloße Anwesenheit“ geprägt sein, wobei schon das Auftreten der behelmten Polizistinnen und Polizisten oder das Formieren eines „schwarzen Blocks“ die Androhung des physischen Zwangs bedeutet und hiermit symbolisch wirksam ist (vgl. Paris 1991).

Am Beispiel der für meine Dissertation analysierten Proteste gegen eine Räumung lässt sich die emotional-körperliche Raumkonstitution bei einer Interaktion zwischen Protestierenden und Polizei explizieren. Die untersuchte Räumung fand im Kontext des oben erwähnten Konflikts zwischen dem Hausprojekt und dem Eigentümer der Immobilie statt. Er ging in die offene Phase, als ein einberufener „Runder Tisch“ im Abgeordnetenhaus von Berlin scheiterte. Die Situation spitzte sich weiter zu, nachdem das Landgericht Berlin die Klage abgewiesen hatte, mit der das Hausprojekt den Abschluss eines neuen Rahmenmietvertrags für das ganze Haus (anstatt einzelner Mietverträge) mit dem Eigentümer erstreiten wollte, um den Projektcharakter zu erhalten. Vor dem Amtsgericht gewann der Eigentümer gleichzeitig die Räumungsklagen für einen Teil der Räumlichkeiten. Als der konkrete Räumungstermin bekannt wurde, fing das Hausprojekt an, offensiver Unterstützung zu mobilisieren. Zu dem Plan gehörte, dass sich bei der Ankunft des Gerichtsvollziehers und der Polizei die anwesenden Menschen in Ketten zusammenschlossen vor den und zugleich in den Hauseingang stellen, und in ein langes Banner eingewickelt eine Art menschlichen „Korken“ bilden sollten.

Eine methodische Anmerkung: Bei der teilnehmenden Forschung wird der Körper zum Erkennen und zur Empathie „*getunt*“, indem man sich dem, was kommt, aussetzt und sich so verhält, als könnte man nicht gehen, auch wenn es de facto anders ist (vgl. Goffman 1989, S. 125). Am Morgen der Räumung ergaben sich für mich verschiedene Möglichkeiten, mit der Situation umzugehen; ich habe eine ausgesucht und mich den Blockierern – im Wissen um körperliche und rechtliche Risiken – angeschlossen. Damit war ein spezifisches Erkenntnisinteresse verbunden. Die Bereitschaft von Protestierenden, den eigenen Körper einzusetzen, indem man sich vor Beginn der Räumung vor gepanzerte Polizistinnen und Polizisten stellt, ist eine unmittelbare, mitunter körperliche Erfahrung. Ohne die Berücksichtigung solcher Erlebnisse greift die Analyse kollektiver Identität in der linksradikalen Szene zu kurz: Die diskursive Rahmung unmittelbarer Auseinandersetzungen, z.B. auf Plakaten oder in Flugblättern, bildet nur einen Teil der Sinnwelt der Szeneangehörigen. Die Konstruktion einer Gruppe verläuft unter anderem über geteilte körperliche Erfahrungen.

Anhand eines Zitats aus dem Beobachtungsprotokoll möchte ich auf die Perspektive der unmittelbaren Erfahrung eingehen:

„Wir stehen davor. Es sind vielleicht 100 Leute da, und noch welche in der Einfahrt, die Ketten werden gebildet. Über dem Eingang schläft ein Hippie in der Hängematte. Wir stehen ungefähr in der dritten Reihe. Gleich geht's los, ich bin aufgeregt. Jemand ruft plötzlich ‚Mehr Sozi! Mehr Rente! Weg mit der Polente!‘, andere stimmen ein. Dann sehe ich den Auslöser: Die Polizisten in Schutzkleidung, u.a. in Helmen und Handschuhen, rücken an und stellen sich auf. Es setzen Buhrufe und Pöffe ein, laute Sprechchöre: ‚Haut ab! Haut ab!‘ Dann flaut der Lärm ab, es passiert noch nichts. Nun steht direkt vor dem Haus eine kleinere Gruppe der Unterstützerinnen, zu der auch ich gehöre. Dann geht ein erneuter Sprechchor los: ‚Wir bleiben alle, wir bleiben alle!‘ Die Durchsage der Polizei startet und wird sofort mit einer Lärmwelle entgegnet. Ich verstehe nur ‚Richtung ...straße‘ und ‚in Gewahrsam genommen‘. Es wird leiser. Dann kommen Polizistinnen/Polizisten langsam näher. ‚Haut ab‘-Rufe gehen wieder los, immer schneller! Die Polizistinnen/Polizisten versuchen einzelne Leute rauszugreifen, schubsen und zerren (setzen dabei keine Schlagstöcke ein); wir versuchen, die Ketten zu halten und sich nicht verdrängen zu lassen; es klappt nicht. Ich kann nur sehen, was vor mir und unmittelbar um mich herum ist.“

Bei diesem Protestereignis lassen sich Räume auf zwei Ebenen differenzieren: Zuerst der vor der Räumung durch die Polizei bedrohte Raum des Hausprojekts, zu dessen Schutz die Beteiligten sich vor das Haus stellen.

Sich davor zu stellen ist in der „militärischen“ Logik der Verteidigung sinnlos, aber für die Konstitution der Identität und des Wir-Gefühls der Beteiligten dennoch relevant. Die eingegangenen Risiken erschaffen den Wert der Räume und konstituieren dadurch die Räume als bedeutungsvolle Einheiten (im Sinne eines Resultats des Handelns und nicht seiner Zweckorientierung). Dies geschieht unter anderem im Rahmen des Protestraums, der von Unterstützerinnen und Unterstützern aus der linken Szene und „befreundeter“ Szenen in Interaktion mit Polizistinnen und Polizisten als Kontrahenten produziert wird. Die Ketten sind ein Mittel, die Widerstandsfähigkeit eigener Reihen zu erhöhen, die Einzelnen bis zu einem bestimmten Maße vor einem Rauszerren zu schützen und zugleich ein Weg, die über die Situation hinaus gehende Solidarität herzustellen. Menschen bilden eine einheitliche Anordnung, indem sie buchstäblich und symbolisch zusammenhalten. Der Konflikt zwischen „Uns“ und „Dem Staat“ vollzieht sich hoch emotional und mit klar getrennten Fronten, sowohl auf der symbolischen als auch auf der interaktionalen Ebene. Der binäre Protestraum ist keine passive Abbildung der bestehenden ideologischen Gegensätze, sondern ihre Verkörperung und auf diese Weise ein eigenständiger Mechanismus der Identitätsproduktion.

Die Protestierenden werden bei der Konstitution der risikoreichen Protesträume nicht zu einem kollektiven Körper, die „Geschlossenheit *eines* sozialen Körpers“ (Kaschuba 1991, S. 74, Hervorhebung im Original) hat einen symbolischen Charakter. Dennoch ist die Körperlichkeit bei Protestereignissen kollektiv in dem Sinne, dass sie geteilt wird. Bei den Prozessen kollektiver Identität geht es um eine interaktive Definition der Gruppe, nicht nur auf der diskursiven Ebene der Vorstellungen von den Zielen und Mitteln des Handelns, sondern auch auf der Ebene der diskursiv gerahmten und zugleich leiblichen Erlebnisse. Die geteilte und verwirklichte Absicht, sich für eine Sache einzusetzen, indem man sich rechtlichen und körperlichen Risiken aussetzt, wird bei der Konstitution des Protestraums realisiert. Das „Wir“ befindet sich nicht im Raum, sondern wird in den räumlichen Auseinandersetzungen geschaffen.

Die bestehenden symbolischen Gegensätze prägen die Erfahrungen. In der linksradikalen Szene existieren keine ausgearbeiteten Diskurse, die dem neu rechten oder dem christlichen Kult des körperlichen Leidens als Selbstzerstörung bzw. Selbstaufopferung ähnlich wären. Die Bereitschaft, die eigene körperliche Unversehrtheit einzusetzen, wird vielmehr in der alltäglichen Kommunikation vermittelt, beziehungsweise vorausgesetzt.

Die Beobachtung zeigte, dass das emotionale *Framing* nicht nur in der Situation selbst, sondern auch im Nachhinein stattfindet, vor allem in persönlichen Gesprächen, im möglicherweise beiläufigen Erzählen von Erlebtem, seien es eigene Erlebnisse oder etwas, was den anderen passiert sein soll, kombiniert mit moralischen Bewertungen wie Abscheu gegenüber „boxenden Bullen“.

Nicht nur die Routine, sondern auch außerordentliche, hochemotionalisierte Ereignisse sind für die Raum- und Identitätskonstruktion wichtig. Kollektive Macht, ein Gruppen-Wir mittels Konstitution eines Konflikt-raums zu erschaffen, erfordert nicht, dass dieser Raum am konkreten Ort von Bestand ist. Auch episodische Räume, die Akteure unter dem Einsatz ihrer Körper aufbauen, können spezifische Identitätsgewinne bringen. Die gemeinsame Teilnahme an emotionalisierten risikoreichen Aktivitäten, unter anderem an solchen, die – wie im betrachteten Beispiel – mit möglichen körperlichen Schmerzerfahrungen verbunden sind, fördert Solidarität unter den Beteiligten. Das Gefühl, sich aufeinander verlassen zu können, wird als Vertrauen reflektiert und kann als Ressource des späteren kollektiven Handelns fungieren. Wie intensiv dieser Effekt ist, hängt von der Qualität bestehender Beziehungen ab: von der Verstärkung des „Sich vom Sehen Kennen“ (das eine Person davor bewahrt, als Fremdkörper angesehen zu werden) bis zur Intensivierung der Bindungen in einer „Bezugsgruppe“. Über konkrete Situationen hinausgehend, bringen ähnliche Erfahrungen eine bestimmte Konditionierung von Bewegungsakteuren (vgl. Crossley 1999, 2003; Golova 2011, S. 357 ff.). Die Solidarität kann als Wir-Verhältnis unter Angehörigen eines Bewegungsmilieus betrachtet werden, das nicht nur auf die diskursiv-kognitiven Definitionen des „Wir“ zurückgeht, sondern auf der Ebene des praktischen Bewusstseins funktioniert. Sie basiert auf einem impliziten Einverständnis zwischen den Akteuren, die das Produkt ähnlicher Bedingungen sind und entsprechende Handlungsdispositionen entwickelt haben (vgl. Bourdieu 2001, S. 186).

Fazit

Die Bedeutung der im Beitrag untersuchten Protesträume der linksradikalen Szene für die Prozesse kollektiver Identität lässt sich auf zwei Ebenen zusammenfassen: der räumlichen Anordnungen einerseits und deren

Konstitution andererseits. Auf der ersten Ebene werden Elemente der Sinnwelt und identitären Oppositionen – unter anderem die Gegenüberstellung von „Uns“ und „Der Polizei“ – nicht nur in solche räumliche Anordnungen symbolisch integriert und kognitiv wahrgenommen, sondern auch körperlich und emotionalisiert erlebt. Auf der zweiten Ebene stellt die Konstruktion von Protesträumen eine Variante emotionalen *Framings* dar. Die geteilten Orientierungen werden in den Protesträumen intensiv erfahren und zugleich reproduziert, indem Protestakteure symbolische und materielle Aspekte in und mit der eigenen Praxis verknüpfen. Die Art und Weise dieser Raumproduktion weist einige Momente auf, die die linksradikale Szene für Jugendliche und junge Menschen attraktiv machen: Orientierung auf horizontal organisiertes Handeln und Aushandeln (wesentliche Elemente der Bewegungsmuster wie Kettenbildung), Spaß am gemeinsamen Handeln (z.B. „Sprinten“), eigene Verantwortung für das gemeinsame politische Handeln („Power“ einer Demonstration) und dadurch die Möglichkeit, eigene Wirksamkeit zu erleben.

Literaturverzeichnis

- AK Out of Control (2007): Out of Control – Demonstrationskultur in der Weite des Raumes. Online unter: www.gipfelsoli.org/Home/militant_reflection/militant_reflection_deutsch/Ueber_Militanz/4433.html, abgerufen am 03.10.2008
- Amann, Klaus/Hirschauer, Stefan (1997): Die Befremdung der eigenen Kultur. Ein Programm. In: Hirschauer, Stefan/Amann, Klaus (Hrsg.): Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnographischen Herausforderung soziologischer Empirie. Frankfurt am Main, S. 7–52
- Auyero, Javier (2008): Spaces and places as sites and objects of politics. In: Goodin, Robert E./Tilly, Charles (Hrsg.): The Oxford handbook of contextual political analysis. Oxford, S. 564–578
- Balistier, Thomas (1996): Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989. Münster
- Berg, Stefan (2006): Kreuzberger Mischung. In: Der Spiegel 24/2006
- Bourdieu, Pierre (1979): Das Haus oder die verkehrte Welt. In: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft. Frankfurt am Main, S. 48–65
- Bourdieu, Pierre (2001): Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt am Main
- Cziesche, Dominik (2003): Undercover-Student. In: Der Spiegel 30/2003
- Crossley, Nick (1999): Working Utopias and Social Movements: An Investigation Using Case Study Materials from Radical Mental Health Movements in Britain. In: Sociology, 33. Jg., H. 4, S. 809–830
- Crossley, Nick (2003): From Reproduction to Transformation: Social Movement Fields and the Radical Habitus. In: Theory, Culture & Society, 20. Jg., H. 6, S. 43–68
- Denk, Larissa/Spille, Jan (2009): Kleidsamer Protest – Medium und Moden des Protestes. In: Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hrsg.): Kommt herunter, reiht euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Hamburg, S. 210–233
- Eckert, Roland et al. (2000): Ich will halt anders sein wie die anderen! Abgrenzung, Gewalt und Kreativität bei Gruppen Jugendlicher. Opladen
- Flam, Helena (2005): Emotions' map. A research agenda. In: Flam, Helena/King, Debra S. (Hrsg.): Emotions and Social Movements. London, S. 19–40
- Flam, Helena/King, Debra S. (2005): Introduction. In: Flam, Helena/King, Debra S. (Hrsg.): Emotions and Social Movements. London, S. 1–18

- Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main
- Geertz, Clifford (1983): Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main
- Goffman, Erving (1989): On Fieldwork. In: Journal of Contemporary Ethnography, 18. Jg., H. 2, S. 123–132
- Golova, Tatiana (2011): Räume kollektiver Identität. Raumproduktion in der »linken Szene« in Berlin. Bielefeld
- Goodwin, Jeff et al. (2004): Emotional Dimensions of Social Movements. In: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Oxford, S. 413–432
- Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden
- Herrmann, Sabrina (2008): Schlüsselszenen des Protests. Der Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der TV-Nachrichten. In: Rucht, Dieter/Teune, Simon (Hrsg.): Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Proteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien. Frankfurt am Main, S. 97–118
- Hitzler, Ronald (1999): Welten erkunden. Soziologie als (eine Art) Ethnologie der eigenen Gesellschaft. In: Soziale Welt, 50. Jg., H. 4, S. 473–482
- Hitzler, Ronald et al. (2001): Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Opladen
- Honer, Anne (1993): Lebensweltliche Ethnographie. Ein explorativ-interpretativer Forschungsansatz am Beispiel von Heimwerker-Wissen. Wiesbaden
- Hutter, Ralf (2007): Anonym enttarnt und einzeln betreut. In: Jungle World vom 24.01.2007
- Jasper, James M. (2007): Cultural Approaches in the Sociology of Social Movements. In: Klandermans, Bernd/Roggeband, Conny (Hrsg.): Handbook of social movements across disciplines. New York u.a., S. 59–109
- Kaschuba, Wolfgang (1991): Von der „Rotte“ zum „Block“. Zur kulturellen Ikonographie der Demonstration im 19. Jahrhundert. In: Warneken, Bernd Jürgen (Hrsg.): Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration. Frankfurt am Main, New York, S. 68–96
- Läpple, Dieter (1991): Gesellschaftszentriertes Raumkonzept. In: Wentz, M. (Hrsg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main, New York, S. 35–46

- Lichterman, Paul (2001): „Seeing Structure Happen: Theory-Driven Participant Observation“. In: Klandermans, Bernd/Staggenborg, Suzanne (Hrsg.): *Methods of Social Movement Research*. Minneapolis, London, S. 118–145
- Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main
- Massey, Doreen (2005): *For Space*. London
- Melucci, Alberto (1996): *Challenging Codes. Collective Action in the Information Age*. Cambridge
- Mletzko, Matthias (2001): *Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen*. Teil 1. In: *Kriminalistik* 8. Jg., H. 9, S. 543–548
- Paris, Rainer (1991): *Vermummung*. In: *Leviathan*, 19. Jg., H. 1, S. 117–129
- Pfadenhauer, Michaela (2005): *Ethnography of Scenes. Towards a Sociological Life-world Analysis of (Post-traditional) Community-building*. In: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 6. Jg., H. 3, Art. 43, Online unter: www.qualitative-research.net/fqs-texte/3-05/05-3-43-e.htm, abgerufen am 01.02.2007
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): *Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 9-10, S. 36–46
- RedaktionsGruppe (2007): *Zusammen mehr erreichen. Kleiner Ratgeber für Bezugsgruppen*
- Rote Hilfe e. V. (Hrsg.) (2006): *Was tun wenn's brennt?! Rechtshilfetipps bei Demonstrationen, bei Übergriffen, bei Festnahmen, auf der Wache*. Ausgabe 2007/2008
- Sewell, William H. (2001): *Space in Contentious Politics*. In: Aminzade, Ronald et al. (Hrsg.), *Silence and Voice in the Study of Contentious Politics*. Cambridge u.a., S. 51–89
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1988): *Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization*. In: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney. (Hrsg.): *From Structure to Action. Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich, 197–218
- Tilly, Charles (2000): *Spaces of Contention*. In: *Mobilization*, 5. Jg., H. 2, S. 135–159
- Warneken, Bernd Jürgen (1986): *Massentritt. Zur Körpersprache von Demonstranten im Kaiserreich*. In: Peter Assion (Hrsg.): *Transformationen der Arbeiterkultur. Beiträge der 3. Arbeitstagung der Kommission "Arbeiterkultur" in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Marburg vom 3. bis 6. Juni 1985*. Marburg, S. 64–79

- Warneken, Bernd Jürgen (1991): Die friedliche Gewalt des Volkswillens. Muster und Deutungsmuster von Demonstrationen im deutschen Kaiserreich. In: Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Massenmedium Straße. Frankfurt am Main, S. 97–119
- Weiß, Anja (1999): Identitätspolitik ohne „passende“ Identität? Zum Paradox eines weißen deutschen Antirassismus. In: Psychologie und Gesellschaftskritik, 23. Jg., H. 3, S. 28–45
- Willems, Helmut (1996): Goffmans qualitative Sozialforschung. Ein Vergleich mit Konversationsanalyse und Strukturaler Hermeneutik. In: Zeitschrift für Soziologie, 25. Jg., H. 6, S. 438–455

Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster unter Jugendlichen – eine qualitative Studie

Voraussetzungen und Anlage der Untersuchung

Mit der Entscheidung, den umfangreichen Programmen zur Rechtsextremismusprävention auch Projekte zur Prävention von Linksextremismus¹ an die Seite zu stellen, hat die Bundesregierung 2010 Neuland beschritten. Weder das federführende Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, noch die Projektauftragnehmer konnten auf diesem Feld auf Erfahrungen zurückgreifen. Andererseits war es naheliegend, die bereits im Bereich der Rechtsextremismusprävention gemachten Erfahrungen und methodischen Ansätze mindestens insoweit zu nutzen, wie eine Übertragbarkeit unproblematisch erschien.

Das galt für die unzweifelhaft erforderliche Gewinnung von belastbaren Daten zu politisch-extremistischen Einstellungsmustern. Eine ausgefeilte Forschung wie zum Rechtsextremismus existierte nicht.

Drei ältere Studien:

- Klingemann/Pappi 1972,
- Infratest Wirtschaftsforschung 1980 und
- Noelle-Neumann/Ring 1984

1 Extremismus bezeichnet im behördlichen Sprachgebrauch Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (§ 3 Abs.1, Ziff.1 BVerfSchG), also solche, die auf Außerkraftsetzung mindestens eines der im SRP-Verbotsurteil vom Bundesverfassungsgericht 1952 festgelegten Grundsätze zielen. Linksextremismus ist demnach die Bestrebung, „anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine ‚herrschaftsfreie‘ Gesellschaft zu etablieren“ (Bundesministerium des Innern 2011, S. 126). Ob eine solche lediglich juristische Bestimmung von Extremismus für wissenschaftliche Zwecke ausreicht, scheint zweifelhaft. Auch der Begriff „Linksextremismus“ verdient eine nähere Bestimmung, die ähnlich wie beim Rechtsextremismus auf die Schwierigkeit stößt, dass die damit gemeinten Phänomene nicht einheitlich sind. Präventionsarbeit wird bei der Definition von Extremismus/Linksextremismus in jedem Fall neben den „Bestrebungen“ auch die Dimension demokratiefeindlicher Ideen und Einstellungsmuster berücksichtigen müssen.

waren nur noch von historischem Wert. Dazu trug nicht nur ihr Alter bei, sondern auch der Umstand, dass ihre Daten vor den Transformationsprozessen der Jahre nach 1989 erhoben worden waren, mithin noch in der alten Bundesrepublik und in einer völlig unterschiedlichen politischen Kultur.

Die qualitative Studie (vgl. Neu 2012) war von vornherein als Pretest für eine noch durchzuführende repräsentative Untersuchung angelegt. Die Projektdurchführenden verfügten allenfalls über ein Vorverständnis zu linksextremistischen Einstellungsmustern. Es beruhte weitgehend auf der Beschäftigung mit den entsprechenden Phänomenen aus der Sicht von Sicherheitsbehörden, also auf oft hermeneutisch gewonnenen Erfahrungswerten. Dabei handelt es sich, etwas vereinfacht formuliert, um Erfahrungswissen darüber, welche „Inputs“ in bestimmten politischen Milieus üblicherweise welche Reaktionen hervorrufen. Das Verstehen kann sich dabei auch aus einer ideologie-immanenten Auslegung politisch-extremistischer Doktrinen ergeben: Massives Einschreiten der Polizei in Situationen sich entwickelnder Konfrontationsgewalt wird nach den ideologischen Wahrnehmungsmustern von Linksextremistinnen und Linksextremisten nicht als erwünschte Wiederherstellung von Ordnung, sondern als Übergriff eines im Auftrag des Staates bzw. des „Großkapitals“ agierenden „Repressionsapparates“ gedeutet. Da Linksextremismus in starkem Maße ideologiegeleitet ist und seine Anhänger in diesem Sinne zumeist „vorgabentreu“ agieren,² kommt solchen – empirisch nicht fundierten – Wissensbeständen eine überraschend hohe prognostische Qualität zu.

Es ging also darum, zunächst zu explorieren, ob diese Grundannahmen halbwegs stimmen. Das Forschungsdesign war nicht darauf angelegt zu prüfen, ob die entsprechenden Einstellungsmuster rational verarbeitet und bewusst ideologiekontextuell reflektiert vorhanden waren oder ob sie nur als un- bzw. unterbewusste existierten. Zudem schied aus, einen organisierten Kern linksextremistischer Bewegungseliten oder Organisationskader zu befragen. Solche Personen, die sich – in Anlehnung an das „Zwiebel“-Modell von Dieter Rucht (vgl. Rucht 1994, S. 85 ff.) – im inneren Kern von Organisationen oder „Szenen“ befunden hätten, sind

2 Dieser an sich bei einigen politischen Bewegungen wenig überraschende Befund lässt sich leicht anhand der jährlich in den verschiedenen Verfassungsschutzberichten dokumentierten Ziele und Aktivitäten linksextremistischer Gruppen nachvollziehen, ebenso an ihrer Kommentierung zu durchgeführten Aktionen in Internetportalen wie „Indymedia“.

generell nur schwer zu erreichen. Selbst bei dem nächstfolgenden konzentrischen Ring dieses Modells, den die Aktivistinnen und Aktivisten und Mitglieder bilden, waren nicht nur Zugangsschwierigkeiten wahrscheinlich, sondern es wäre auch in größerem Ausmaß mit „taktischen“ Auskünften zu rechnen gewesen. Hinzu kommt, dass diese beiden Fallgruppen kaum noch für Maßnahmen der politischen Bildung erreichbar scheinen. Deshalb wurde als Zielgruppe der Interviews das tatsächliche oder mindestens potenzielle Mobilisierungspotenzial linksextremer Bewegungen oder Organisationen anvisiert, also junge Menschen, die allenfalls als linksextremismusaffin gelten konnten.

Zweck der qualitativen Studie war nicht in erster Linie herauszufinden, wie im Detail extremistische Einstellungsmuster aussehen und wie sie begründet werden, sondern ob sie in Ansätzen nachweisbar waren. Dabei haben wir eine positive Extremismusdefinition benutzt, die folgende Elemente aufweist:

- geschlossene, gegen Kritik immunisierte und nicht mehr hinterfragte Weltbilder,
- exklusiver Wahrheitsanspruch und Erkenntnismonopole,
- Bereitschaft, die vorgeblich zuverlässig erkannte „Wahrheit“ anderen, notfalls auch mit Gewalt, aufzuzwingen,
- identitäre Gesellschaftskonstruktionen,
- die Produktion von Feindbildern und
- die Konstruktion von Verschwörungstheorien.³

Es war also nicht das Ziel, etwa „geschlossene linksextremistische Weltbilder“ nachzuweisen, sondern lediglich festzustellen, ob von der Extremismusdefinition umfasste Dimensionen vollständig, teilweise, auch bruchstückhaft oder offensichtlich unreflektiert in Ansätzen nachweisbar waren.

Dazu musste sichergestellt werden, dass die auszuwählenden Probandinnen und Probanden sich nach ihrem Selbstbild auch als „links positioniert“ sahen. In einem *Screening-Verfahren* wurden ihnen vier Fragen

3 Die Definition ist das Ergebnis eines Expertenworkshops der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zu Fragen der Linksextremismusprävention am 02. Dezember 2010 in Berlin. Sie lehnt sich an die von Uwe Backes 1989 vorgenommene „positive“ Bestimmung von politischem Extremismus an (vgl. Backes 1989). Sie geht damit anders vor als die „negative“ Extremismusdefinition des Bundesverfassungsgerichts von 1952, die Extremismus als Verstoß gegen Wesenselemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bestimmte.

gestellt, die von demokratischen Linken, Linksextremismusaffinen und Linksextremistinnen und Linksextremisten gleichermaßen zustimmend beantwortet werden können, und zwar unabhängig davon, dass bei den Befragten unterschiedliche Interpretationen der mit den Fragen transportierten Inhalte zu erwarten waren. In der Kombination waren die Fragen allerdings so angelegt, dass beispielsweise „antikapitalistisch“ orientierte Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten durch das Screening-Verfahren aussortiert worden wären.

- 1) „Die Macht der Großkonzerne, Menschen auszubeuten, muss gebrochen werden.“
- 2) „Es muss eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus geben.“
- 3) „Der Staat geht generell unverhältnismäßig hart gegen linke Demonstranten vor.“
- 4) „Rechte Aufmärsche müssen mit allen Mitteln gestoppt werden. Dazu können auch handfeste Auseinandersetzungen notwendig sein.“

Die Zielgruppe aus politisch interessierten und nach eigener Einschätzung/Darstellung eher linksorientierten jungen Menschen wurde mit folgenden Eckdaten anvisiert: Alter 16–24 Jahre und nach dem Bildungsstand gespreizt; hinsichtlich der Geschlechterverteilung erfolgte eine Anlehnung an eine Studie über politisch links motivierte Gewalt in Berlin (vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2009, S. 39 f.).⁴

Die mit der Durchführung der Interviews betraute Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung in Hamburg hatte die Rekrutierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an örtliche Teststudios delegiert. Diese wiederum wandten im Wesentlichen zwei Rekrutierungsmethoden an: Zum einen wurden Teilnehmerinnen und Teilnehmer per Telefon kontaktiert, zum anderen wurden Befragende gezielt an im weitesten Sinne „szenotypische“ Orte geschickt, z.B. in linke Kneipen und Antifa-Cafés. Auch wurde der Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Organisationen mit eher politisch linker Ausrichtung gesucht. Im Schnitt verweigerten sich rund die Hälfte der Angesprochenen, oft mit dezidiert politischen Argumenten: Man wolle Umfragen von Marktforschern nicht unterstützen, dem „Kapital“ nicht dienen, man misstraue der zugesicherten Anonymität und dem Datenschutz, wolle sich nicht für eine mutmaßlich

4 Nach dieser Studie schwankte im Untersuchungszeitraum der Anteil weiblicher Tatverdächtiger an links motivierten Gewalttaten zwischen 10 % und 28 %.

staatlich veranlasste Umfrage zur Verfügung stellen. Zudem wurden von einem Teil der potenziell Mitwirkungsbereiten die Screening-Vorgaben nicht erfüllt. Schließlich zeigte sich, dass in der Altersgruppe der 16- bis 18-Jährigen lediglich sehr wenige Personen die Voraussetzungen erfüllten. Ferner ergaben sich ein männlicher Überhang (25 männliche zu 10 weiblichen Personen) und eine formal höhere Bildung (zwei Drittel mit Hochschulreife/Studium). Die Ergebnisse der Vorauswahl waren insofern geeignet, die bisher nicht abgesicherte Erkenntnis, dass im Vergleich zu „rechts“ interessierten Jugendlichen „links“ interessierte eher älter und formal höher gebildet seien, zu stützen.

Mit den schließlich in sechs Städten (Hamburg, Berlin, Köln, Nürnberg, Rostock, Dresden) rekrutierten 35 Personen wurden im Dezember 2010 und Januar 2011 je eineinhalbstündige Leitfadeninterviews geführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden zunächst in einer „Aufwärmphase“ gebeten, Auskünfte zu ihren Lebensverhältnissen, ihrem Bildungsweg, ihren Lebenszielen und ihrer allgemeinen Lebenszufriedenheit zu geben. Weiterhin wurden sie nach ihrer Bereitschaft zu politischem Engagement und nach ihrer Meinung zum politischen System befragt.

Den Hauptteil der Leitfadeninterviews bildeten zwei Assoziationstests:

Den Probandinnen und Probanden wurden zum einen in einem „*Split Half*“ 32 von 64 Begriffen vorgelegt. Sie sollten diese Begriffe nach subjektiv empfundener Wichtigkeit sortieren. Dabei war es gleichgültig, ob die Begriffe bei ihnen negative oder positive Empfindungen auslösten. Sie wurden gebeten, die fünf wichtigsten zu kommentieren und konnten dazu eine kurze Geschichte erzählen. Hier wurde außer dem Begriff selbst nichts vorgegeben. Die Interviewer enthielten sich jeglicher Vorgaben und jeglicher Gesprächsführung, mit der sie eine Reflexion hätten vertiefen können. Sie hatten lediglich in einzelnen Fällen mit „Warum“ nachgehakt.

Der zweite Test bestand in der Vorlage von zehn assoziativen Bildern („*Split Half*“ von 20), von denen ebenfalls fünf ausgesucht und beschrieben werden mussten. Auch hier wurde nachgefragt: „Finden Sie das richtig, was da passiert?“ oder „Was könnte die Ursache dafür sein?“. Aus einem solchen Verfahren lassen sich – abgesehen von den viel zu geringen Grundzahlen – keine statistischen Annahmen ableiten. Darum ging es bei diesem explorativen Ansatz auch nicht. Im Vordergrund stand das

Vorhandensein von bestimmten Denkmustern, nicht das Ausmaß ihrer Verbreitung in der Zielgruppe oder der Bevölkerung.

Im Ergebnis erwies sich das Forschungsdesign als geeignet, die erwünschten Einblicke in die Gedankenwelt linksorientierter junger Menschen zu erhalten. Anhaltspunkte, dass die Probandinnen und Probanden mit „erwünschten“ bzw. taktisch orientierten Antworten reagierten, haben sich nicht ergeben. Auch aus dem politischen Hintergrund des Projektdurchführenden ergaben sich keine Schwierigkeiten. Falls Interesse daran geäußert wurde, hat man den Probandinnen und Probanden am Schluss der Interviews mitgeteilt, dass es sich um eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung handelte.⁵ Es gab keine dezidiert negativen Reaktionen.

Ergebnisse

Einstellungen zu politischem System, Demokratie und sozialer Frage

Angesichts des Umfangs und der zeitlichen Dauer der Leitfadenterviews fielen zu zahlreichen politischen und sozialen Einstellungen Erkenntnisse an. Sie sollen in dieser Darstellung nur insofern berücksichtigt werden, als sie auf Einstellungs- und Verhaltensmuster schließen lassen, welche die Anwendung von Gewalt nicht ausdrücklich ausschließen.

Der Begriff „Deutschland“, der bei Linksextremistinnen und Linksextremisten häufiger nicht nur sehr negative, sondern bisweilen sogar stark gewaltaffine Assoziationen auslöst,⁶ wurde in der Untersuchungsgruppe ganz anders bewertet: Die Frage nach „Was verbinden Sie mit Deutschland?“ rief positive Assoziationen hervor: Ein schönes Land mit viel Kultur, reizvollen Städten; man lebe gerne hier. Mehrfach fiel der Begriff „Heimat“. Als alternative Aufenthaltsländer wurden, wiederholt

5 Der Auftraggeber war für die Probandinnen/Probanden zunächst nicht erkennbar, da die Leitfadenterviews bei gewerblichen Marktforschungsfirmen durchgeführt wurden. Dass es bei dem Projekt nicht um Marktforschung, sondern um politische Fragen ging, hatte man den Teilnehmerinnen/Teilnehmern bereits während des *Screening*-Verfahrens mitgeteilt.

6 Die Aversion bezieht sich – besonders bei der „antideutschen“ Strömung unter den Autonomen – in erster Linie auf das politische Subjekt Deutschland, allerdings durchaus auch auf seine Bewohner. Die Parole „*Bomber Harris – do it again!*“ mag als Provokation gemeint sein (vgl. Koschmieder 2011, S. 188 f.). Das ändert aber nichts an ihrem menschenverachtenden Unterton.

die nordischen Staaten, auch die Schweiz genannt. Aber: In Somalia beispielsweise zu leben, sei nicht vorstellbar. Ein bei harten Linksextremistinnen und Linksextremisten nicht seltener anti-deutscher Reflex, der sich bei „Antideutschen“ und „Antinationalen“ im Spektrum der Autonomen häufig findet und sich im Bild des angeblich stets zum „Faschismus“ neigenden Deutschen bis hin zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegen alles als „deutsch“ Assoziierte steigern kann,⁷ war in der Untersuchungsgruppe nicht feststellbar.

Die Meinungen zur Demokratie erwiesen sich als ambivalent. Während grundlegende demokratische Werte wie Volkssouveränität und Mehrheitsentscheid generell als selbstverständlich positiv bewertet wurden, gab es an dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie verbreitet Kritik. Beanstandet wurden fehlende Mitwirkungsmöglichkeiten, zu viel Bürokratie und Leistungsorientierung und vor allem starke soziale Gegensätze. Häufig schien ein atavistisches Gesellschaftsverständnis durch, nach dem jeder jedem hilft und Probleme gemeinsam und konsensual gelöst werden. Überlegungen zur generellen Einführung einer direkten Demokratie wurden hingegen mehrfach mit der Einlassung verworfen, dies sei zwar eine schöne Vision, aber unrealistisch, denn „der Mensch ist nicht so“. Eine aggressive Ablehnung demokratischer Grundwerte kam generell nicht zum Ausdruck, gelegentlich aber der Versuch, gefühlte Defizite der parlamentarischen Demokratie identitärdemokratisch aufzufangen.

Dieser Befund wurde gestützt durch die dominierend negative Bewertung des realen Sozialismus. Er wurde klar als Diktatur bewertet. Dabei standen Überwachungsstaat und fehlende Meinungsfreiheit im Zentrum der Kritik. Allerdings fanden sich auch die bekannten Einstellungen einer „sozialen“ bzw. sozial-egalitären DDR, bis hin zu der Aussage: „Nach fünf Stunden nach Bananen anstehen, waren die Menschen glücklich.“

7 Eine positive, „patriotische“ Identifikation mit „Deutschland“ war deutschen Linksextremistinnen/Linksextremisten nach 1945 schon wegen des nationalsozialistischen Missbrauchs von Begriffen wie „Heimat“ weitgehend fremd. Stattdessen wurde die eigene internationalistische Orientierung besonders herausgestellt. Eine Zuspitzung dieser Grundhaltung stellte jene „antideutsche“ Strömung im Linksextremismus dar, die nach 1990 die Wiederentstehung eines „Vierten Reiches“ befürchtete und für eine Auflösung Deutschlands in eine multikulturelle Gesellschaft eintrat. Solche Ideen wurden unterschiedlich begründet, konnten sich aber bis zu dem Wahngelbilde einer angeblich „natürlichen“ Neigung der Deutschen zum Faschismus steigern. Zur Bilanz solcher Vorstellungen siehe Koschmieder 2011, S. 183 ff., sowie den Beitrag des Autors bei der Bundeszentrale für politische Bildung (vgl. van Hüllen 2008).

Wer alles hat, kann sich nicht freuen“.⁸ Hierin kommt eine, allerdings nicht gewalttätige, sozialromantische Disposition zum Ausdruck. Sie verdrängt, wie auch in Antworten zu anderen *Items* häufiger sichtbar wurde, das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit.

Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern konnte keine konsistente Beherrschung extremistischer Ideologien als in sich geschlossene Welterklärungs-systeme festgestellt werden. Allenfalls werden aus verschiedenen Ideologiesystemen stammende Elemente zu eigenen „Patchworkweltanschauungen“ zusammengesetzt. Widersprüche innerhalb solcher Konstruktionen werden zumindest auf Nachfrage gesehen und eingeräumt, aber hingenommen. Bei der Zielgruppe überwog der Eindruck eines politischen Pragmatismus, der jedenfalls nicht mehr auf umfassende Weltverbesserungskonzepte zielt.

Ein gravierendes Beispiel für die festgestellte Widersprüchlichkeit stellte die Reaktion auf ein Assoziationsbild dar, das einen Alkohol trinkenden Obdachlosen zeigt. Selbst bei Befragten mit sozial-egalitären bis hin zu sozialromantischen Einstellungen kam es zu Aussagen wie: Man wisse ja nicht, wie der in diese Situation gekommen sei. Vielleicht sei sie selbst gewählt. Wenn er ohne eigenes Verschulden dahin geraten sei, müsse man helfen. Originalton von Stellungnahmen:

- „Wer auf der Straße bettelt und trinkt, der soll sich waschen, nicht saufen, und arbeiten“.
- „Wer nichts arbeitet, soll auch nichts kriegen, sondern ein vernünftiges Mitglied der Gesellschaft werden“.
- „Die haben ihre Lebensgewohnheiten an Hartz IV angepasst. Ich bin kein Freund der Arbeit, aber das ist unsolidarisch“.
- „Eigentlich sollten alle von gleich viel leben. Aber das geht nicht, ich kann Idioten nicht gleich viel bezahlen“.

Einstellungen zu politischer Partizipation und Protestbereitschaft

Die Zielgruppe war bereits im Screening-Verfahren darauf hin ausgesucht worden, dass es sich um politisch überdurchschnittlich interessierte junge Menschen handeln sollte. Demnach war zu erwarten gewesen, dass

8 Der Befragte stammt aus den alten Bundesländern und hat keinen lebensgeschichtlichen Bezug zur DDR.

eine entsprechende Disposition für politische Partizipation und Protestbereitschaft existierte.

Die Aussagen zur politischen Partizipationsbereitschaft entsprachen den zu erwartenden Befunden, nach denen politische Parteien nicht (mehr) das bevorzugte Organisationsmodell politisch interessierter junger Menschen darstellen. Fast durchgängig wurden einschlägige Aversionen gegen Parteien bestätigt; selbst die nach ihrem Verständnis ursprünglich als „Anti-Parteien-Partei“ entstandenen Grünen schnitten hier kaum besser ab. Größeres Vertrauen wird hingegen themenbezogenen NGOs entgegengebracht. Eine gewisse Aversion gegen organisatorische Einbindung traf sogar die organisierte Antifa-Szene: Das elitäre Verständnis („Die kaufen sich teure Klamotten und bevormunden andere; oft nur Gesabbel.“) und Vereinnahmungstechniken solcher Gruppen wurden beanstandet und zwar auch von solchen Befragten, die sich mindestens zeitweilig in oder am Rand solcher Strukturen bewegt hatten.

Die meisten Befragten räumten allerdings ein, dass ihnen für politisches und Protest-Engagement ohnehin nur ein begrenztes Zeitbudget zur Verfügung stehe. Bevorzugt werden Ad-hoc-Aktivitäten wie Unterschriftensammlungen, Mahnwachen etc. Protestbereitschaft richtet sich daher, abgesehen von der durchgängigen Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen, themenbezogen auf Protestfelder, zu denen ein direkter persönlicher Bezug besteht, sei es direkt materiell (z.B. bei Studierenden Proteste gegen Studiengebühren), sei es ideell (z.B. beim Engagement für Gleichstellungsfragen oder „gegen rechts“). Obwohl alle Befragten Demonstrationserfahrungen gemacht hatten, räumten die weitaus meisten ein, dass sich die Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen auf entsprechende Angebote vor Ort konzentrierten. „Demonstrationstourismus“ ist eher nicht angesagt, wird bei anderen sogar kritisiert: „Da gibt es Leute, die nur hingehen, um Ärger anzufangen. Das ist nicht mein Ding“.

Einstellung zu illegalen Protestformen

Nach Gewaltbereitschaft wurde in der Studie nicht gefragt. Das ergab sich schon aus der ursprünglich sicheren Erwartung, dass die Befragten in einem solchen Falle eher zu „taktischen“ Antworten neigen würden. Allerdings berichteten Teilnehmerinnen und Teilnehmer an

unterschiedlichen Stellen der Interviews von eigenen Aktivitäten, die in die Aktionsform politisch motivierter Gewalt hineinreichen, oder sie gaben ihre Meinung zu solchen Protestformen bekannt.

Dabei wurde im Allgemeinen deutlich zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen unterschieden; selbst bei Gewalt gegen Sachen wird häufig erklärt, man mache so etwas nicht selber, habe aber unter bestimmten Umständen Verständnis dafür. Auch wenn geäußert wird, man lehne gewaltsame Protestformen für sich ab, so werden dennoch Rechtfertigungs- und Begründungsmuster für Gewalthandeln zumindest spielerisch erwogen. Sie fallen keinesfalls einheitlich aus und sie lehnen sich auch nicht an den typischen Gewaltdiskurs an, der in autonomen oder marxistisch-leninistischen Kreisen gepflegt wird.⁹

Im Einzelnen:

Generell argumentierten fast alle nach einem ähnlichen Muster: Bei Sachbeschädigungen sollte zum einen immer ein Verletzungsrisiko „Unschuldiger“ ausgeschlossen sein, zum anderen sollte das Ziel bewusst gewählt werden. Dies entspricht im Übrigen dem bei linksextremer Militanz gängigen Kriterium, dass außerhalb der Konfliktsituation stehende „Unbeteiligte“ möglichst nicht geschädigt, zumindest aber physisch nicht beeinträchtigt werden dürften. Dabei trafen die Befragten Aussagen, die auf Begründungsmuster des linksextremistischen Gewaltdiskurses gerade nicht passen. Nachdem sie mit einem Foto von einer „Schotteraktion“ konfrontiert worden waren, musste ihnen zumeist der Sachverhalt vorab erklärt werden, denn etliche Befragte konnten weder den Bildinhalt noch den Begriff „Schottern“ zutreffend einordnen. Durchgängig gab es dann die Aussage, dies sei wegen der damit verbundenen Gefährdung von Personen eine für sie unakzeptable Aktion. Ferner wurde geäußert, Strecke und Zug seien schließlich Eigentum der Bahn, das man nicht zerstören dürfte. Ein solcher Verweis auf den Schutz (privaten) Eigentums, ausgerechnet von Großunternehmen, würde ideologisch gefestigten Linksextremistinnen und Linksextremisten gewiss nicht in den Sinn kommen, im Gegenteil: Dort gelten gerade solche Großkonzerne als Symbole eines angeblichen Zusammenhangs

9 Für die mehr oder weniger ständig virulente Gewaltdebatte in der autonomen Szene vgl. Bergsdorf/van Hüllen 2011, S. 67 ff. mit weiteren Nachweisen; als Beispiel für eine „klassische“ marxistisch-leninistische Position zur Begründung revolutionärer Gewalt vgl. Aschmo-
neit 2007.

von sozialer Ungerechtigkeit und politischer Repression, und sie sind deshalb nachhaltig zu schädigen.¹⁰

Im Kontext mit dem „Abfackeln“ von Fahrzeugen – gezeigt wurde bewusst ein brennendes älteres Pkw-Modell im Kontext mit einer gewalttätig verlaufenen Demonstration, keine „Bonzenschleuder“ – wurden ähnliche „Abwägungen“ deutlich. Hier lauteten die Argumente: „Viel leicht schadet das einer Familie mit drei Kindern“, „Wenn ein Porsche Cayenne abgefackelt wird, zahlt es die Versicherung, der Betreffende ist nicht geschädigt“ bzw. „Zeichen gegen reiche Menschen, schadet keiner Person, weil Auto versichert ist“. Die beiden letzten Argumentationsmuster wären für einen linksextremen Begründungskontext kaum typisch, da nicht in erster Linie die Schädigung der Versichertengemeinschaft, sondern die der „Kapitalisten“ und „Bonzen“ im Fokus stehen. Diese bei den Befragten „pragmatische“ Argumentation ist nachgerade in einem sozialrevolutionären Kontext nicht tragfähig. Das Bild wandelte sich schlagartig bei der Zusatzinformation, das Fahrzeug gehöre einem Rechtsextremisten. Verständnis für oder Bereitschaft zur Gewaltanwendung scheinen also zu steigen, sofern das Ziel als „richtig“ erkannt wird.

Das bestätigte sich bei der Vorlage eines Bildes, das die „Entglasung“ einer McDonalds-Filiale während eines internationalen Wirtschaftsgipfels zeigte. Der US-Konzern wurde hier sofort als Symbol des „Kapitalismus“ erkannt, die Demolierung einer seiner Filialen als vertretbar gesehen, falls keine darin befindlichen Gäste zu Schaden kämen. Auch bei diesem Beispiel stellten einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer Nützlichkeitserwägungen an: Eine Entglasungsattacke könne vielleicht eine symbolisch wirksame Aktion sein, die Macht des Konzerns aber natürlich nicht real reduzieren.

Eine solche utilitaristische Sicht tauchte in verschiedenen Varianten auf: Gewaltexzesse bei Demonstrationen könne dem Anliegen einer Sache durchaus schaden, fanden einige der Befragten. Offensichtliche Zerstörungswut, die keinem erkennbaren Zweck folgt, wurde durchgängig abgelehnt. Originalton: „Szene macht häufig gegen falsche Ziele Anschläge, da wo sie eigentlich Sympathie brauchen“, oder zum „Abfackeln“ von Fahrzeugen: „(...) macht schlechte Schlagzeile für Menschen, die eigentlich eine bessere Welt wollen“.

10 Für den aus autonomer Sicht bestehenden Zusammenhang vgl. A.G. Grauwacke 2008, S. 203–238.

Eine solche, an Nützlichkeitsabwägungen orientierte Distanzierung von Gewalt erinnert stark an marxistisch-leninistische Denkmuster („Revolutionäre Gewalt, die der Arbeiterklasse nützt, ist moralisch und legitim, konterrevolutionäre Gewalt unmoralisch“). Auch wenn ein leninistischer Hintergrund dieser Positionierung nicht erkennbar war, markieren die hier aufscheinenden Sichtweisen Handlungsbedarf für die politische Bildung.

Einstellung zum staatlichen Gewaltmonopol

Das bestätigte sich mit der Vorlage eines Bildes, das die Festnahme einer Person durch uniformierte Polizei – offensichtlich im Zusammenhang mit einer Demonstration – zeigt. Die Stellungnahmen zu diesem Foto waren ebenfalls ambivalent und ließen Unkenntnis über die friedensstiftende Funktion eines rechtsstaatlich eingehegten staatlichen Gewaltmonopols erkennen. In den Kommentaren kam dabei durchaus keine vorbehaltlose Parteinahme für den zu Boden gebrachten Demonstranten zum Ausdruck: Man müsse ja zunächst mal fragen, was dieser Szene vorausgegangen sei, was der Sistierte möglicherweise getan habe; Originalton: „Nicht alle Polizisten sind Bastarde.“,¹¹ „Wenn die Polizisten drei Tage hintereinander auf der Arbeit sind, kann es auch einmal eskalieren.“, „Ich sage nicht, der Polizist ist ein Schwein, aber wenn etwas passiert, wird Gewalt von Polizisten nicht aufgeklärt“. Zwar wird der Polizei vorgeworfen, dass sie unverhältnismäßig stark gegen Demonstrantinnen und Demonstranten vorgehe, ihr andererseits aber auch bescheinigt, dass sie einfach nur ihre Arbeit mache. Zudem sind sich die meisten Befragten über die Eskalationsdynamik innerhalb einer gewalttätig verlaufenden Demonstration im Klaren; durchaus nicht immer wird der Polizei daran die Verantwortung zugeschoben. In einem Falle erfolgte sogar die klare Aussage, der „Schwarze Block“ fange mit der Gewalt an – eine Einschätzung, die sich auf eigenes Erleben bei solchen Demonstrationskonfrontationen gründet.¹²

11 Offensichtliche Anspielung auf die Parole „*All Cops Are Bastards*“ (A.C.A.B.), die mit unterschiedlicher politischer Aufladung sowohl von Fußball-Hooligans, Rechtsextremistinnen und -extremisten als auch Linksextremistinnen und -extremisten geschätzt wird.

12 Die entsprechenden Aussagen der Interviewten: „Der Schwarze Block fängt mit der Gewalt an“ und „Ich gehe öfter mal auf Demos. Aber nie *Black Bloc*. Ist zu assi“.

Charakteristisch ist jedoch eine Perzeption der Befragten, die Polizei und Demonstrantinnen und Demonstranten innerhalb der Eskalationsdynamik gewissermaßen als gleichberechtigte und ähnlich vorgehende Akteure sieht. Dieser Sicht fehlt die Reflexion über die Notwendigkeit und die friedensstiftende Wirkung eines rechtsstaatlich eingehegten staatlichen Gewaltmonopols völlig. Der Begriff „staatliches Gewaltmonopol“ wurde auch nicht genannt.

Dies signalisiert Handlungsbedarf für politische Bildung. Die immerhin noch existierende „Äquidistanz“ zu beiden Konfliktparteien bietet dafür Ansatzpunkte und unterscheidet die Befragten von überzeugten Linksextremistinnen und Linksextremisten.

Protestverhalten: gewaltkatalytische Themen

Gewalt wird auch als Symbol des sich Wehrens, des Widerstands, interpretiert. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben in diesem Kontext rational die Logik von Gewalt und Gegengewalt durchgespielt, wobei sich die Gegengewalt sowohl gegen den Staat als auch gegen Demonstrantinnen und Demonstranten richten kann. Das Wechselspiel von Gewalt und Gegengewalt wird als Reaktion oder Aktion auf das Verhalten anderer Demonstrantinnen und Demonstranten bzw. der Polizei beschrieben. In dieser Reklamation eines „Widerstandes“ bzw. der „Gegengewalt“ kommen Entschuldigungs- und Rechtfertigungsmuster zum Ausdruck, die erkennen lassen, dass Gewalt als problematisch und mindestens begründungsbedürftig erkannt wird. Solche Vorbehalte gegen „ziellose“ und nicht im Einklang mit revolutionären politischen Zielen stehende Gewalt, sowie die besondere Begründungsbedürftigkeit von Personen verletzender Gewalt, kennt auch der Gewaltdiskurs unter Autonomen.¹³ Umso mehr konnte das in einer Zielgruppe erwartet werden, die zum Teil Gewaltoptionen schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ablehnt.

13 Für die Kritik an Personen verletzender Gewalt am Beispiel der Diskussion um die Todeschüsse auf zwei Polizisten 1987 vgl. Schwarzmeier 2001, S. 103f.; zum Symbolcharakter politisch begründeter Sachbeschädigungen vgl. ebd. S. 28. Auch scheinbar „sinnlose“ Straßengewalt beispielsweise am Rande von internationalen Politik- und Wirtschaftsgipfeln traf immer wieder auf die Mahnung von Szene-Aktivist*innen, Gewalt müsse „vermittelbar“ sein. Aus behördlicher Sicht zum autonomen Gewaltverhalten vgl. Baron 2011, hier besonders S. 239ff. Darauf, dass der Einsatz von Gewalt unter revolutionären Marxisten strengen (leninistischen) Zweckmäßigkeitsvoraussetzungen unterworfen ist, sei hier nur hingewiesen.

Es gibt jedoch offensichtlich Themen, die solche Sperren überwinden können. Dies waren nicht die Protestthemen „Anti-Kernkraft“ oder „Gentrifizierung“, die beide unter den bevorzugten Kampagnenfeldern linksextremistischer Gruppen weit oben rangieren. In der Befragungengruppe bezog sich unter jenen, die Gewalt nicht grundsätzlich ausgeschlossen hatten, die Bereitschaft zu militantem Vorgehen fast immer auf die als legitim wahrgenommene physische Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dabei spielte auch die Frage, von wem die Aggression ausgeht, keine erkennbare Rolle mehr: „Der schwarze Block fängt mit der Gewalt an. Stein auf Nazis ist o.k. Wenn er getroffen wird, ist er selbst dran schuld.“, „Die Verteidigung mit Gewalt gegen Nazis ist legitim“.

Es entsprach bereits den Ergebnissen zum allgemeinen Protestverhalten, dass vom Themenfeld Rechtsextremismus eine erhebliche Mobilisierung und Motivation zum politischen Handeln ausgeht. Fast jede der Probandinnen und Probanden äußerte sich hierzu. Auch unter den Demonstrationsanlässen, die mobilisierend wirken, liegt dieses Thema ganz vorn. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern benutzten Begriffe Rechtsextremismus, Rassismus, Nazis oder Faschismus werden von ihnen dabei inhaltlich nicht differenziert; vielmehr scheint ein diffuser anti-rechtsextremistischer Grundkonsens vorzuherrschen.

Im Wunsch, Rechtsextremismus zu bekämpfen, werden offensichtlich auch demokratische Grundwerte geopfert oder zumindest relativiert. In dem Maße, in dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Freiheitsrechte (meist formuliert als Wunsch nach „Freiräumen“ für die persönliche Entfaltung) für sich reklamieren, widersprechen sie solchen Freiheitsrechten für Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten. Als Begründung schien häufig die zunächst einmal richtige Beobachtung durch, dass Rechtsextremismus eine Ideologie der Ausgrenzung ist und seinerseits Freiheits- und Gleichheitsrechte „Anderer“ nicht akzeptiert werden. Die Problematik der Reichweite und der Grenzen von Grundrechtsbeschränkungen wird allerdings nicht reflektiert: Für die Befragten ist der Rechtsextremismus nicht nur politischer Gegner, sondern auch emotional empfundener persönlicher Feind.

Damit entsteht ein deutlich sichtbarer Konflikt mit dem Prinzip der Universalität der Menschenrechte. Personen, die dem rechtsextremen Umfeld zugeordnet werden, werden fundamentale Menschenrechte abgesprochen. Einige Probandinnen und Probanden billigen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten weder Meinungsfreiheit noch

körperliche Unversehrtheit zu. Und sie befürworten Mittel der politischen Auseinandersetzung, die über die von ihnen auf anderen Konfliktfeldern akzeptierten Handlungsformen weit hinausgehen.

- „Einem Besitzer von einem Naziladen habe ich Scheiben eingeworfen“.
- „Wenn er [ein Naziführer] von einem Auto totgefahren würde, würde ich den Fahrer nicht kennen“.
- „Alle Rechtsextremen von den Linken trennen (...) und in ein eigenes Land bringen“.¹⁴
- „Nazis regen mich auf“.
- „Ich bin gegen die ganze Idee“.
- „Ein Stein gegen Nazis trifft nicht den Falschen“.
- „Man sollte rigoros alle wegsperren. Die müssen verstümmelt und zusammengeschlagen werden wie die Opfer“.
- „Man kann Nazis auf die Fresse schlagen und sie umbringen, man sollte das aber nicht tun“.
- „Kein Platz für faschistische Meinungen“.
- „Nazis haben wachsende Macht“.
- „Gewalt gegen Sachen ist o.k. aber jemanden totschiessen würde ich eher nicht“.
- „Es wäre gut, wenn Nazi-Gebäude brennen“.
- „Rechte wurden von der Polizei schön geschützt“.
- „Wehren darf man sich auch körperlich, Behinderungen wie Menschenketten sind o.k.“.
- „Rechtsextreme wegsperren, die Opfer müssen bestimmen, was mit denen gemacht wird. Auge um Auge“.

Folgerungen

Die Befunde zur Militanz und zum Missverständnis über den Zweck des staatlichen Gewaltmonopols standen im Mittelpunkt dieser kurzen Auswertung.

Gleichwohl seien einige Bemerkungen zum Gesamtbefund der qualitativen Studie erlaubt: Was die eingangs dargestellten Elemente einer

14 Die Einlassung ist typisch für eine entgrenzte Auffassung zum „Kampf gegen Rechts“, die hier mit Vertreibungsfantasien einhergeht. Ob dem Betreffenden die von den Nationalsozialisten für die europäischen Juden erwogene „Madagaskar-Lösung“ bekannt war, wurde nicht nachgefragt.

positiven Extremismusdefinition angeht, wurden sie von den Probandinnen und Probanden fast durchweg nicht erfüllt. Das war auch insgesamt nicht zu erwarten gewesen, da es sich bei den Befragten eben nicht um ausgewiesene Linksextremistinnen und Linksextremisten handelte. Geschlossene, gegen Kritik immunisierte Weltbilder, ausgearbeitete Ideologiesysteme also, und exklusive Wahrheitsansprüche und Erkenntnismonopole waren insofern auch nicht feststellbar. Im Gegenteil herrschte bei vielen Befragten in politischen Grundfragen ein ausgeprägter Pragmatismus vor. Eher patchworkartige Weltbilder wurden aus inkonsistenten, manchmal widersprüchlichen Wertemustern zusammengebastelt. So herrschte einerseits eine Zustimmung zu einem Mehr an sozialer Gleichheit vor, andererseits ein starkes Insistieren auf Selbstbestimmung, Freiheit und Eigenverantwortung. Das klassische Spannungsverhältnis, in dem sich die demokratischen Grundwerte Gleichheit und Freiheit befinden, wurde eher nicht reflektiert. Vergleichbar konnten identitäre Gesellschaftskonstruktionen nur als theoretisches Ideal festgestellt werden; sie wurden aber fast durchweg sogleich wieder als nicht realitätstauglich verworfen. Deutlicher war die Präsenz der anderen Elemente: Verschwörungstheorien wurden in breitem und für die Auswerter überraschendem Ausmaß kultiviert. Allerdings sind Verschwörungstheorien zwar ein notwendiges, nicht aber hinreichendes Element von politischem Extremismus; sie kommen durchaus auch in nicht-extremistischen Bevölkerungsgruppen vor. Feindbildproduktion war in Bezug auf „Rechte“ durchgängig nachweisbar; auf diesem Themenfeld fand sich auch ein überraschend hohes Ausmaß an Bereitschaft, gegen die abgelehnte Feindgruppe mit Gewalt vorzugehen oder deren Ausübung durch andere hinzunehmen.

Die Befunde zur Militanz und zum Missverständnis vom Zweck des staatlichen Gewaltmonopols, zur Reklamation von „Verständnis“ für Gewalt als „Widerstand“, schließlich zur Differenzierung zwischen Gewalt gegen Sachen und gegen Personen überraschen an sich nicht. Die zugrunde liegenden Gedankenmuster, einmal die Vorstellung, dass als Beurteilungskriterium für politisches Handeln letztlich nicht die Mittel, sondern die Ziele entscheidend seien, zum Anderen die Idee einer der Gesellschaft innewohnenden Gewalt, die zu „Gegengewalt“ und „Widerstand“ legitimiere, sind Jahrzehnte alte Diskursmuster, die vom Linksextremismus in die demokratische Linke hineinwirken und nicht ohne Ergebnisse bleiben konnten.

Erstaunlich und tatsächlich beunruhigend ist eher die Katalysatorfunktion des „Kampfes gegen Rechts“ für Militanz. Hier besteht nicht nur

politischer Handlungs-, sondern auch noch wissenschaftlicher Klärungsbedarf, z.B.:

- ob die Einschätzungen über die Unwertigkeit von Rechtsextremismus demokratisch begründet und reflektiert oder nur emotional gesteuert sind,
- ob die Kollisionen eines kompromisslosen „Kampfes gegen Rechts“ mit den für politisch links stehende Menschen typischen Gleichheitsforderungen und einer an Grund- und Menschenrechte gebundenen Wertebasis erkannt und ausgehalten werden,
- welche Rolle Aspekte einer jugendlichen Bandenkriegsdynamik in diesem Kontext spielen.

Literaturverzeichnis

- A.G. Grauacke (2008): Aus den ersten 23 Jahren. Autonome in Bewegung. 4. Aufl. Berlin/Hamburg
- Aschmoneit, Mischa (2007): Gegen Gewalt sein heißt Gegengewalt sein. In: Marxistische Blätter 5-2007, Online unter: www.neue-impulse-verlag.de/mbl/print/id-256.html, abgerufen am 29.12.2010
- Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen
- Baron, Udo (2011): Die linksautonome Szene. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 231–245
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?: Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat. Paderborn/München/Wien/Zürich
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2011): Verfassungsschutzbericht 2010. Berlin
- Infratest Wirtschaftsforschung (1980): Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland: Beiträge zur sozial empirischen Untersuchung des Extremismus. Stuttgart u.a.
- Klingemann, Hans D./Pappi, Franz U. (1972): Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen. Oldenbourg
- Koschmieder, Carsten (2011): Die Entstehung der „Antideutschen“ und die Spaltung der linksradikalen Szene. In: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 183–200
- Neu, Viola (2012): Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie. St. Augustin/Berlin. Online unter: www.kas.de/wf/doc/kas_30042-544-1-30.pdf?120224104205
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Ring, Erp (1984): Das Extremismus-Potenzial unter jungen Leuten in der Bundesrepublik 1984. Bonn
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich (Theorie und Gesellschaft). Frankfurt am Main/New York
- Schwarzmeier, Jan (2001): Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. 2. Auflage. Göttingen

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz
(2009): Linke Gewalt in Berlin 2003–2008. Berlin
van Hüllen, Rudolf (2008): „Antiiperialistische“ und „antideutsche“
Strömungen im deutschen Linksextremismus. Online unter: [www.bpb.
de/politik/extremismus/linksextremismus/33626/antideutsche-und-
antiiperialisten](http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33626/antideutsche-und-antiiperialisten), abgerufen am 04.06.2012

Fragen zur Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin – eine kriminologische Perspektive

Ausgangslage

Das Kurzkonzzept des Deutschen Jugendinstituts zum Expertenhearing „Linke‘ Militanz im Jugendalter – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“ ist anregend, weil es zahlreiche Fragen aufwirft und nicht bereits verengend Lösungen vorgibt. Daran anknüpfend soll die kriminologische Studie „Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin“¹ in die Thematik des Expertenhearings eingeordnet werden.² Ziel der Untersuchung war es, die Qualität und Quantität der gewaltsamen Auseinandersetzungen zum 1. Mai 2009 zu analysieren. Die kriminologische Analyse bezog sich dabei auf Akteure, Motivationen, Aktionen und Interaktionen. Ergebnisoffen sollten die verschiedenen Perspektiven und Beweggründe der Akteure einbezogen werden. Die Qualität und Quantität der Aktionen wurde im Zusammenhang mit Interaktionen, d.h. auch Auswirkungen der formellen Sozialkontrolle durch die Polizei, betrachtet.

Im Folgenden wird dabei insbesondere die im Hearing behandelte Frage nach der Jugendspezifität solcher Ereignisse aus der Sicht unserer Studienergebnisse beleuchtet. Die kriminologische Studie zur Gewalt am 1. Mai kann aber nur einen bescheidenen, allenfalls schlaglichtartigen Beitrag zum größeren Untersuchungsgegenstand „Militanz im Jugendalter“ leisten – oder, um in der Sprache der Tagesordnung des Expertenhearings zu bleiben: Das Ziel des Beitrags ist lediglich ein „Input“. In diesem Zusammenhang ist bereits an dieser Stelle zu erwähnen, dass es sich bei den in der Studie untersuchten Ereignissen um ein komplexes soziales Geschehen handelt, das für vielschichtige Deutungen offen ist.

- 1 Der Forschungsbericht zur Studie, auf den dieser Beitrag zurückgreift, ist erschienen unter dem Titel „Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin – Triangulierte kriminologische Studie“ (vgl. Hoffmann-Holland 2010). Die Studie wurde finanziell gefördert von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.
- 2 Der Beitrag beruht auf einem kurzen Vortrag, der als Input beim Expertenhearing des Deutschen Jugendinstituts „Linke‘ Militanz im Jugendalter – Erscheinungsformen und Erklärungsansätze“ am 5. Oktober 2011 in Halle/Saale gehalten wurde.

Zunächst werden die Grenzen des Forschungsansatzes der Untersuchung zur Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin erläutert. Sodann sollen Ergebnisse der Studie im Allgemeinen kurz skizziert und anschließend ihre – hinsichtlich der Beteiligung Jugendlicher maßgeblichen – Aussagen dargestellt werden. In einem Resümee soll schließlich betrachtet werden, inwieweit die Studie Antworten auf die im Kurzkonzzept zum Expertenhearing aufgeworfene Frage nach der Attraktivität gewaltsamer, militanter Proteste für Jugendliche geben kann.

Grenzen des Forschungsansatzes

Zunächst ist auf die Probleme der empirischen Untersuchung des Phänomens sowie die Schwierigkeiten einzugehen, die sich für Annahmen zur Prävention im betrachteten Bereich ergeben.

Zur empirischen Untersuchung

Die Frage nach dem Forschungsbedarf zu den Geschehnissen am 1. Mai in Berlin, die im Jahre 2009 zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung als besonders gewalttätig galten, kann als Teilaspekt eine methodische Vorfrage enthalten: Welche Möglichkeiten bestehen für die Forschung? „Ideale“ Einzelmethoden, die keinen Einwänden ausgesetzt wären, existieren nicht (vgl. Kury 1993, S. 59; ebd., S. 68). Forschung in stark umstrittenen, von (unterschiedlichen) Bewertungen geprägten Themenfeldern, stößt auf Grenzen. Insofern ist die Studie zur Gewalt am 1. Mai exemplarisch. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zum 1. Mai in Berlin, die seit 1987 regelmäßig, allerdings in unterschiedlicher Intensität stattfinden, wurden in hohem Maße unterschiedlich bewertet. Einzelne Untersuchungsansätze bleiben problembehaftet.³ Angesichts der Vielfalt von (möglichen) Perspektiven auf das Ereignis „1. Mai in Berlin“, bei gleichzeitiger Perspektivenabhängigkeit der einzelnen Methoden, wurde eine Kombination (Methodentriangulation) von Aktenanalyse,

3 Zu den Problemen der einzelnen Untersuchungsansätze allgemein vgl. Maxfield/Babbie 2009, S. 193; ebd. S. 240f.

problemzentrierten qualitativen Interviews und Inhaltsanalysen von Weblogs gewählt.⁴

Zur Frage der Prävention

Zu beachten ist ebenfalls, dass sich die Studie als Beitrag zur kriminologischen Forschung, nicht jedoch zur Präventionsdiskussion versteht. Zwar werden in der Kriminologie häufig Fragen der Kriminalitätskontrolle (vgl. Bernard/Snipes/Gerould 2010, S. 203 ff.; ebd. S. 237 ff.) und insbesondere der Kriminalprävention (vgl. Newburn 2007, S. 566 ff.) diskutiert. Das methodische Design des Forschungsprojektes hat jedoch bewusst seine Aussage- und Interpretationskraft bezüglich präventiver Ansätze begrenzt. Ebenso wenig sollten Präventionsmaßnahmen evaluiert werden. Letztlich ging es darum, Wissen für die vielschichtigen Diskurse der politischen Auseinandersetzungen um den 1. Mai bereitzustellen, das aus einer möglichst objektiven und neutralen Perspektive erlangt worden ist, nicht aber ein Präventionsprojekt aus den Ergebnissen der Studie zu entwickeln.

Angesichts der Vielschichtigkeit des Ereignisses „1. Mai“, des Mehrebenenkonflikts unterschiedlicher Einzelpersonen und Personengruppen, genügen Präventionsansätze, die grob vereinfachend nur einzelne Typen oder gar nur Teilaspekte von deren Interessen betreffen, ohnehin nicht den Anforderungen, die sich aus der Vielfalt von Beteiligten und Interessen ergeben. Soweit Ansätze der Prävention vereinfachend nur auf einzelne Interessenlagen abzielen, werden sie der Komplexität des Ereignisses nicht gerecht.

4 Angesichts des hochsensiblen Forschungsfeldes wurde den Aspekten des Datenschutzes von Anbeginn der Studie ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Das Datenschutzkonzept wurde in enger Abstimmung mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit entwickelt. Kernelemente des umfangreichen Datenschutzkonzeptes waren die Trennung der erhobenen Daten, die sofortige Anonymisierung und die frühzeitige Löschung bzw. Vernichtung personenbezogener Daten. Weiter zum Datenschutzkonzept vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 9f.

Zu den Ergebnissen der Studie

Im Folgenden werden Ergebnisse der Studie aus der Aktenanalyse sowie der Auswertung von Interviews und Blogs skizziert.

Aktenanalyse

Eine Auswertung der Verfahrensakten aus Verfahren gegen Privatpersonen wegen der Vorkommnisse am 1. Mai 2009 ergab die Gesamtzahl von 598 angezeigten Delikten.⁵ Die insgesamt gegen bekannt und unbekannt angezeigten Delikte setzten sich zu 27,1 % aus Verstößen gegen § 125a Strafgesetzbuch (StGB) (schwerer Landfriedensbruch)⁶, zu 7,2 % aus Verstößen gegen § 125 StGB (Landfriedensbruch), zu 26,1 % aus Verstößen gegen § 224 StGB (gefährliche Körperverletzung)⁷, zu 2,7 % aus Verstößen gegen § 223 StGB (Körperverletzung) und zu 19,1 % aus Verstößen gegen § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) zusammen. 9,5 % der angezeigten Delikte betrafen Verstöße gegen Strafvorschriften des Versammlungsgesetzes (VersG). Sachbeschädigungen

5 Dem Forschungsteam wurde von der Staatsanwaltschaft Berlin (Abteilung 81) eine Liste mit den Aktenzeichen der im Zusammenhang mit den Ereignissen am 1. Mai 2009 als politisch eingestuften Strafanzeigen der Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt. Diese Auswahl der Verfahren ist für das *Sampling* der Akten problematisch. Denn zum einen ist die Kategorie der „Politisch motivierten Kriminalität“ sehr weit und damit vage gefasst (vgl. Sack 1993, S. 382 ff.). Zum anderen konnte die Auswahl der Akten so nicht nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen, da die Zuordnung von Verfahren als politisch oder nicht politisch durch die Strafverfolgungsbehörden erfolgte. Das Auswahlkriterium der Verfahren als „politisch“ steht in einem Spannungsverhältnis zum Titel der Studie. Es konnte so nicht sichergestellt werden, dass alle Verfahren, die sich auf Gewalt beziehen, d.h. beispielsweise auch Verfahren, die aufgrund von Anzeigen von Privaten gegen private Unbekannte und von Privaten gegen Polizisten gestellt wurden, in das *Sample* aufgenommen wurden.

6 Ein besonders schwerer Fall im Vergleich zum einfachen Landfriedensbruch liegt gemäß § 125a StGB vor, wenn der Täter eine Schusswaffe oder eine andere Waffe bzw. ein anderes gefährliches Werkzeug bei sich führt, um diese oder dieses bei der Tat zu verwenden, wenn er durch eine Gewalttätigkeit einen anderen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung bringt oder wenn er plündert oder bedeutenden Schaden an fremden Sachen anrichtet. Gegenüber dem Grunddelikt § 125 StGB stellen diese Varianten u.a. auf eine gesteigerte Gefährlichkeit der Ausschreitungen ab (Schönke, Adolf/Schröder, Horst/Lenckner, Theodor/Sternberg-Lieben, Detlev 2010, § 125a Rn. 2).

7 Die gefährliche Körperverletzung sieht wegen der im Vergleich zur einfachen Körperverletzung gemäß § 223 StGB gefährlicheren Begehungsweise eine Strafschärfung vor. Tatmodalitäten sind z.B. das Beibringen von Gift, die Begehung mittels einer Waffe oder die gemeinschaftliche Begehung einer Körperverletzung.

(§§ 303, 304 StGB) machten 4,7 % der angezeigten Delikte aus. Rund 20,5 % der gesamten Delikte wurden als versuchte Straftat, 79,5 % als vollendete Straftat angezeigt. In rund 63 % der Anzeigen wurden zwei oder mehr Delikte, in rund 40 % wurden drei oder mehr Delikte angezeigt.

Von den insgesamt 220 gegen bekannte Privatpersonen im Zusammenhang mit dem 1. Mai 2009 in Kreuzberg erstatteten Strafanzeigen erfolgten 12,3 % ausschließlich aufgrund von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Letztere haben keine physisch gewaltsamen Handlungen zum Gegenstand.

Der weit überwiegende Teil (93 %) der festgenommenen Privatpersonen war männlichen Geschlechts, der Frauenanteil lag bei nur 7 %. Da sich anhand von anderen Kriterien als der Staatsbürgerschaft aus den Akten keine einheitlichen Kriterien zur Bestimmung eines Migrationshintergrundes entwickeln ließen, lagen hierzu keine weiteren Daten vor. Angesichts der geringen Fallzahl der Festgenommenen, mit einer anderen als der deutschen Staatsbürgerschaft, konnten keine für Festgenommene mit einer anderen als der deutschen Staatsbürgerschaft spezifischen Delikte analysiert werden. Da in nur 125 der 220 Fälle die Akten Angaben zum familiären Hintergrund der Festgenommenen enthielten, können sie nicht als repräsentativ gelten.⁸

Nur für rund ein Viertel der Festgenommenen konnten Informationen zum Bildungsstand aus den Akten erhoben werden. Diese Angaben sind daher ebenfalls nicht repräsentativ. Die hohe Zahl der Festgenommenen ohne Bildungsabschluss dürfte sich aus dem niedrigen Alter derjenigen Festgenommenen erklären, bei denen eine entsprechende Angabe vorliegt. So gab keine/r der über 20-Jährigen an, keinen Schulabschluss zu haben. Die Verteilung der Einträge in das Bundeszentralregister (BZR) auf die Altersgruppen zeigt, dass die Gruppe der 18- bis 20-Jährigen und die Gruppe der 21- bis 25-Jährigen am häufigsten bereits vor der Festnahme am 1. Mai 2009 strafrechtlich aufgefallen waren.

Angaben zu einem möglichen politischen Hintergrund der Festgenommenen fanden sich in nur 16 Verfahrensakten (7,3 %). In den restlichen 204 Verfahrensakten (92,7 %) ließ sich dazu keine Information finden. Bei der Erfassung dieser Angaben wurden keine etwaigen Aussagen der

8 Soweit Angaben vorlagen, gab die große Mehrheit (97,6 %) der Festgenommenen an, ledig zu sein.

Festgenommenen als politisch interpretiert, sondern nur in den Verfahrensakten explizit vorgenommene Selbst- und Fremdzuschreibungen als politischer Hintergrund erfasst. Die Quellen dafür waren entweder Angaben der Festgenommenen, der Anzeigen stellenden, anderer Zeuginnen und Zeugen, der Jugendgerichtshilfe oder Angaben aus dem „Gewalttäterregister“ des Landeskriminalamtes Berlin (LKA). Anhand der Aktenauswertung konnten keine aussagekräftigen Informationen über Organisationsformen und politische Hintergründe der Festgenommenen erhoben werden. Ein ähnliches Problem mangelnder Repräsentativität ergab sich bei der Untersuchung von Angaben zur Motivation im Hinblick auf die Teilnahme an Ereignissen in Kreuzberg: In lediglich 24 Akten konnten dazu Informationen gefunden werden. Während 87,5 % der Angaben in diesen 24 Akten auf eine erlebnisorientierte Motivation hinwiesen, konnte bei lediglich 12,5 % der erhobenen Angaben von einer expliziten politischen Motivation die Rede sein. Angaben zur Motivation im Hinblick auf das angezeigte Delikt konnten aus 31 Akten erhoben werden. Sie verwiesen alle auf situativ entstehende Motivationen: rund 13 % (Imponieren, Spaß) auf gruppenbezogene Motivationen, rund 23 % (Hinreißenlassen und Mitmachen) auf aus Gruppendynamiken entstehende Motivationen und rund 38,7 % (Schutz vor Reizgasen, Reaktion auf polizeiliche Handlungen, Schutz vor Filmaufnahmen) auf Motivationen, die aus der Wahrnehmung polizeilicher Maßnahmen entstehen. Diese Angaben beruhten auf den Aussagen von rund 14 % der Festgenommenen. Die geringe Fallzahl erlaubte es nicht, aussagekräftige Analysen der Zusammenhänge von bestimmten angezeigten Delikten und Motivationen vorzunehmen.

Auswertung der geführten Interviews

Bei der Akquise von Interviewteilnehmerinnen und Interviewteilnehmern wurde zunächst versucht, die Population der Festgenommenen ebenso wie die der nicht strafrechtlich Verfolgten nach dem Schneeball-Prinzip („*respondent driven*“) zu erreichen. Das Verfahren erwies sich jedoch als unökonomisch, sodass verstärkt auf Werbung für die Studie mittels *Flyern* und der Präsentation der Studie in Seminaren und Vorlesungen gesetzt wurde. Eine theoretisch fokussierte Auswahl der Interviewpartnerinnen und -partner nach den für die Studie relevanten und sich nach den ersten Interviews als relevant herauskristallisierenden Aspekten

war jedoch nur in Teilen möglich. Da die Akquise von strafrechtlich verfolgten Akteurinnen und Akteuren auf diesen Wegen nicht gelang, wurden die von Festnahmen Betroffenen direkt angesprochen. Dies geschah durch das Zusenden eines Anschreibens und Informationsflyers, in dem die Betroffenen um Kontaktaufnahme gebeten und über die Freiwilligkeit der Interviewteilnahme aufgeklärt wurden. Der Rücklauf war erwartungsgemäß gering. Daher stammen 25 der insgesamt 29 einbezogenen Interviews aus der Gruppe der nicht strafrechtlich Verfolgten.

Die Interviews wurden als qualitative, leitfadengestützte Interviews konzipiert. Sie orientierten sich an der Methode des „problemzentrierten Interviews“ (vgl. Witzel 2000). Der offene Leitfaden wurde nach den ersten Interviews mehrfach angepasst. Die Interviews begannen mit einer offenen Einstiegsfrage nach den Erlebnissen am 1. Mai in diesem Jahr. Im Mittelpunkt der Sondierungs- bzw. Nachfragephase standen die Wahrnehmungen der Interviewten in einzelnen Situationen während und nach der Demonstration. Dabei richtete sich der Fokus auf die Erfahrungen der Interviewten und ihre Beschreibungen einzelner Situationen: Was ist wo, wann und wie, unter Beteiligung von wem passiert? Schließlich ging es um situationsübergreifende Aspekte, die Bedeutung des 1. Mai für die Interviewten sowie ihre Einschätzungen zu politischen und kulturellen Hintergründen des Phänomens.⁹

Die Interviews spiegeln eine Vielfalt von Wahrnehmungen, Deutungen und Bewertungen der Auseinandersetzungen zwischen Privatpersonen und der Polizei am 1. Mai in Kreuzberg wider. Viele der Interviewten betonten die Heterogenität und die im Laufe des Abends wechselnde Zusammensetzung des Publikums/der Akteurinnen und Akteure, wobei häufig auf einen zunehmenden Einfluss der Alkoholisierung hingewiesen wurde.¹⁰ Abgegrenzt wurden Auseinandersetzungen während der Demonstration vom weiteren Verlauf des Abends rund um die Oranienstraße und das Kottbusser Tor. Die Interviewten wiesen der Polizei eine maßgebliche Rolle im Konfliktgeschehen und für den Verlauf der Auseinandersetzungen zu: Die Sichtbarkeit von Kontrolle und Einwirkungen

9 Zur Auswertung der Interviews vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 54 ff.

10 Nach Befunden aus der Aktenanalyse (auf der Basis von Alkoholmessungen zum Zeitpunkt der Festnahme) steigt der Alkoholisierungsgrad der Festgenommenen im Zeitverlauf der Ereignisse an. Indes könnte es sich hier auch um einen Verzerrungseffekt handeln, der durch die Häufung der Festnahmen in den Zeiträumen 21 bis 22 Uhr und 0 bis 1 Uhr entsteht (zum Alkoholeinfluss vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 31 f.).

der Polizei auf das Demonstrationsgeschehen in Form von Eingriffen oder einer engen räumlichen Nähe bildeten für viele den Hintergrund von Auseinandersetzungen.¹¹

Teilweise wurde von den Interviewten jedoch eine zurückhaltende Präsenz der Polizeikräfte als Hintergrund der Auseinandersetzungen gerade zu Beginn der Demonstration thematisiert. So konstruierte ein Interviewpartner einen Zusammenhang mit der insgesamt zurückhaltenden Kontrolle der Demonstration:

„Es waren junge Leute bis Mitte 20 würde ich sagen, die auch schon von vornherein da verummmt rumliefen. Also es gab auch so gut wie keine Vorkontrollen. Die liefen halt verummmt rum und nach 50 Metern zack ging es dann los“ (Interview Nr. 2, vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 59).

Auch ereignisübergreifende (Vor-)Erfahrungen mit polizeilichem Handeln hätten die Stimmung zu Beginn der Demonstration beeinflusst. Die weiteren Auseinandersetzungen während der Demonstration erscheinen nach der Beschreibung der Interviewten als ein Mehr-Ebenen-Konflikt, bei dem unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung eine Rolle spielen. So werden Angriffe von Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmern auf Polizeieinheiten oder -fahrzeuge teilweise als eine Reaktion auf die polizeilichem Handeln zugeschriebene Verkürzung der Demonstrationsroute dargestellt. Die Angriffe auf Polizeifahrzeuge erhalten in diesem Deutungsrahmen einen Sinn, der in den Konzepten von offensiver oder defensiver Militanz nicht vollständig aufzugehen scheint. Sie lassen sich als eine offensive Reaktion auf eine Einschränkung der Demonstration durch die Polizei beschreiben, die jedoch nicht unmittelbar auf die Durchsetzung der Demonstration gegen den Willen der Polizei abzielen schien, sondern eher eine Form der symbolischen Behauptung darstellt. Die Wahl des Angriffsziels – zwei ungeschützte Polizeifahrzeuge auf der Mitte der Fahrbahn – spricht für diese These, gerade vor dem Hintergrund, dass diese Fahrzeuge den Demonstrationzug nicht an seinem Weitermarsch behindert haben.

In den Darstellungen der Interviewpartnerinnen und -partner wird auch eine weitere Ebene der Auseinandersetzungen beschrieben: die Betroffenheit Unbeteiligter sowie die Anziehung Schaulustiger durch

11 Zu derartigen Einflüssen in anderen Kontexten vgl. statt Vieler Terpstra 2006, S. 203, ebd. S. 207f.

die Auseinandersetzungen. Ein Demonstrationsteilnehmer berichtete, er sei aus dem Gefahrenbereich nicht herausgekommen, da alles voller Menschen gewesen sei. Die Polizei habe dann angefangen, den Platz zu räumen:

„Die haben den Platz gestürmt und sind mit einer ganzen Linie nach vorne marschiert und haben so ziemlich alles umgestürmt, was ihnen im Weg stand. Das Einzige was wir machen konnten war zu fliehen. [...] Ich hab mal eine Weile versucht, stehen zu bleiben und zu gehen, um nicht in irgendeiner Weise den Eindruck zu vermitteln, ich sei daran beteiligt gewesen am Steine schmeißen. Aber da hatten die Polizisten in dem Moment auch kein Mitleid. Also, die haben einfach alles weggeräumt, was ihnen in den Weg gekommen ist. Und ich habe dann auch einen Hit von einem Polizisten abbekommen“ (Interview Nr. 17, vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 63).

Bedeutung beigemessen wurde ferner der zunehmenden Präsenz von Schaulustigen sowie einer späteren Zerfaserung des Demonstrationzugs. Die Situation am Kottbusser Tor nach Eintreffen der Demonstration wurde als ein Zustand wahrgenommen, in dem die Grenzen zwischen Beteiligten und Unbeteiligten teilweise aufgehoben waren und Interaktionen eine Eigendynamik entwickelten:

„Also, ich kenne nicht mehr genau die Vorsituation. Auf jeden Fall ist die Polizei gekommen und ich hab dann gesehen wie einer mit Tränengas oder ich weiß nicht, Pfefferspray, also, der hat dann eben so in die Menge gesprüht. Die Polizei kam und einer hat direkt mit dem Tränengas in die Menge gesprüht und alle haben sich weggedreht. Ich habe für eine halbe Stunde nichts mehr gesehen. War ganz schön intensiv. Aber warum bzw. die Vorsituation weiß ich nicht mehr. [...] Dann habe ich auch so eine Art Mutprobe neben mir mitbekommen. Also einfach mal einen Stein auf einen Polizisten zu werfen. Was mir aufgefallen ist, war der kriegsähnliche Zustand. Man ist voller Adrenalin und das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum die Leute geworfen haben. Das waren ja nicht nur die Vermummten. Also im Verhältnis nicht so viele.“ (Interview Nr. 15, vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 65).

Diese Entgrenzung der Gewalt habe eine spontane Beteiligung an Gewalthandlungen begünstigt oder überhaupt erst ermöglicht. Interaktionen zwischen Polizei und Privatpersonen im weiteren Verlauf des Abends wurden dann als ein „Katz- und Mausspiel“ charakterisiert, das sich auf einem relativ stabilen Konfliktniveau abspielte. Das polizeiliche Vorgehen in diesen Situationen wurde einerseits als einschüchternd und bedrohlich, andererseits auch als professionell und routiniert

wahrgenommen. Während Festnahmen in einigen Eindrucksschilderungen als zielgerichtet beschrieben wurden, bewerteten andere diese als willkürlich.

Auswertung von Weblogs

Zur Erfassung von Beschreibungen, Bewertungen und situativen Kontexten von Gewalthandlungen im Zusammenhang mit der Demonstration am 1. Mai 2009 wurden auch Inhaltsanalysen von Blogs (Weblogs) durchgeführt.¹² Für die Gesamtstudie kam dieser Analyse jedoch nur ergänzende Bedeutung zu, da keine Kenntnisse über die genauen Motivationen und Hintergründe der Bloggerinnen und Blogger zur Verfügung stehen; lediglich die Inhalte konnten analysiert werden. Für die Erstellung eines unabhängigen Gesamtbildes waren die Blogs aber eine wichtige Ergänzung, da sie weiterführende Erkenntnisse über Zusammenhänge kollektiver Deutungen von Akteuren im Kontext der Auseinandersetzungen in Kreuzberg ermöglichten.

Die Beschreibungen der Bloggerinnen und Blogger auf den für die Studie untersuchten Blogs deuteten, ebenso wie die Schilderungen der Interviewpartnerinnen und -partner (vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 57 ff.) der Studie, in die Richtung eines ansteigenden, zunehmend unkontrollierten Gewaltpotenzials innerhalb der Demonstration. Diese zunehmende Unkontrollierbarkeit, Zerfaserung und Durchmischung der Demonstration mit Schaulustigen, „Betrunkenen“ und „Krawallwütigen“ scheinen weitere Bedingungsfaktoren für den eskalierenden Verlauf gewesen zu sein. Die vor Ort Anwesenden ließen sich v.a. im späteren Stadium nach Auflösung der Demonstration nur noch schwer zuordnen. Am Kottbusser Tor entstand eine mit zahlreichen Schaulustigen

12 Zunächst wurden im Rahmen einer Internetrecherche Diskussionsforen und Blogs identifiziert, auf denen sich Blogger zu den Ereignissen am 1. Mai äußerten. Ziel der Sichtung war es, Beiträge von mindestens 50 Bloggern herauszufiltern, die authentische Aussagen über die eigene Teilnahme an den Ereignissen am 1. Mai in Kreuzberg enthalten oder bei denen Dichte und Erlebnisbezug der Darstellung auf eine Teilnahme schließen lassen. Spezielle Polizei-Foren wurden dabei nicht miteinbezogen. Zur Bildung eines *Ausgangssamples* wurden die durch Suchanfragen ausgewiesenen Webseiten nach der Reihenfolge der Trefferliste chronologisch abgearbeitet. Von einem als passend befundenen Blog ausgehend wurden über dessen Verlinkung weitere Blogs besucht. Dieses Verfahren wurde bis zur Erreichung der relevanten Fallzahl fortgeführt. In die Auswertung wurde nach Abschluss der Erhebung eine Anzahl von 72 Beiträgen einbezogen.

aufgefüllte Arena, in der eine Menschenmenge in Konfrontation mit der Polizei stand. Welche Zusammensetzung der Menge zu diesem Stadium der Auseinandersetzungen existierte, ließ sich weder aus den Interviews noch aus den von der Studie untersuchten, die Geschehnisse kommentierenden Blogs zweifelsfrei ersehen.

In den Blogbeiträgen spiegelten sich aber politische Beweggründe zur Teilnahme an der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“ wider. Damit verbunden sind Bewertungen der Ereignisse sowohl während als auch nach der Demonstration, denen sich bestimmte Orientierungen gegenüber dem Geschehen am 1. Mai, insbesondere auch den gewaltsamen Auseinandersetzungen, entnehmen lassen. Diese Orientierungen bildeten den Gegenstand der Analyse. Aus dem Material konnten sechs (Ideal-) Typen abgeleitet werden. Sie geben zunächst Auskunft über die unterschiedlichen Orientierungsmuster im Hinblick auf den 1. Mai und das Gewaltgeschehen, die weiterführende Differenzierungen zur Rolle politischer Beweggründe ermöglichen. Die im Folgenden vorgestellte Typologie vermag das Spektrum der Teilnahmemotivationen jedoch nicht erschöpfend zu beschreiben. Fälle, in denen Personen sich aus nicht primär politischen Gründen (wie Spaß am „Krawall“, persönlichem Ärger über die Polizei, Erlebnisorientierung etc.) an den Auseinandersetzungen beteiligt haben, waren im *Gesamtsample* der analysierten Blogs kaum vorzufinden.¹³ Hinweise auf entsprechende Orientierungen der Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer ergaben sich aus den Einschätzungen anderer Bloggerinnen und Blogger, die aber aufgrund der fehlenden Unmittelbarkeit relativiert sind. Bei ihrer Betrachtung muss zudem der überwiegend politische Charakter der in die Auswertung einbezogenen Blogs beachtet werden. Auch bestanden Schwierigkeiten, Äußerungen, die beispielsweise in die Richtung einer reinen „Krawallorientierung“ deuten, wie sie in Kommentaren auf der Videoplattform *Youtube* zu finden waren, als authentische Ausdrucksgestalten zu behandeln.

Mit der die Ergebnisse der Analyse zusammenfassenden Typologie soll die Vielfalt der Deutungen nicht überdeckt, sondern sichtbar gemacht

13 Die untersuchten Blogs dokumentierten Berichte, Eindrucksschilderungen und politische Bewertungen der Ereignisse rund um die „Revolutionäre 1. Mai Demonstration“. Die Blogbeiträge hatten dabei unterschiedlichen Charakter. Während einige wenige Beiträge den Ablauf der Demonstration chronologisch darstellten, schilderten andere ihren Gesamteindruck oder Eindrücke zu einzelnen Situationen, kommentierten oder korrigierten Darstellungen anderer oder gaben ein politisches Statement ab. Schwerpunktmäßig wurde über den Erfolg und über den Sinn und Zweck der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“ diskutiert.

werden; die Typologie vermag indes nur Idealtypen abzubilden. Die gesamte Komplexität der Deutungen kann sie nicht vollständig erfassen.

- Typ 1: Betrachtung als unbeteiligte „Demokratin“ und unbeteiligter „Demokrat“

Kennzeichen dieses Typs ist die Betrachtung des Geschehens als unbeteiligter Zuschauer aus einer Perspektive, welche die gewaltsamen Auseinandersetzungen als undemokratisch bewertet. Dabei wird auf ein als vorherrschend begriffenes Verständnis von Demokratie und Pazifismus Bezug genommen. Für die Auseinandersetzungen während und nach der Demonstration wird Unverständnis gezeigt. Diese stünden dem Demonstrationszweck, Außenstehende auf Themen aufmerksam zu machen, entgegen.

- Typ 2: Primat der Inhaltsvermittlung – grundsätzliche Kritik an den Auseinandersetzungen am 1. Mai in Kreuzberg

Gemeinsames Charakteristikum dieses Typs ist die Kritik an fehlenden Inhalten und einer fehlenden Inhaltsvermittlung sowie am Festhalten des Feindbildes Polizei. Der Zweck der Demonstration wird darin gesehen, politische Inhalte auf die Straße zu tragen und gegenüber der Umwelt zu kommunizieren. Dieser Zweck ist nach Aussage dieser Gruppe verfehlt worden.

Den Angriffen auf die Polizei schon während der Demonstration, v.a. aber den als ritualisiert beschriebenen Auseinandersetzungen im weiteren Verlauf des Abends, wird ein politischer Charakter entweder grundsätzlich abgesprochen oder sie werden als politisch fehlgeleitet gedeutet. Ferner wird kritisiert, dass sie der Vermittlung von politischen Inhalten entgegenstehen. Es handle sich um ein „Spiel“ zum Frust ablassen und ein „mittlerweile total entleertes Ritual“ (Interview Nr. 13, vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 72), das politischen Ansprüchen nicht genüge. Die in diesem Typ zusammengefassten Fälle implizieren eine gewisse Offenheit gegenüber anderen Deutungssystemen. Das Anliegen von Systemkritik wird als kommunikativer Prozess gesehen und nicht primär als unmittelbare Konfrontation mit der Staatsgewalt. Das eigene Weltbild wird prinzipiell als verhandelbar angesehen.

- Typ 3: Militanz als Prinzip notwendiger Selbstbehauptung gegen staatliche Autorität

Die Demonstration wird von dieser Gruppe als ein Erfolg gefeiert, da es gelungen sei, die Polizei durch geschlossenes und entschlossenes Handeln „zu vertreiben“ (vgl. Hoffmann-Holland 2010, S. 73). Angriffe auf die Polizei werden als legitimer Widerstand gegen die als illegitim und provozierend wahrgenommene polizeiliche Präsenz betrachtet. Dabei geht es um eine aktive Behauptung gegen die Polizei bereits unterhalb der Schwelle polizeilichen Eingriffshandelns. Im Mittelpunkt steht das Interesse an der Durchführung einer „selbstbestimmten“ Demonstration, um so einen Freiraum gegen staatliche Autorität zu schaffen. Dieser Gruppe geht es nicht primär um die Vermittlung von Inhalten, sondern vor allem um die Behauptung der „sozialrevolutionären Demonstration“ gegenüber staatlicher Autorität. Die politische Autorität wird ausschließlich in der eigenen Gruppe gesehen. Sie gilt es nach außen – sowohl gegenüber der Polizei als auch gegenüber anderen Demonstrationsteilnehmenden – zu zeigen. Die gemeinsame Überschreitung von Grenzen dient zudem der Förderung der Gruppenkohäsion und damit auch der Motivation.

- Typ 4: Militanz unter Vorbehalt

Die Fälle, die diesem Idealtyp zugeordnet werden, befürworten die Gewaltanwendung, betonen jedoch ihren begrenzten politischen Charakter, wenn sie nicht mit Inhalten verknüpft wird und/oder nicht im Rahmen eines verantwortungsvollen, solidarischen Kollektivs ausgeübt wird. Im Unterschied zu Typ 1 und 2 werden die Auseinandersetzungen am 1. Mai in Kreuzberg durchaus als sinnvoll erachtet. Im Unterschied zu Typ 3 wird diesen jedoch eine geringe Bedeutung beigemessen und eine stärkere Politisierung nach innen und außen eingefordert. Nach innen geht es dabei um Überwindung einer Ziellosigkeit beispielsweise von „Machohooligans“, nach außen um die Vermittlung von politischen Forderungen.

- Typ 5: Situative Angemessenheit von Militanz als Reaktion auf polizeiliche Übergriffe

Die unter diesem Typ zusammengefassten Fälle zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen friedlichen Ablauf des 1. Mai bevorzugen würden. Die Tatsache, dass es dennoch zu Auseinandersetzungen kommt, wird auf das Verhalten der Polizei zurückgeführt. Nach der Deutung dieser

Gruppe gehen Übergriffe vornehmlich oder ausschließlich von der Polizei aus und würden so auch friedliche Besucher der Demonstration oder des *Myfests* in Auseinandersetzungen verwickeln. Obwohl ein 1. Mai ohne Auseinandersetzungen vorgezogen wird, werden Angriffe von Teilnehmenden als verständlich gerechtfertigt und als bloßes Reagieren auf polizeiliche Repression und Übergriffe angesehen.

- Typ 6: Ablehnung der Auseinandersetzungen als Ausdruck einer generellen Feindschaft gegenüber politischer Linken
Schließlich findet sich eine Reihe von Fällen, bei denen die Auseinandersetzungen am 1. Mai aus einer generellen Feindschaft gegenüber der politischen Linken abgelehnt werden. Die Ablehnung der Auseinandersetzungen erfolgt hier nicht „von innen“, also von denjenigen, die eine linke/linksradikale Demonstration am 1. Mai prinzipiell befürworten, wie bei Typ 2, sondern „von außen“. Linke Demonstrantinnen und Demonstranten werden als Aggressoren dargestellt; Polizeigewalt wird befürwortet.

Zusammenfassung der Ergebnisse der Bloganalyse

Die Ergebnisse zeigen, dass die Auseinandersetzungen am 1. Mai 2009 unter Bloggerinnen und Bloggern heftig umstritten waren. Eine strikte Unterteilung nach friedlichen und gewaltbereiten Demonstrationsteilnehmenden war mittels Bloganalyse nicht möglich. Die unterschiedlichen Typen verdeutlichen, dass die Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt a) in unterschiedlichem Maße vorhanden war, b) von situativen Gegebenheiten, insbesondere der Art der Präsenz und der Handlungsweise der Polizei abhing und c) unter dem Vorbehalt einer „politischen Abwägungsentscheidung“ wie bei Typ 4 stand. Dabei ist die Gewaltbereitschaft auch bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die sich selbst als militant verstehen (Typ 3 und 4), differenziert zu bewerten. Sie ist an die Durchsetzung politischer Interessen geknüpft. Auch bei Typ 3 geht es den Äußerungen entsprechend in erster Linie um die Durchführung einer radikalen, sich gegenüber staatlicher Autorität militant behauptenden Demonstration. Dieser Anspruch kollidiert mit dem Geltungsanspruch des Rechts. Die Präsenz der Polizei, welche die Bereitschaft zur gewaltsamen Durchsetzung dieses Geltungsanspruchs repräsentiert,

wird als Anlass für die militante Selbstbehauptung genommen. Auf der Grundlage der analysierten Blogeinträge stellt sich die Ausübung von Gewalt seitens militanter Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer weitgehend als Ausdruck eines politischen Konfliktes dar. Da das der Inhaltsanalyse der Blogs zugrunde liegende *Sample* ausgehend von den Trefferlisten des Google-Suchalgorithmus in Verbindung mit einem Schneeballverfahren gebildet wurde, ist zu beachten, dass Aussagen über die Repräsentativität des *Samples* nicht möglich sind.

Die Teilnahme Jugendlicher an den Geschehnissen des 1. Mai 2009

Zunächst muss festgestellt werden, dass der Fokus der Studie zur Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 bei der Frage nach den unterschiedlichen Perspektiven, Motiven und (politischen) Hintergründen der an den damaligen Ereignissen beteiligten Akteure nicht speziell auf die Teilnahme Jugendlicher gerichtet war. Nach gesonderter Betrachtung der gewählten Methoden bleibt wiederum festzuhalten, dass weder die geführten Interviews noch eine Untersuchung einschlägiger Internetinhalte (Weblogs) verlässliche oder gar repräsentative Angaben zu diesem Teilaspekt der Gewalt am 1. Mai beigetragen haben; so konnten insbesondere den im Internet eingestellten Beiträgen weder Motivation, Alter, noch politische Einstellung der Bloggerinnen und Blogger entnommen werden. Es darf auch nicht verkannt werden, dass die Methodik der Datenerhebung aus den Akten nicht dazu geeignet ist, eine umfassende Analyse aller Ereignisse, Aktionen und Interaktionen am 1. Mai 2009 zu gewährleisten. Naturgemäß umfassen die Akten nicht repräsentative Angaben zu der Gesamtheit an Teilnehmenden der gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, sondern bilden lediglich einen Teil davon ab, ohne dass dieser Ausschnitt Anspruch auf Repräsentativität erheben könnte. Weitere Einschränkungen in der Auswertung des Datenmaterials ergaben sich zum einen daraus, dass jede Akte nur eine Momentaufnahme ihres jeweiligen Bearbeitungsstandes darstellte, zum anderen daraus, dass der Fokus der Analyse dadurch notwendig eher auf der polizeilichen Perspektive lag. Diese mehrfache Begrenzung der Aussagekraft muss bei der Interpretation der erhobenen Daten immer im Blick behalten werden.

Die deskriptive Statistik, als die die Aktenanalyse zu bezeichnen ist, kann jedoch u.a. Aufschluss geben über die Bedingungen des Entstehens

der Anzeigen, über die festgenommenen Personen sowie über die Aussagen und weiteren Ermittlungsergebnisse. Als explorative Fallstudie war eines der zentralen Ziele das Erkennen und Beschreiben typischer Situations-, Interaktions- und Akteursmuster bzw. -typen.

Was die Beteiligung Jugendlicher an den Ereignissen am 1. Mai 2009 anbelangt, lassen sich der Studie wenige Daten entnehmen. Das Durchschnittsalter der Festgenommenen betrug 22,5 Jahre; ca. 18 % der Festgenommenen waren zum Zeitpunkt der Festnahme 14 bis einschließlich 17 Jahre, 24,5 % zwischen 18 bis einschließlich 20 Jahre alt. Eine Untersuchung des Verhältnisses der angezeigten Delikte zu den Altersgruppen ergab, wie ebenfalls bereits festgestellt, dass 18,4 % der Delikte Jugendlichen zur Last gelegt wurden, 23,1 % der Gruppe der 18- bis 20-Jährigen.

Obwohl altersspezifische Delikte kaum auszumachen waren, ist auffällig, dass die 18- bis 20-Jährigen seltener als die anderen Altersgruppen wegen gefährlicher Körperverletzung und etwas häufiger wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Verstößen gegen das Versammlungsgesetz angezeigt wurden. Zudem legen es die Ergebnisse der Studie nahe, dass bei Jugendlichen eine stärkere Bereitschaft zur Aussage bestand als bei Erwachsenen. Dieser Befund entspricht auch allgemeinen Befunden der Jugendkriminologie (vgl. Kreuzer 1993, S. 182 ff; Farrington 2001, S. 17; Spiess 2009, S. 35; ebd., S. 37). Hinsichtlich der Frage nach den bestehenden vorherigen Erfassungen der Festgenommenen im BZR zeigt sich bei einem Blick auf die Altersgruppen, dass die Gruppen der 18- bis 20-Jährigen und die der 21- bis 25-Jährigen am häufigsten bereits vor der Festnahme am 1. Mai 2009 strafrechtlich aufgefallen war.

Resümee

Die dargestellten Ergebnisse der Studie bezüglich der Beteiligung Jugendlicher an den Geschehnissen am 1. Mai 2009 beschreiben eine Grundproblematik ihrer Analysen: Die im Rahmen der Studie erhobenen (jugendspezifischen) Daten lassen nur wenig Rückschlüsse auf eine politische Motivation (der Jugendlichen) zu. Die v.a. mithilfe der Aktenanalyse festgestellte Beteiligung Jugendlicher in nicht zu vernachlässigender Zahl, die sich von Beginn der Demonstration bis zur als Zerfaserung und Entgrenzung wahrgenommene Gewalt rund um die Oranienstraße und das Kottbusser Tor zieht, lässt jedoch auf eine gewisse Attraktivität

der Geschehnisse am 1. Mai 2009 für Jugendliche schließen. Das geringe Durchschnittsalter der Festgenommenen, wenn auch weder repräsentativ für sämtliche Festnahmen an diesem Abend, noch für die Altersstruktur der Teilnehmenden in ihrer Gesamtheit, zeugt ebenfalls von einer zumindest nicht unterdurchschnittlichen Affinität zur Begehung von Straftaten im Rahmen dieser Geschehnisse. Bei den wegen gefährlicher Körperverletzung oder schwerem Landfriedensbruch Festgenommenen handelte es sich jedoch eher um junge Erwachsene. Wenn es zu Gewalttaten kam, waren diese nahezu ausschließlich gegen Polizei gerichtet. Wie bereits festgestellt, waren die Vorgänge am 1. Mai 2009 ein vielschichtiges und komplexes Ereignis, dem eine reine Fokussierung auf Gewalt und politische Motivationen der Festgenommenen nicht gerecht würde. Angesichts der Ergebnisse der Bloganalyse und der Interviewauswertung ist für die Gruppe der Privatpersonen kein homogenes Bild festzustellen. Es ergab sich eine Vielfalt von Wahrnehmungen, Deutungen und Bewertungen der Auseinandersetzungen. Sie umfassten, neben vielen weiteren Differenzierungen, den Ausdruck politischen Protests, eine Protesthaltung gegen die Präsenz der Polizei oder den Spaß an einem aufregenden Erlebnis. Entsprechend verbietet sich die Ableitung eines homogenen Bildes der beteiligten Jugendlichen aus den Ergebnissen der Studie genauso wie die nicht fundierte Annahme hinsichtlich einer einseitig politischen oder auch einseitig spaßorientierten Motivation. Es ist anzunehmen, dass die allgemein festgestellte Vielzahl von Motiven und politischen Hintergründen auch für die Gruppe der beteiligten Jugendlichen charakteristisch war.

Die Geschehnisse am 1. Mai 2009 in Berlin eignen sich nach all dem kaum als Objekt der Untersuchung linker Militanz unter Jugendlichen, zumindest was die Integration Jugendlicher in eine linksmilitante Szene anbelangt. Sie bargen für diese allerdings, ohne damit gleichzeitig den Anspruch zu verbinden, daraus Schlüsse auf eine politische Motivation der beteiligten Jugendlichen zu ziehen, deutliche Attraktivitätsmomente, was sich nicht nur in einer regen Teilnahme Jugendlicher an der Demonstration und den anschließenden Vorgängen rund um Oranienstraße und Kottbusser Tor, sondern auch in der Begehung von Delikten nach dem StGB und dem VersG äußerte.

Literaturverzeichnis

- Bernard, Thomas J./Snipes, Jeffrey B./Gerould, Alexander L. (2010): Vold's Theoretical Criminology, 6. Aufl., New York u.a.
- Farrington, David P. (2001): What Has Been Learned from Self-reports about Criminal Careers and the Causes of Offending?, Online unter: www.crim.cam.ac.uk/people/academic_research/david_farrington/srdrep.pdf, abgerufen am 16.08.2012
- Hoffmann-Holland, Klaus (2010): Analyse der Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin – Triangulierte kriminologische Studie. In: Berliner Forum Gewaltprävention 2010, Nr. 42, S. 4 ff.
- Kreuzer, Arthur (1993): Jugendkriminalität. In: Kaiser, Günther/Kerner, Hans-Jürgen/Sack, Fritz/Schellhoss, Hartmut (Hrsg.): Kleines kriminologisches Wörterbuch, 3. Aufl., Heidelberg, S. 182–191
- Kury, Helmut (1993): Behandlungsforschung. In: Kaiser, Günther/Kerner, Hans-Jürgen/Sack, Fritz/Schellhoss, Hartmut (Hrsg.): Kleines Kriminologisches Wörterbuch; 3. Aufl., Heidelberg, S. 59–71
- Maxfield, Michael G./Babbie, Earl R. (2009): Basics of Research Methods for Criminal Justice and Criminology, 2. Aufl., Belmont
- Newburn, Tim (2007): Criminology, Uffculme, Cullompton
- Sack, Fritz (1993): Politische Delikte, politische Kriminalität. In: Kaiser, Günther/Kerner, Hans-Jürgen/Sack, Fritz/Schellhoss, Hartmut (Hrsg.): Kleines Kriminologisches Wörterbuch; 3. Aufl., Heidelberg, S. 382–392
- Schönke, Adolf/Schröder, Horst (2010): Strafgesetzbuch Kommentar, 28. Aufl., München (Schönke, Adolf/Schröder, Horst/Lenckner, Theodor/Sternberg-Lieben, Detlev)
- Spiess, Gerhard (2009): Demografischer Wandel und altersspezifische Kriminalität – Projektion der Entwicklung bis 2050. In: Naderi, Robert (Hrsg.): Auswirkungen demographischer Entwicklungen auf Sicherheitsfragen. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 128, S. 35–56
- Terpstra, Jan (2006): Policing Protest and the Avoidance of Violence: Dilemmas and Problems of Legitimacy, Journal of Criminal Justice and Security, Vol. 8, no. 3–4. S. 203–212
- Witzel, Andreas (2000): The problem-centered interview [26 paragraphs]. Online unter: nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228, abgerufen am 30.04.2012

„Linke“ Militanz im Jugendalter – eine kommentierte Auswahlbibliografie

Die folgende kommentierte Auswahlbibliografie umfasst Veröffentlichungen zu spezifischen Facetten eines Phänomens, das von unterschiedlichen Akteuren häufig mit Begriffen wie „Linksradikalismus“ oder „Linksextremismus“ bezeichnet wird. Den in den Studien verwendeten Termini oder Füllungen wird in den jeweiligen Kommentierungen weitestgehend gefolgt, auch wenn diese nicht die Auffassung des Deutschen Jugendinstituts widerspiegeln. Die Zusammenstellung dieser Liste, die eine englisch- und sieben deutschsprachige Veröffentlichungen umfasst, beansprucht nicht, einen vollständigen Überblick über die vorhandene Literatur zum Themenfeld zu bieten. Vielmehr soll mit ihr, als Ergänzung zu diesem Band, Interessierten eine weitere Orientierungsmöglichkeit in einem zum heutigen Zeitpunkt noch nicht ausgiebig erforschten Themengebiet angeboten werden. Bei der Auswahl ist darauf geachtet worden, Publikationen mit unterschiedlichen angewandten Forschungsmethoden oder gewählten Untersuchungsgegenständen in die Liste aufzunehmen. Die einzelnen Kurzfassungen sollen als Anregung zur tiefergehenden Beschäftigung mit den Veröffentlichungen dienen. In der folgenden Literatúrauswahl finden zum Teil auch Publikationen Beachtung, die das Rahmenthema dieses Bandes lediglich in einzelnen Abschnitten behandeln. Der Fokus liegt dann in den Kurzdarstellungen vorrangig auf diesen speziellen Passagen. Um europäische Perspektiven mit einzubeziehen, ist je eine Studie aus den Niederlanden und aus der Schweiz aufgenommen worden. Sieben der acht aufgeführten Publikationen, bei denen es sich um Monografien handelt, stammen aus den Jahren 2001 bis 2011. Ergänzend sei noch auf weitere Publikationen der in diesem Band versammelten Autorinnen und Autoren hingewiesen. Außerdem steht auf der Homepage des Projektmoduls „Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen“ die vom Deutschen Jugendinstitut in Auftrag gegebene und von Professor Armin Pfahl-Traughber verfasste Expertise „Aktuelle Strömungen und Entwicklungen im Themenfeld Linksextremismus in Deutschland. Forschungsstand und Forschungsdefizite“ zum kostenlosen Download unter

dem folgenden Link zur Verfügung: www.dji.de/afs_modul, die einen Überblick über die Literatur des Gesamtphänomens „Linksextremismus“/„Linksradikalismus“ gibt.

Baier, Dirk/Pfeifer, Christian (2011): Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt in Berlin, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (Hrsg.). Forschungsbericht Nr. 114

Bei dieser vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen durchgeführten Studie handelt es sich um eine Befragung Berliner Jugendlicher der neunten Jahrgangsstufe unterschiedlicher Schultypen. Sie zielt vorrangig auf die Erhebung der Verbreitung von Jugenddelinquenz in Berlin und die Erfassung von Bedingungsfaktoren delinquenten Verhaltens ab. Die Daten für diese quantitative schulklassenbasierte Dunkelfeldbefragung wurden über anonymisierte Fragebögen erhoben. Über ergänzende Fragebogenmodule wurden für die Untersuchung – neben Fragekomplexen zu beispielsweise Gewalt, Schulschwänzen oder Drogen- und Medienkonsum – auch Fragen zu links- und rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen gestellt und die Ergebnisse zum Teil miteinander verglichen. Der Vergleich war den Autoren allerdings nur eingeschränkt möglich, da Fragen in Bezug zum Rechtsextremismus lediglich deutschen Jugendlichen vorgelegt wurden. Für ihre Erhebung von links-extremen Einstellungen betrachten die Autoren verschiedene, von Verfassungsschutzämtern dem Linksextremismus zugeordnete Aktionsfelder (Anti-Faschismus, Anti-Kapitalismus, Anti-Repression und Anti-Militarismus) weniger verhaltensbezogen, sondern als Dimensionen ihrer der Studie zugrunde gelegten linksextremen Ideologie, um so anti-faschistische, anti-kapitalistische etc. Einstellungen zu erfassen. Als zusätzliche Dimensionen ergänzen sie die zugrunde gelegte Ideologie um ‚Haltung zum Kommunismus bzw. zur Abschaffung des Staates‘ und ‚Gewaltbefürwortung‘. Bei der Erhebung von Verhaltensweisen wird zwischen niedrigschwellig linksextremen Verhaltensweisen im Zusammenhang mit spezifischer Kleidung, Musik, Internetseiten oder dem Lesen bestimmter Texte/Autoren und dem Begehen von als linksextrem eingestuften Straftaten, wie etwa Beschädigung relevanter Gebäude oder Körperverletzung an spezifischen Personen(-gruppen) differenziert. Als ein Ergebnis stellen die Autoren heraus, dass eine Minderheit der Berliner Jugendlichen

linksextreme Einstellungen aufrecht hält. Die Verfasser halten fest, dass, obwohl nicht wenige Jugendliche Verhaltensweisen oder Straftaten ausführen, die von den Autoren zunächst als (niedrigschwellig) linksextrem eingeordnet wurden, „dies häufig nicht ideologisch motiviert zu sein [scheint]“ (S. 162). Außerdem erhielten sie den Eindruck, als ob Linksextremismus insbesondere auf Jugendliche anziehend wirkt, die auf Suche nach risikobehafteten Verhalten in möglicherweise delinquente *Peergroups* geraten, in denen zusätzlich Alkoholkonsum eine Rolle spielt. Sie vermuten auch, dass Linksextremismus in Bezug auf Berliner Jugendliche, ähnlich wie nicht ideologisch motivierte Jugenddelinquenz, ein jugendpassageres Phänomen darstellt. Ein eigener Präventionsschwerpunkt Linksextremismus wird abschließend für wenig erforderlich erachtet.

**Demant, Froukje et al. (2008): Decline and Disengagement –
An Analysis of Processes of Deradicalisation. IMES Amsterdam**

Diese vom Amsterdamer *Institute for Migration and Ethnic Studies* durchgeführte Untersuchung zielt darauf ab, De-Radikalisierungsprozesse im Allgemeinen zu verstehen und im Speziellen Rückschlüsse auf solche möglichen Prozesse im islamischen Radikalismus in den Niederlanden zu ziehen. Parallel dazu wird auch danach gefragt, welche Faktoren bei den De-Radikalisierungen der Individuen auf den jeweiligen Einstellungs- und Verhaltensebenen eine Rolle spielten. Da zu De-Radikalisierungsprozessen in der dortigen radikalislamischen Bewegung zum Zeitpunkt der Erhebung noch keine Daten vorlagen, wird über den Vergleich von drei als politisch radikal eingestuften niederländischen Gruppierungen (die Molukken-Bewegung der 1970er, die Amsterdamer Hausbesetzerinnen- bzw. Hausbesetzerbewegung der 1980er und die rechtsextreme Bewegung/Partei der 1980er und 1990er Jahre) eruiert, worin Gründe für den jeweiligen Abstieg oder Zerfall dieser Kollektive lagen. Auf dieser Grundlage werden anschließend Schlussfolgerungen zu möglichen parallelen Entwicklungen der radikalislamischen Bewegung in den Niederlanden gezogen. Für die Arbeit wurden sowohl Szenepublikationen analysiert als auch qualitative Tiefeninterviews mit ehemaligen und de-radikalisierten Angehörigen der Zusammenschlüsse geführt und ausgewertet. Die Verfasserinnen und Verfasser kommen zu dem Ergebnis, dass – mit unterschiedlicher Gewichtung – sowohl bewegungsinterne als auch

-externe Faktoren für die jeweiligen Abstiege oder Zusammenbrüche der Gruppierungen bzw. die jeweiligen De-Radikalisierungen der Interviewpartnerinnen und -partner relevant waren. Als Einflussfaktoren benennen sie beispielsweise: die öffentliche Meinung, repressives Vorgehen des Staates und Spaltungen innerhalb der Bewegung, die im Zusammenhang mit gewalttätigen Zusammenstößen entstanden waren, Attraktivitätsverlust der Bewegungsideologie oder des Bewegungsimages, gleichzeitiges Herauswachsen einer gesamten Kohorte von Bewegungsmitgliedern oder Unzufriedenheit mit Organisationsstrukturen. Die Autorinnen und Autoren gehen außerdem auf Hürden ein, die eine individuelle De-Radikalisierung erschwerten, wie beispielsweise Furcht vor dem Aufgeben eigener Ideale oder soziale Abhängigkeiten. Anschließend analysieren sie Ansätze unterschiedlicher De-Radikalisierungsprogramme bspw. aus Deutschland, Norwegen, Schweden oder auch aus Saudi-Arabien oder Indonesien. Auf diesen Grundlagen werden, mit Blick auf etwaige De-Radikalisierungsprogramme in den Niederlanden, Anregungen für mögliche Umgänge mit dortigem islamischen Radikalismus formuliert.

Fontanellaz, Barbara (2009): Auf der Suche nach Befreiung – Politik und Lebensgefühl innerhalb der kommunistischen Linken – Eine sozialwissenschaftliche Analyse zum Phänomen des «Linksextremismus» in der Schweiz. Peter Lang Verlag

Bei der vorliegenden Dissertation von Barbara Fontanellaz handelt es sich um eine sozialwissenschaftliche Analyse zweier kommunistischer Gruppierungen der Schweiz – der ‚Partei der Arbeit Schweiz‘ und des außerparlamentarisch aktiven ‚Revolutionären Aufbau Schweiz‘. Fontanellaz setzt sich mit spezifischen Diskursen innerhalb der (außer-)parlamentarischen Linken der Schweiz auseinander und fokussiert auf deren Forderungen und politische Anliegen, die in der Öffentlichkeit laut der Autorin nicht als politisch, sondern vorwiegend mit Blick auf ihr Gefährdungspotenzial thematisiert werden. Die Autorin rekonstruiert gruppeninterne Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen und geht dabei auch der für sie zentralen Frage nach, „welche Subjektpositionen und Identifikationsangebote [...] in den geführten Diskursen erzeugt [werden]“ (S. 41). Sie stellt außerdem die Frage nach Möglichkeiten der Politisierung und Mobilisierung verschiedener Personenkreise, das heißt

die Frage, „inwiefern bzw. für wen sich die vorgetragenen Deutungsangebote als anschlussfähig erweisen“ (S. 18). Basis dieser Arbeit sind mehrere geführte Gruppendiskussionen mit zentralen Akteurinnen und Akteuren der zwei genannten Gruppierungen, die diskursanalytisch ausgewertet werden. Fall übergreifend kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass, wenn die Akteurinnen und Akteure eine bestimmte, von hegemonialen Diskursen abweichende Positionierung einnehmen, dies mit (subjektiv wahrgenommenen) Restriktionen, Repressionen, radikaler Kritik und Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft einhergeht. Dadurch verdichtet sich die Einnahme einer solchen abweichenden Position bei den Mitgliedern der analysierten Gruppierungen zu einem bestimmten Lebensgefühl. Die Akteurinnen und Akteure erfahren sich mit ihren formulierten Positionen als marginalisiert, sozial unsichtbar und nicht respektiert. Fontanellaz hält fest, dass diese Erfahrung sozialer Unsichtbarkeit und das Erleben einer Marginalisierung der eigenen Position innerhalb des Milieus, der sozialen Gruppe oder während politischer Mobilisierungen aufgehoben wird. Auch durch gruppeninterne positive Umdeutungen solcher Erfahrungen kommt es zur Selbstvergewisserung und zur Konstruktion kollektiver Identität. Innerhalb des eigenen Kollektivs führen die beschriebenen negativen Erfahrungen zum Erleben von Anerkennung und Solidarität, was den Mitgliedern laut Fontanellaz auf unterschiedlichen Gesellschaftsebenen sonst nicht zu Teil wird.

Lützing, Saskia (2010): Die Sicht der Anderen – Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen. Luchterhand

In dieser qualitativ-empirischen Studie werden, mit Blick auf biografische Verläufe, Radikalisierungsprozesse von Inhaftierten und Sympathisantinnen und Sympathisanten aus ideologisch orientierten Milieus („Rechts-“, „Links-“ und „islamistischen Extremismus“) vergleichend rekonstruiert und psychosoziale Grundmuster identifiziert. Die Autorin Saskia Lützing zielt darauf ab, die jeweiligen Lebensumstände zu erhellen, die eine Hinwendung und Anbindung an diese extremistischen Milieus begünstigten. Dementsprechend stehen im Mittelpunkt der Arbeit Fragen nach der jeweiligen Sozialisierung in diesen Umfeldern oder nach Attraktivitätsmomenten, die von den unterschiedlichen Gruppierungen ausgingen. Bei der Studie handelt es sich um eine Ergebnisdokumentation des

Forschungsprojekts „Extremismen in biographischer Perspektive“, das vom Bundeskriminalamt konzipiert und in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen durchgeführt wurde. Für den Biografienvergleich wurden 39 narrative Interviews mit ausschließlich männlichen Akteuren geführt, von denen 24 Personen aus rechten (alle davon Inhaftierte), jedoch nur neun aus linken (fünf Inhaftierte, vier Dunkelfeld) und sechs aus islamistischen (ein Inhaftierter, fünf Dunkelfeld) Kontexten stammten. Für die meisten Rekrutierungen der Interviewpartnerinnen und -partner wurde auf Datenbanken der Polizei zurückgegriffen, in denen diese Personen als politisch motivierte Straftäterinnen bzw. -täter geführt wurden. Lützingers merkt hierzu jedoch selbst an, dass sich die dort dokumentierten Hinweise zu den jeweiligen politischen Hintergründen als „äußerst unzuverlässig“ (S. 9) erwiesen, sich beispielsweise als ‚linksorientiert‘ eingestufte Interviewpartnerinnen bzw. -partner als ‚rechtsorientiert‘ herausstellten. Lützingers Annahme, dass es in den biografischen Verläufen und Radikalisierungsprozessen unterschiedlich orientierter Akteure eher Gemeinsamkeiten hinsichtlich psychosozialer Dynamiken gibt, wird bestätigt. Die Autorin hält auch fest, dass die Hinwendung zu einem bestimmten extremistischen Milieu „vom Zufall und [...] von der Verfügbarkeit dieser Modelle abhängt“ (S. 71). Als ein weiteres Ergebnis ihres Biografienvergleichs führt sie an, dass belastete Familienverhältnisse, wahrgenommene soziale Ausgrenzung oder Probleme in der Schule den Anschluss an spezielle *Peergroups* begünstigten, die subjektiv erlebte Defizite kompensieren konnten und zu individuellen sozialen Bedürfnissen passten. Ein ausgeprägtes Interesse an Politik entwickelte sich bei den Befragten meist erst nach dem SzeneEinstieg. Gesamt betrachtet kann Lützingers hinsichtlich sozialer Merkmale außerdem keine grundlegenden Unterschiede zu nicht politisch motivierten, delinquenten Jugendlichen erkennen. Mit Blick auf Präventionsarbeit sieht die Autorin keinen Bedarf an speziellen Präventionskonzepten. Durchdachte Kombinationen gängiger Hilfsmaßnahmen können laut ihr benötigte Präventionsmaßnahmen abdecken.

Matuschek, Ingo et al. (2011): Links sein – Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus. VS Verlag

Bei dieser von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützten sozialwissenschaftlichen Studie handelt es sich um eine explorative Erfassung, Skizzierung und Analyse von neun exemplarischen, als ‚linksaffin‘ bezeichneten Alltagsmilieus. Das zentrale Ziel der Studie ist zu klären, „was ‚linke‘ Positionen kennzeichnet, wer sie vertritt und welche politischen Praxen hervorgebracht werden“ (S. 11). Matuschek et al. fragen nach unterschiedlichen Formen gesellschaftlichen Engagements und politischer Praxen und deren alltagsweltlichen Verankerungen. Darüber hinaus gehen sie der Frage nach, auf welche Gesellschaftsbilder und politischen Wertorientierungen diese Formen des Engagements und der Praxen und deren Verankerungen aufbauen oder fragen nach „typischen Muster[n] der politischen Sozialisation und biografischen Verläufe[n] politischen Engagements“ (S. 13). Für ihre Datenerhebung triangulierten die Autoren qualitative und quantitative Methoden. Sie führten 21 Gruppendiskussionen, 60 erzählgenerierte Einzelinterviews und eine standardisierte Telefonbefragung (1.513 Befragte) durch. Als eins der neun linksaffinen Alltagsmilieus wurden ‚jugendliche Antifa-Gruppen‘ ausgewählt und beschrieben. Für diesen Teil der Erhebung wurde mit zwei entsprechenden Gruppen jeweils eine Gruppendiskussion geführt. Ein zentrales Motiv für den Einstieg in diese Gruppierungen ist laut den Autoren, neben dem Streben nach einem Engagement gegen ‚Rechts‘, der Wille nach Knüpfen enger Beziehungen und Netzwerke zu Gleichaltrigen mit ähnlichen Interessen und Einstellungen. In der Regel entstehen erste Kontakte über Freunde und Bekannte. Dementsprechend bezeichnen Matuschek et al. Antifa-Gruppen auch als ‚politisierte *Peergroups*‘. In diesen suchen die Jugendlichen nach Kanalisierung von vorhandenem politischem Interesse, das in schulischen und/oder familiären Kontexten nicht befriedigt wurde. Bei den Wegen in die Szene spielt außerdem Erlebnisorientierung eine Rolle. In Bezug auf eigene spezifische Wissensbestände, die laut Matuschek et al. implizit als absolute Wahrheit gesetzt werden, herrscht in den untersuchten Antifa-Gruppen gegenüber anderen Jugendlichen ein gewisses Überlegenheitsgefühl vor.

Schultze, Thomas/Gross, Almut (1997): Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklungen und Profil der Autonomen. Konkret Literatur Verlag

Bei dieser Publikation von Thomas Schultze und Almut Gross handelt es sich um ein aus einer Innenperspektive heraus verfasstes Porträt der ‚Autonomen‘. Schultze/Gross zielen darauf ab zu veranschaulichen, dass ‚Militanz‘ bzw. ‚militante Aktionsformen‘ lediglich eine, zuweilen auch bewegungsintern Widersprüche auslösende Facette im autonomen Politikverständnis darstellt. Als Grundlage ziehen sie dafür vorrangig Szeneliteratur, ihre eigenen Erfahrungen als Aktive in der Bewegung und Interviews heran. In der ursprünglich als Diplomarbeit verfassten Untersuchung nähern sich Schultze/Gross der Bewegung aus historischer Perspektive und rekonstruieren, zum Teil in chronologischer Folge (1967 bis 1997) die Entstehungsgeschichte der Autonomen. Sie stellen außerdem einige Szenepublikationen vor, gehen auf Organisation, (Zweck-)Bündnisse und Beispiele praktischen Widerstands der Autonomen ein und schlüsseln (Anti-)Einstellungen oder Motive der Akteure auf. Ergänzt wird die Arbeit um einen Abschnitt zum Themenkomplex ‚Autonome Frauen und FrauenLesben‘. Schultze/Gross halten fest, dass die Entstehung der Autonomen eine Reaktion auf politisch-ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland war. Unter den ‚Autonomen der „Gründungszeit““ befanden sich nicht nur frühere Spontis, Hausbesetzerinnen und -besetzer oder Anti-AKW’lerinnen und Anti-AKW’ler, sondern auch erwerbslose und/oder anpolitisierte Jugendliche, die zuvor noch nicht politisch aktiv gewesen waren und ebenso den Wunsch nach alternativen Lebensformen hatten. Die Heterogenität in der Zusammensetzung der Bewegung spiegelte sich auch im breiten Themenspektrum der Autonomen wider. Die Autonomen gerieten laut Schultze/Gross Anfang der 1990er Jahre in eine Krise. Vor diesem Hintergrund stellen die Autorin und der Autor am Ende ihrer Arbeit ein Weiterbestehen der Autonomen als soziale Bewegung auf der praktischen Handlungsebene in ihrer bisherigen Form infrage, da sich Engagement eher auf theoretische Diskussionen reduzierte und viele Anhängerinnen und Anhänger, „bildlich gesprochen, von der Straße auf den Bürgersteig“ (S. 214) wechselten.

Schwarzmeier, Jan (2001): Die Autonomen zwischen Subkultur und sozialer Bewegung. Books on Demand

Die unter bewegungssoziologischem Blickwinkel verfasste Dissertation von Jan Schwarzmeier zielt auf die Veranschaulichung enger Verbindungen zwischen politischem Protest und Bewegungskultur bei sozialen Bewegungen. Eine systematisch aufgebaute Fragestellung fehlt in der Arbeit Schwarzmeiers. Der Autor wählt für seine Analyse als Forschungsgegenstand ‚die Autonomen‘ und wertet vorrangig deren eigene Publikationen aus. Er zeichnet die Entstehung und Entwicklung der Autonomen anhand zentraler Ereignisse, Kampagnen, Debatten und Strukturveränderungen nach. Berücksichtigt wird dabei der Zeitraum von Anfang der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre. Für den Autor bilden (Massen-) Aktionen und Konflikte zentrale Bestandteile der Autonomen-Bewegung, die für ihn zu öffentlicher Wahrnehmung der Bewegung führen, und die sie zu einem politischen Faktor werden lassen. Insgesamt fokussiert Schwarzmeier in seiner Rekonstruktion der Bewegungsgeschichte weniger auf die politischen Ziele der Autonomen, sondern rückt Strukturen, Symbolik, Aktions- und Organisationsformen o.Ä. in den Vordergrund seiner Arbeit. Dabei geht er auch auf Aspekte wie Vermummung oder Gewaltanwendung ein. Laut dem Autor ist sowohl für die Einbindung der Anhängerinnen und Anhänger in die Bewegung als auch für die Mobilisierung zu eigenen Aktionen das Angebot besonderer Erlebnismöglichkeiten wichtig. Auch scheint dafür eine durch Abgrenzung entstehende kollektive Identität essenziell zu sein, über die eine sinnliche Erfahrbarkeit gesellschaftlicher Konflikte ermöglicht wird. Auch wenn die Autonomen zentrale Eigenschaften sozialer Bewegungen aufweisen würden, zweifelt Schwarzmeier am Ende seiner Arbeit daran, ob er bei den Autonomen überhaupt von einer ‚autonomen Bewegung‘ sprechen kann, da sie ihrer Organisation nur wenig Kontinuität verleihen und sich thematisch nicht festlegen würden. Dies erscheint dem Autor ein Hinweis darauf zu sein, dass bei den Autonomen Inhalte lediglich von geringer Bedeutung sind. Abschließend hält er fest, dass die Anziehungskraft der Autonomen auf Jugendliche Mitte der 1990er Jahre abnahm und sich viele von ihnen aktionsorientierten Antifa-Gruppen anschlossen. Der ‚autonome Antifaschismus‘ der 1990er Jahre kann laut Schwarzmeier als eine Art Nachfolgebewegung angesehen werden.

**Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Abteilung
Verfassungsschutz (2009): Linke Gewalt in Berlin 2003–2008**

Im Mittelpunkt dieser Studie des Berliner Verfassungsschutzes steht die Analyse quantitativer Daten zu ‚linker Gewalt‘ in Berlin in den Jahren 2003 bis 2008. Der Begriff ‚linke Gewalt‘ wird synonym zu ‚politisch motivierter Gewaltkriminalität – links‘ verwendet. Die namentlich nicht genannten Autoren betonen, dass sie mit ihrer Studie weder kausale Zusammenhänge, noch die unterschiedlichen Motivationen der Akteurinnen und Akteure analysieren wollen, sondern für sie die Frage nach der Quantität und der Qualität ‚linker Gewalt‘ in Berlin zentral ist. Darüber hinaus untersuchen sie, welche Gemeinsamkeiten und Spezifika Erscheinungen ‚linker‘ und ‚rechter‘ Gewalt in Berlin aufweisen. In diesem Zusammenhang werden Tatbegehungen, Tatverdächtige und Opfer verglichen, um darüber Ähnlichkeiten und Unterschiede der Gewaltphänomene herauszuarbeiten. Bei der Studie handelt es sich um eine *Tatverdächtigen*- und nicht um eine *Täteranalyse*, weswegen die Verfasserinnen und Verfasser darauf hinweisen, dass das tatsächliche Vorliegen einer politischen Motivation der Täterinnen und Täter erst in den jeweiligen Ermittlungsverfahren erkannt oder auch negiert werden kann. Für die Datenerhebung wird auf polizeiliche Datenbanken zurückgegriffen. In diesem Zusammenhang weisen die Autorinnen und Autoren zu Beginn der Arbeit darauf hin, dass dabei „nicht wissenschaftliche, sondern polizeiliche Kriterien angewandt wurden“ (S. 12) und deshalb für eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete Analyse Daten, wie beispielsweise zur sozialen Herkunft der jeweiligen Tatverdächtigen, nicht ausreichend vorlagen. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es *die* ‚linke Gewalt‘ in Berlin nicht gibt, da es sich hierbei um ein sehr heterogenes Phänomen handelt, das Unterschiede zum Beispiel in den Kontexten, Tatorten und -zeitpunkten oder in den Deliktarten (meist Brandstiftung, Körperverletzung oder Landfriedensbruch) aufweist. Laut der Studie handelt es sich bei ‚linker Gewalt‘ in Berlin des genannten Zeitraums vorrangig um ein von jungen Männern dominiertes (Groß-)Gruppen- und Jugendphänomen (87 % der Tatverdächtigen waren 15 bis 29 Jahre alt, 81 % waren männlichen Geschlechts).

Autorinnen- und Autorenverzeichnis

Michaela Glaser, Soziologin M.A., Arbeits- und Forschungsfelder: Wissenschaftliche Begleitforschung, Rechtsextremismus und Rechtsextremismusprävention, politische Jugendkulturen.

Wissenschaftliche Referentin und Projektleiterin der Arbeits- und Forschungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle/Saale, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle/Saale. E-Mail: glaser@dji.de.

Tatiana Golova, Dr. phil., Soziologin, Arbeits- und Forschungsfelder: Soziologie sozialer Bewegungen, Stadt- und Raumsoziologie.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Zschokkestr. 32, 39104 Magdeburg. E-Mail: t_golova@gmx.net.

Sebastian Haunss, PD Dr., Politikwissenschaftler, Arbeits- und Forschungsfelder: Wissensgesellschaft, Legitimation, Politik- und Diskursnetzwerke, geistige Eigentumsrechte, Soziale Bewegungen, Interessengruppen und European Governance.

Senior Researcher an der Universität Bremen im Sonderforschungsbereich 597 „Staatlichkeit im Wandel“, Linzer Str. 9 a, 28359 Bremen. E-Mail: sebastian.haunss@sfb597.uni-bremen.de.

Klaus Hoffmann-Holland, Dr., Rechtswissenschaftler und Kriminologe, Arbeits- und Forschungsfelder: Empirische und theoretische Kriminologie, Strafrecht (insbesondere Allgemeiner Teil), Jugendstrafrecht, Menschenrechte.

Professor für Kriminologie und Strafrecht an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Rechtswissenschaft, Van't-Hoff-Str. 8, 14195 Berlin. E-Mail: kriminologie@fu-berlin.de.

Nils Schuhmacher, Dipl. Politikwissenschaftler, Dipl. Kriminologe, Arbeits- und Forschungsfelder: Politischer Protest, Jugendkulturen, extreme Rechte. Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung mit einer Studie über „autonome Antifas“; freie wissenschaftliche Mitarbeit an der Studie „Entstehung und Entwicklung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund“ der

Hochschule Esslingen (Prof. Dr. Kurt Möller). E-Mail: nils.schuhmacher@web.de.

René Schultens, M.A., Politikwissenschaftler, Arbeits- und Forschungsfelder: Jugend und Protest, Soziale Bewegungen, Hindu-Nationalismus. Ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Neue Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention bei jungen Menschen“ am Deutschen Jugendinstitut. E-Mail: rene.schultens@web.de.

Rudolf van Hüllen, Dr. phil., Politikwissenschaftler, Arbeits- und Forschungsfelder: Prävention gegen Rechts- und Linksextremismus, aktuelle und historische Formen des Linksextremismus. Freier Forscher. E-Mail: van_huellen@t-online.de.

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

